B 6897 F

Informationen zur politischen Bildung

259

2. Quartal 1998

Deutschland 1945–1949

Besatzungszeit und Staatengründung

Informationen *aktuell*
Wahlen 1998

Informationen
zur politischen Bildung

INHALTSVERZEICHNIS Seite

Kriegsziele der Alliierten 3
Konferenz von Jalta 3
Potsdam – Kalter Krieg statt Friedensordnung 4

Errichtung der Besatzungsherrschaft 6
Berliner Deklaration 6
Alliierter Kontrollrat 7
Besatzungszonen 8
Parteigründungen 9

Infrastruktur und Gesellschaft im zerstörten Deutschland . . . 13
Winterkrise 1946/1947 13
Versorgungsengpässe 14
Gesellschaftsprobleme 18

Bestrafung der Schuldigen 20
Hauptkriegsverbrecher-Prozesse 21
Nürnberger Nachfolgeverfahren 21
Prozesse in den einzelnen Zonen 22
Rechtsprechungsprobleme 23

Demokratisierung durch Entnazifizierung und Erziehung 23
Maßnahmen gegen Nationalsozialisten 23
Politische Säuberung in der SBZ 24
Entnazifizierung in der US-Zone 26
Re-education 27
Schulreformen 27
Kulturpolitik 28
Presse und Rundfunk 29

Ost-West-Konflikt und deutsche Teilung 31
Wende im amerikanisch-deutschen Verhältnis 31
Bizone als Vorläuferin des Weststaats 32
Marshall-Plan 35

Wirtschaftsentwicklung von 1945 bis 1949 35
Demontagen und Reparationen 36
Hilfsprogramme für Europa 38
Währungsreform 39
Start in die Marktwirtschaft 41

Berlin – von der Viermächtekontrolle zur geteilten Stadt 42
Blockade 42
Luftbrücke 43
Teilung 43

Zwei Staatsgründungen auf deutschem Boden 44
Weichenstellungen für den Weststaat 44
Erarbeitung des Grundgesetzes 47
Entstehung der Bundesrepublik Deutschland 48
Vom „Deutschen Volkskongreß" zur DDR 48

Literaturhinweise 50

Zu diesem Heft:

„Als der Krieg zu Ende ging, als man plötzlich doch überlebt hatte, als man eben doch ungeheuerlich viel freier wieder seine Meinung sagen durfte, weiter existieren konnte, Hoffnungslichter am Horizont erblickte: In diesem heillosen und heilvollen Jahr 1945 brach nicht etwa alles zusammen für die meisten jungen Menschen, die es durchmachten, sondern es brach etwas auf." Mit diesen Sätzen umriß der Journalist Joachim Kaiser das Lebensgefühl zumindest eines großen Teils der Jugend in der ersten Nachkriegszeit. Sie hatte auf der einen Seite unendliches Leid erlebt, erfuhr immer mehr von den untilgbaren Verbrechen der Deutschen und stand vor einer ungewissen, fremdbestimmten Zukunft. Auf der anderen Seite wußte sie den Frieden zu schätzen und wagte erste geistige Freiheiten zu genießen.

Die zunächst unumschränkt herrschenden alliierten Militärregierungen ließen nach anfänglichen Kleinlichkeiten in verschiedenem Maße und in unterschiedlichen Bereichen schon bald mehr Freiheiten und Mitwirkungsmöglichkeiten zu, als viele Deutsche vorher gewöhnt waren bzw. zu hoffen gewagt hatten. Gab es zu Beginn der Besatzungszeit in den einzelnen Zonen Mitarbeit für die Deutschen nur nach Maßgabe und Interessenlage der Alliierten, so wurde daraus in den Folgejahren vor allem in den Westzonen Kooperation mit wachsenden Spielräumen für die deutsche Seite und in den fünfziger Jahren Partnerschaft und Freundschaft.

Dieser Wandel wurde wesentlich gefördert durch zunehmende politische Übereinstimmungen zwischen den Deutschen und den jeweiligen Besatzungsmächten, aber auch durch die wachsende Konfrontation zwischen den Westalliierten und der Sowjetunion. Ihre noch im Sommer 1945 in Potsdam beschworene Gemeinsamkeit bei der Verwaltung des eroberten Deutschland zerbrach an außenpolitischen Interessengegensätzen in Europa und Asien und an der zügigen Umsetzung unterschiedlicher politischer, gesellschaftlicher und vor allem auch wirtschaftlicher Ordnungsvorstellungen in den jeweiligen Besatzungszonen. Die spätestens seit 1947/48 deutlich erkennbare Auseinanderentwicklung von Westzonen bzw. Bundesrepublik einerseits und Ostzone bzw. DDR andererseits wurde 1955 besiegelt durch die Integration beider Staaten in die sich feindlich gegenüberstehenden Militärblöcke NATO und Warschauer Pakt. Beide Teile Deutschlands wurden damit zu gegnerischen Frontstaaten im Kalten Krieg. Ihre Trennung schien auf absehbare Zeit unaufhebbar.

Im Gegensatz zu dem bereits 1997 erschienenen Heft über „Deutschland in den fünfziger Jahren" (Nr. 256), das Alltag und Lebenssituation der Bevölkerung in den Vordergrund der Darstellung rückt, werden in der vorliegenden Ausgabe primär politische Anfänge, gesellschaftliche Auseinanderentwicklung und wirtschaftspolitische Weichenstellungen behandelt – auch weil die Lage der Bevölkerung bereits in dem Heft „Neubeginn und Wiederaufbau" thematisiert worden ist.

Jürgen Faulenbach

Kriegsziele der Alliierten

Wolfgang Benz

Mit dem deutschen Überfall auf Polen am 1. September 1939 begann der Zweite Weltkrieg. Säkulares Ausmaß erreichte er mit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 und der Kriegserklärung an die USA im Dezember 1941. Es war ein Krieg der Ideologien und ein Vernichtungskrieg ohne Parallele in der Geschichte. Auf 33 Millionen wird die Zahl der Opfer nichtdeutscher Nationalität geschätzt, zwischen vier und fünf Millionen Deutsche fanden den Tod. Beispiellos war der Zweite Weltkrieg auch wegen der Verbrechen, denen er als Hintergrund gedient hatte: der Völkermord an den europäischen Juden, an Sinti und Roma, die Ermordung von Kriegsgefangenen, die Ermordung von Behinderten und die Versklavung der polnischen und russischen Zwangsarbeiter. Dem Vernichtungsfeldzug im Zeichen der nationalsozialistischen Ideologie des deutschen „Herrenmenschentums" und des Weltherrschaftsstrebens wurde im Verständnis der westalliierten Demokratien ein Kreuzzug zur Befreiung der Welt vom Nationalsozialismus entgegengesetzt. Die Sowjetunion strebte nach Befreiung von Besatzung und Bedrohung und dann, im Zeichen ihrer expansiven Ideologie, nach Erweiterung und Befriedung ihres Einflußgebiets.

Dieser Krieg endete mit der vollkommenen Niederlage des Aggressors, der Eliminierung seiner Ideologie und der Bestrafung eines Großteils seiner Exponenten durch öffentliche Gerichtsverfahren.

Konferenz von Jalta

Über die Behandlung Deutschlands nach seiner Niederlage hatten sich die Alliierten auf mehreren Konferenzen verständigt. Vom 4. bis 11. Februar 1945 trafen sich in Jalta auf der Halbinsel Krim die „Großen Drei", US-Präsident Theodore Roosevelt, der britische Premierminister Winston Churchill und der sowjetische Diktator Josef Stalin.

Stalin ging es in Jalta vor allem darum, Ost- und Südosteuropa weitgehend als Interessensphäre der Sowjetunion anerkannt zu erhalten. In Ansehung der Widerstände Churchills wollte er doch wenigstens auslegungsfähige Formeln hinsichtlich Polens (Anerkennung der verschobenen Ostgrenze zur Sowjetunion und der Oder-Neiße-Linie als Westgrenze zu Deutschland) erzielen und die sowjetische Rolle gegenüber den Balkanstaaten festschreiben lassen. Ferner war Stalin an der Festlegung der Reparationssumme interessiert, die Deutschland auferlegt werden müßte und am Anteil, den die UdSSR davon erhalten sollte. Stalin schlug 20 Milliarden US-Dollar als Gesamtsumme vor, davon verlangte er 10 Milliarden Dollar. Diese Forderung war in Jalta noch theoretisch zu erörtern, ein halbes Jahr später in Potsdam trug sie erheblich zur Verschlechterung der Beziehungen zu den Westmächten bei.

Das Anliegen des amerikanischen Präsidenten Roosevelt bei der Jalta-Konferenz bestand vor allem darin, von Stalin die Zusage zum Kriegseintritt gegen Japan (nach der Niederlage Deutschlands) zu erlangen, und er wollte sich der Kooperation der Sowjetunion bei der Errichtung der Vereinten Nationen versichern. Die Gründung einer dauerhaften Friedensorganisation war seit der Atlantik-Charta von 1941 das feierlich deklarierte wichtigste Kriegsziel der USA. Drittens wollte Roosevelt, ebenso wie Churchill, den Expansionsdrang der Sowjets in Ost- und Südosteuropa nicht ganz außer Kontrolle geraten lassen.

Die Verhandlungen in Jalta waren ziemlich chaotisch, weil die westlichen Verbündeten dem östlichen Partner mißtrauten, weil so viele Wechsel auf eine ungewisse Zukunft ausgestellt werden mußten und weil die Interessen der Beteiligten so differierten. Die Tragweite einiger Verabredungen sollte sich deshalb erst viel später herausstellen. Etwa die verhängnisvollen Konsequenzen für Hunderttausende von Sowjetbürgerinnen und -bürgern, die im Gefolge der deutschen Wehrmacht – freiwillig oder unfreiwillig – ihre Heimat verlassen hatten. Sie wurden nach dem 8. Mai 1945 durch Repatriierungskommissionen, ob sie wollten oder nicht, in die Sowjetunion zurückgebracht, wo auf die meisten eine düstere Zukunft wartete.

Wichtig für Deutschland war der Beschluß der Großen Drei, die vollständige Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands sicherzustellen und dem besiegten Gegner hohe Reparationen aufzuerlegen. Und von erheblicher Bedeutung war auch das Übereinkommen, Frankreich (das hieß, dessen provisorische Regierung unter Charles de Gaulle) als vierte Macht zur Teilnahme an der alliierten Kontrolle Deutschlands einzuladen und den Franzosen eine eigene Besatzungszone einzuräumen. Die französische Besatzungszone wurde im Südwesten aus den bereits festgelegten amerikanischen und britischen Okkupationsgebieten herausgeschnitten, die sowjetische Zone sollte unverändert bleiben. Und an der gemeinsamen Verwaltung der Hauptstadt Berlin sollte Frankreich ebenfalls beteiligt sein. Die ursprünglich vorgesehene Einteilung Berlins in drei Sektoren wurde korrigiert, Frankreich erhielt einen eigenen Sektor zugewiesen.

Ebenso wie zum Gipfeltreffen in Jalta im Februar wurde de Gaulle aber auch nicht

Foto: Bilderdienst Süddeutscher Verlag

Die Großen Drei bei der Konferenz von Jalta im Februar 1945: (v. l.) Winston Churchill (Großbritannien), Franklin D. Roosevelt (USA) und Josef Stalin (Sowjetunion).

zur letzten Kriegskonferenz nach Potsdam vom 17. Juli bis 2. August 1945 eingeladen. Das Bewußtsein, nur als Größe zweiten Ranges betrachtet und behandelt zu werden, kränkte in Paris ungemein. Für die französische Deutschlandpolitik der nächsten Jahre hatte dies Folgen, weil Frankreich, um seine eigenen Ziele durchzusetzen, zunächst alle gemeinsamen Beschlüsse über Deutschland blockierte.

Pläne zur Aufteilung Deutschlands

Die Pläne und Überlegungen zur Aufteilung und Zerstückelung Deutschlands erwiesen sich in der Endphase des Krieges ziemlich rasch als überholt. Ein britischer Planungsstab war schon im Herbst 1944 zu dem Ergebnis gekommen, daß eine politische Zergliederung Deutschlands dessen Wirtschaftskraft so schwächen würde, daß mit ernsten Problemen zu rechnen sei: Es drohe die Abhängigkeit der neuen Staatsgebilde von anderen Ländern, das Absinken des Lebensstandards, wodurch die Unabhängigkeit der neuen Staaten in Gefahr geriete und die Reduzierung der deutschen Leistungsfähigkeit im Hinblick auf die zu zahlenden Reparationen. Zu den wichtigsten Argumenten der britischen Experten gehörte die Überlegung, daß eine Zerstückelung die Verarmung Deutschlands zur Folge haben, die Erholung der ganzen Welt von den Kriegsschäden verlangsamen und somit auf lange Sicht auch den britischen Wirtschaftsinteressen schaden würde. Ebenso war der legendäre „Morgenthau-Plan", mit dem der amerikanische Finanzminister Henry Morgenthau Deutschland zum Agrarland ohne Industrie machen wollte, schon Ende 1944 wieder vom Tisch.

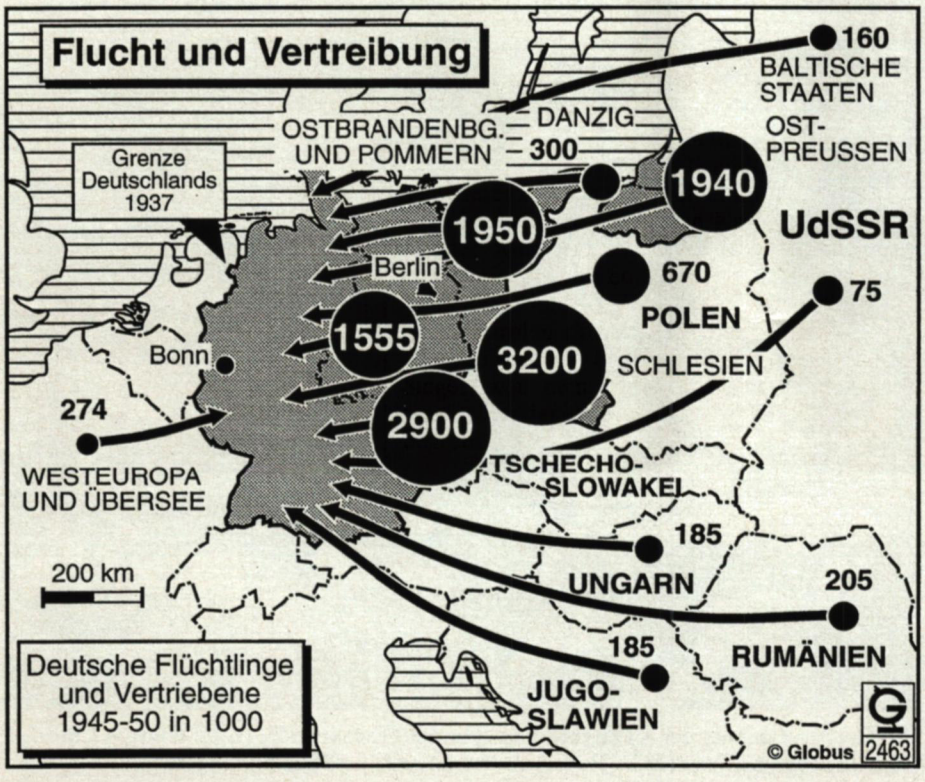
Der britische Schatzkanzler John Anderson hatte sich Anfang März 1945 gegen Pläne zur Aufteilung Deutschlands gewandt. Auch er führte ökonomische Gründe an, als er in einem Memorandum schrieb, nach seiner Auffassung könne Großbritannien entweder eine Reparations- oder eine Zerstückelungspolitik verfolgen, aber bestimmt nicht beides auf einmal.

Die Absicht, Deutschland zu zergliedern, wie sie auf der Teheraner Gipfelkonferenz der Anti-Hitler-Koalition im November 1943 propagiert, auf der Krimkonferenz im Februar 1945 scheinbar bekräftigt und durch die Einsetzung einer entsprechenden Kommission institutionalisiert worden war, wurde tatsächlich schon im Februar 1945 begraben. Die ökonomisch denkenden Politiker in Washington und London wollten sich nicht selber Schaden zufügen: Eine kontrollierte deutsche Industrie würde bei gleichzeitiger Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands sowohl Sicherheit garantieren als auch den britischen Wirtschaftsinteressen entsprechen. Davon versuchte der britische Außenminister Robert Anthony Eden die Politiker zu überzeugen, die nur an die Niederhaltung Deutschlands dachten: Eine Handvoll deutscher Kleinstaaten würde für die Sieger des Weltkrieges ökonomisch ein Ballast und politisch ein Unruheherd sein. Beides zusammen würde für die erhoffte neue Ordnung Europas eine schwer erträgliche Hypothek bilden.

Die antikommunistischen Schlagworte der nationalsozialistischen Propaganda haben die Vorstellungswelt der Deutschen weit über das Jahr 1945 hinaus beeinflußt. Ein Teil dieser Parolen war, weil er im Westen auch in der Zeit des Kalten Krieges verwendet wurde, besonders wirksam und dauerhaft, und diente auch als Trost in der Niederlage. Die antikommunistischen Parolen erleichterten dem Westen Deutschlands die Unterwerfung unter die Sieger, weil man diese bald als Schutzmächte vor der stalinistischen Sowjetunion begreifen lernte.

Foto: Bilderdienst Süddeutscher Verlag

Bei Beginn der sowjetischen Offensive am 12. Januar 1945 flohen viele Deutsche im Osten vor den Sowjetsoldaten Richtung Westen. In Trecks aus Pferdewagen, mit Bahntransporten oder zu Fuß suchten sie sich in Sicherheit zu bringen. Das Foto zeigt Oberschlesier auf der Fahrt von ihrem Heimatdorf zur nächstgelegenen Bahnstation.



Potsdam – Kalter Krieg statt Friedensordnung

Vom 17. Juli bis 2. August 1945 trafen sich im Schloß Cecilienhof in Potsdam die Regierungs- bzw. Staatschefs der drei Großmächte zu ihrer letzten Kriegskonferenz. Das Treffen sollte eigentlich in Berlin stattfinden (und amtlich hieß es

auch „Berliner Konferenz"), aber in der zerstörten Reichshauptstadt waren weder Unterkünfte noch Konferenzräume vorhanden. Das benachbarte Potsdam bot, nach einiger Improvisation, die Möglichkeiten zu einer solchen Veranstaltung. Aus Washington war der neue US-Präsident Harry S. Truman, Nachfolger des im April 1945 verstorbenen Roosevelt, gekommen; Großbritannien war durch Premierminister Winston Churchill vertreten, der allerdings auf dem Höhepunkt der Konferenz eine Wahlniederlage erlitt und durch den Führer der siegreichen Labour Party Clement Attlee ersetzt wurde. Stalin war als einziger Regierungschef der Anti-Hitler-Koalition seit Kriegsbeginn dabei gewesen.

Potsdamer Abkommen

Das als „Potsdamer Abkommen" bekannte Dokument ist eine Kurzfassung des „Protocol of Proceedings", in dem die Beschlüsse, Vereinbarungen und Absichtserklärungen der Regierungschefs der drei Großmächte festgehalten sind. In rechtlicher Hinsicht ist das „Potsdamer Abkommen" kein völkerrechtlicher Vertrag, was die Gültigkeit und Wirkung der Verabredungen jedoch keineswegs behinderte. Das „Verhandlungsprotokoll" ist nicht zu verwechseln mit wörtlichen Berichten über den Gang der einzelnen Sitzungen. Die wichtigsten Verabredungen der Potsdamer Konferenz waren:

◊ Die Errichtung eines Rats der Außenminister der fünf Hauptmächte (USA, Großbritannien, Sowjetunion, Frankreich und China) zur Vorbereitung von Friedensverträgen mit Deutschlands Verbündeten, zur Regelung ungelöster territorialer Fragen und zur Beratung und Lösung der deutschen Frage.

◊ Die Festlegung politischer und wirtschaftlicher Grundsätze für die Behandlung Deutschlands in der Besatzungszeit, und zwar: Ausübung der Regierungsgewalt durch die Oberbefehlshaber der Streitkräfte der vier Großmächte in ihren Besatzungszonen und gemeinsam im Alliierten Kontrollrat; völlige Abrüstung und Entmilitarisierung, Auflösung aller Streitkräfte, einschließlich der SS und SA, Auflösung der NSDAP, Aufhebung aller nationalsozialistischen Gesetze, Entnazifizierung der Bevölkerung, Verhaftung und Verurteilung der Kriegsverbrecher, Demokratisierung des Erziehungssystems, der Justiz, der Verwaltung und des öffentlichen Lebens; Verbot der Waffenproduktion, Beschränkung der Industriekapazität, Dezentralisierung und Dekartellisierung der Wirtschaft unter alliierter Kontrolle. Deutschland sollte trotz der Einteilung in Besatzungszonen als wirtschaftliche Einheit betrachtet werden.

◊ Reparationen: Die Sowjetunion sollte ihre Ansprüche (und die Polens) aus ihrer Besatzungszone befriedigen, die Ansprüche der Westmächte und aller anderen Gläubiger sollten aus den westlichen Besatzungszonen erfüllt werden, die Sowjetunion sollte darüber hinaus Industrieausrüstungen und andere Reparationsleistungen aus den Westzonen erhalten.

◊ Königsberg und das nördliche Ostpreußen fielen („vorbehaltlich endgültiger Friedensregelung") an die Sowjetunion.

◊ Die Oder-Neiße-Linie bildete („bis zur endgültigen Festlegung") die Westgrenze Polens.

◊ „Ordnungsmäßige Überführung" – wie die euphemistische Umschreibung im Protokoll lautete – der deutschen Bevölkerung aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn nach Deutschland.

Foto: Ullstein Bilderdienst

Plenarsitzung während der Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 in der Halle von Schloß Cecilienhof. Am Konferenztisch (r.) die amerikanische Delegation mit Präsident Harry S. Truman; (l. h.) Staatschef Josef Stalin mit der sowjetischen Delegation; (vorn) der neugewählte britische Premier Clement Attlee mit seinem Beraterstab.

Vertreibung aus dem Sudetenland

Ich wohnte mit meinen drei Kindern in Freiwaldau, Ostsudetenland. [...] Am 26. Juli 1945 kamen plötzlich drei bewaffnete tschechische Soldaten und ein Polizist in meine Wohnung, und ich mußte dieselbe binnen einer halben Stunde verlassen. Ich durfte gar nichts mitnehmen. Wir wurden auf einen Sammelplatz getrieben und wußten nicht, was mit uns geschehen wird. [...] Unter starker Bewachung mußten wir auf dem Sammelplatz viele Stunden warten, gegen Abend wurden wir unter gräßlichen Beschimpfungen und Peitschenschlägen aus dem Heimatort fortgeführt. Nach sechsstündigem Fußmarsch mußten wir im Freien übernachten und wurden dann eine Woche lang in einem primitiven Lager, einem Kalkwerk, festgehalten. Verpflegung gab es keine, und wir mußten mit dem wenigen, was wir uns an Essen mitgenommen hatten, auskommen. Es wurde uns immer noch nicht gesagt, was mit uns geschehen soll, bis wir am 2. August 1945 zum Bahnhof mußten und auf offenen Kohlenwagen und Loren verladen wurden. Vor Abfahrt des Transportes bekamen wir pro Eisenbahnwagen 1 Brot. Während der Fahrt regnete es in Strömen, und wir wurden bis auf die Haut naß, abgesehen davon, daß wir dabei Todesangst ausstehen mußten. Die Kinder wurden krank, und ich wußte mir vor Verzweiflung bald keinen Rat.

Nach zwei Tagen wurden wir in Tetschen ausgeladen. Wir waren hungrig und erschöpft und mußten in diesem Zustand den Weg bis zur Reichsgrenze zu Fuß antreten. Wir wurden mit Peitschenhieben und Schreckschüssen immer wieder angetrieben, und viele sind am Wege liegen geblieben. [...] Beim zweiten Schlagbaum wurden unsere Ausweise von russischem Militär geprüft, und dann waren wir für den weiteren Weg auf uns selbst gestellt. [...] Wir wurden von einem Ort zum anderen gewiesen, bis wir endlich am 22. August 1945 eine Unterkunft zugeteilt erhielten.

Mein Mann wurde im Juni 1946 als Schwerkriegsbeschädigter aus der Kriegsgefangenschaft entlassen, und wir müssen hier, da wir vollständig mittellos sind, in großer Not und Sorge unser Leben fristen. Die in der Heimat zurückgelassenen Sparguthaben und andere Vermögenswerte betragen 112 000,– RM. Ich und mein Mann waren in der Heimat nicht politisch tätig, und die menschenunwürdige Ausweisung, durch die wir zu Bettlern gemacht worden sind, ist ein himmelschreiendes Unrecht. Wir sehnen uns in unsere geliebte Heimat zurück und hoffen, daß uns das geraubte Menschenrecht wiedergegeben wird.

Wolfgang Benz (Hg.), Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen, Frankfurt a. M. 1995, S. 138 f.

Zu den Grundlinien des westalliierten Verständnisses gehörte die Betonung der zeitlich befristeten Funktionen der Potsdamer Beschlüsse über Reparationen, Entnazifizierung, Entmilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands ebenso wie über territoriale Fragen. Und zum Grundverständnis gehörte es in den ersten Nachkriegsjahren auch noch, daß Potsdam die erste Station auf dem Weg zu einer Friedensregelung sein würde, die, vom dazu institutionalisierten "Rat der Außenminister" vorbereitet, in einem Friedensvertrag mit Deutschland gipfeln würde. Darauf setzten auch die Deutschen ihre Hoffnungen, und dazu gehörte anfänglich die Vorstellung der Vereinigung der vier Besatzungszonen zu einem neuen deutschen Staat – das war in Aussicht gestellt – und die Vorstellung des Rückgewinns wenigstens eines Teiles der verlorenen Ostgebiete.

Vertreibung der Deutschen

Auf der Potsdamer Konferenz hatten im Sommer 1945 die drei Großmächte festgeschrieben, was längst beschlossen war: die Vertreibung der deutschen Minderheiten aus Polen, aus der Tschechoslowakei und aus Ungarn. Die deutschen Ostgebiete, die an Polen fallen sollten und die von der Roten Armee bereits der Verwaltung durch die provisorische polnische Regierung unterstellt worden waren, seien menschenleer. Die Deutschen seien alle geflohen, hatte Stalin in Potsdam behauptet und damit die Konferenzteilnehmer beruhigt, sofern sie überhaupt beunruhigt waren. In humanen Formen sollte die Vertreibung erfolgen, die Churchill im Dezember 1944 vor dem britischen Unterhaus „das befriedigendste und dauerhafteste Mittel", Frieden zu stiften, genannt hatte: „Es wird keine Mischung der Bevölkerung geben, wodurch endlose Unannehmlichkeiten entstehen wie zum Beispiel im Fall von Elsaß-Lothringen. Reiner Tisch wird gemacht werden". Der Begriff „ethnische Säuberung" existierte damals noch nicht, aber er war gemeint.

Errichtung der Besatzungsherrschaft

Wolfgang Benz

Mit der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht in Reims und Berlin-Karlshorst am 7./8. Mai 1945 endete der Zweite Weltkrieg. Zugleich war, wenige Tage nach Hitlers Selbstmord, die staatliche Existenz des Deutschen Reiches beendet. Darüber konnte die noch von Hitler eingesetzte Regierung des Großadmirals Karl Dönitz, die bei Flensburg bis zu ihrer Verhaftung am 23. Mai 1945 ein Schattendasein führte (ihr einziger Zweck war die Kapitulation) niemanden außer sich selbst hinwegtäuschen.

Deutschland war weitgehend zerstört, militärisch erobert und von alliierten Truppen besetzt. Die Niederlage war vollständig. Es gab keine deutsche staatliche Autorität mehr. Die großen Städte lagen in Trümmern. Flüchtlinge und Vertriebene strömten aus den Ostgebieten herein, auf der Suche nach Obdach und Nahrung und einer neuen Heimat. Der Alltag der Deutschen war von Hoffnungslosigkeit und Erschöpfung, von Apathie und der Sorge um vermißte Angehörige bestimmt. Die Sieger fanden unterwürfige und abgestumpfte Menschen vor, die sich auf den Straßen nach ihren Zigarettenkippen bückten, um die Tabakreste zu Ende zu rauchen. Besiegte, die sich elend, gedemütigt und als Opfer fühlten.

Die siegreichen Alliierten hatten begeisterte Nationalsozialisten erwartet und wunderten sich, daß die Deutschen genauso fassungslos wie sie selbst die Überreste der nationalsozialistischen Verbrechen zur Kenntnis nahmen. Natürlich glaubten sie das Entsetzen der Menschen von Weimar nicht, die nach Buchenwald befohlen wurden, um das befreite KZ zu besichtigen, ebensowenig wie sie den Dachauern glaubten, daß sie nicht gewußt haben wollten, was hinter dem Lagerzaun vorgegangen war. Niemand hatte Mitleid mit den unterlegenen Deutschen.

Berliner Deklaration

Die Armeen der Sieger richteten sich in den vier Besatzungszonen ein, in die Deutschland zum Zweck der Verwaltung und Befreiung verabredungsgemäß eingeteilt wurde. Soweit es für die militärischen Zwecke erforderlich war, wurde die zerstörte Infrastruktur notdürftig instand gesetzt: Kanalisation und Behelfsbrücken sowie Wasser- und Energieversorgung. Für die Militärregierungen und Besatzungstruppen in den größeren Städten, Landkreisen, Ländern wurden Wohnungen und Büros beschlagnahmt. Die Sieger etablierten sich auf unbestimmte Zeit. Die Besatzungszeit, so viel war sicher, würde lange dauern.

Am 5. Juni 1945 machten die Sieger öffentlich bekannt, daß die oberste Regierungsgewalt in Deutschland von Vertretern der vier alliierten Mächte übernommen sei und von ihnen gemeinsam ausgeübt werde. Die „Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands" trug die Unterschrift der vier jetzt in Deutschland mächtigsten Männer, der Oberbefehlshaber General Dwight D. Eisenhower (USA), Marschall Georgij Schukow (UdSSR), Feldmarschall Bernhard Law Montgomery (Großbritannien) und General Jean de Lattre de Tassigny (Frankreich). Sie hatten sich in Berlin getroffen, um im Namen ihrer Regierungen neben einigen anderen Dokumenten diese „Berliner Deklaration" zu unterzeichnen, die dann in den drei künftig in und für Deutschland maßgebenden Spra-

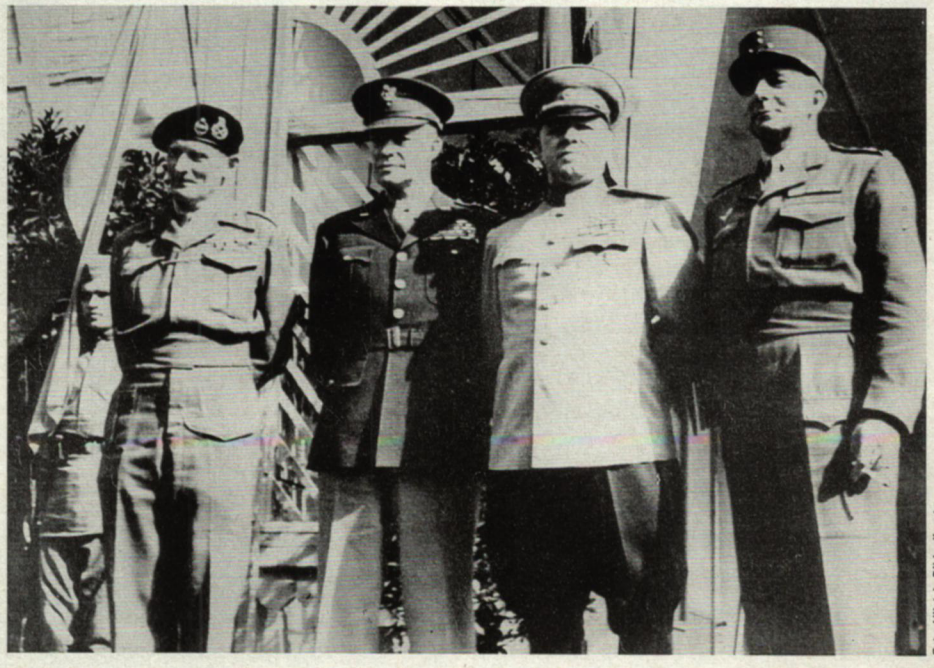


Foto: Ullstein Bilderdienst

Konstituierung des Alliierten Kontrollrates am 30. Juli 1945 in Berlin; von links: Feldmarschall Bernhard L. Montgomery (GB), General Dwight D. Eisenhower (USA), Marschall Georgij K. Schukow (UdSSR) und General Jean de Lattre de Tassigny (Frankreich).

chen englisch, russisch und französisch veröffentlicht wurde.

Diese Junideklaration wiederholte die militärischen Kapitulationsbedingungen und verband sie mit einer Ankündigung der Maßnahmen, die den Deutschen bevorstanden, darunter Abrüstung und Entmilitarisierung sowie Verhaftung der Naziführer und Kriegsverbrecher. Der entscheidende Satz lautete, daß die Regierungen in Washington, London, Moskau und Paris die Hoheitsrechte über Deutschland übernommen hätten „einschließlich aller Befugnisse der deutschen Regierung, des Oberkommandos der Wehrmacht und der Regierungen, Verwaltungen oder Behörden der Länder, Städte und Gemeinden".

Die vier Oberbefehlshaber setzten mit ihren Unterschriften drei weitere Schriftstücke in Kraft, in denen die Konturen des Besatzungsregimes über Deutschland festgelegt waren. Es handelte sich um „Feststellungen" über das Kontrollverfahren, über die Besatzungszonen und um ein drittes Dokument, in dem die Absicht der Regierungen der vier Mächte zum Ausdruck gebracht wurde, „sich mit den Regierungen anderer Nationen gelegentlich der Ausübung der Macht über Deutschland" zu beraten. Alle diese Papiere waren das Ergebnis interalliierter Beratungen seit Anfang 1944. Die Unterzeichnung und Verkündung in Berlin war vor allem ein demonstrativer Akt, der anzeigen sollte, daß Deutschland jetzt unter Besatzungsrecht stand. Das Treffen der vier Oberbefehlshaber war im Grunde schon die erste Sitzung des Alliierten Kontrollrats, der offiziell noch während der Potsdamer Konferenz am 30. Juli 1945 erstmals zusammentrat.

Alliierter Kontrollrat

Zwei Grundsätze sollten sich bei der Regierung Deutschlands durch die Alliierten ergänzen: die Ausübung der obersten Gewalt in der jeweiligen Besatzungszone durch den dortigen Oberbefehlshaber, der über die Angelegenheiten seiner Zone nur seiner Regierung Rechenschaft schuldete, und die gemeinsame Herrschaft „in allen Deutschland als ein Ganzes betreffenden Angelegenheiten". Zu diesem Zweck bildeten die Oberbefehlshaber zusammen den Kontrollrat als Kollektivorgan. Sie sollten dort gemeinsam „für eine angemessene Einheitlichkeit des Vorgehens" in ihren Besatzungszonen Sorge tragen und „im gegenseitigen Einvernehmen Entscheidungen über alle Deutschland als Ganzes betreffenden wesentlichen Fragen" fällen. Überstimmt werden konnte keiner der Vertreter der Vier Mächte; für alle Beschlüsse war Einstimmigkeit vorgeschrieben.

Im Koordinierungsausschuß des Kontrollrats saßen die vier Stellvertreter der Ober-

Befreiung und Besetzung

Am gleichen Morgen (29. April 1945 – *Anm. d. Red.*) erhielt das 3. Bataillon des zur 45. Infanteriedivision gehörigen 157. Infanterieregiments der US-Army den Befehl, das Lager Dachau einzunehmen. […] Der Zugang zum gesamten Lagerkomplex war ungefähr einen Kilometer westlich vom Schutzhaftlager gelegen, und es war von dort nicht sichtbar.

Dennoch wurden die Amerikaner unmittelbar und ohne Vorwarnung mit dem äußersten Grauen der KZ-Welt konfrontiert: An der Zufahrtsstraße zum Eingang des SS-Lagers stand ein Zug, der eineinhalb Tage zuvor aus Buchenwald angekommen war – ein langer Zug mit 39 Waggons, und in den meisten lagen Leichen, die ausgemergelten Körper toter Häftlinge. Einige lagen erschossen neben dem Gleis. […] Dieser Anblick verstörte die US-Soldaten zutiefst: „Kampferprobte Veteranen weinten, starrten mit düsteren, unbewegten Gesichtern vor sich hin, und der Zorn zerrte an ihren ohnehin schon angespannten Nerven." […]

Beim weiteren Vormarsch stießen die amerikanischen Soldaten auf die Lazarettgebäude, die sich in unmittelbarer Nähe des Eingangs befanden. Aus dem Lazarett wurden mindestens 100 Deutsche, darunter auch einige Frauen, auf die Straße herausgeholt. Zwei GIs überprüften, ob die in den Betten liegengebliebenen Patienten tatsächlich gehunfähig waren. Währenddessen wurden draußen auf Geheiß des Kompaniechefs die SS-Leute von den übrigen Gefangenen abgesondert. Dabei half ein polnischer KZ-Häftling, der SS-Leute identifizierte, welche ihre Uniform gegen andere Kleidungsstücke eingetauscht hatten. […]

Zugleich hatte das Auftauchen der Amerikaner das ganze Lager in Bewegung gebracht. […] „Alles gerät in Bewegung. – Kranke verlassen die Betten, die fast Gesunden und das Personal rennen auf die Blockstraße, springen aus den Fenstern, klettern über die Bretterwände. – Alles rennt auf den Appellplatz. – Man hört von weitem bis hierher das Schreien und Hurrarufen." […] Die Situation drohte außer Kontrolle zu geraten […] und die Amerikaner hatten alle Mühe, einen Massenausbruch zu verhindern und einigermaßen geordnete Verhältnisse herzustellen.

Noch die Freude über die Befreiung forderte im KZ Todesopfer. Drei Hälftlinge, die achtlos vor Aufregung an den elektrisch geladenen Stacheldrahtzaun gerieten, wurden durch Stromschlag getötet.

Jürgen Zarusky, „That is not the American Way of Fighting", in: Wolfgang Benz/Barbara Distel (Hg.), Gericht und Gerechtigkeit, Dachauer Hefte 13. (Dezember 1997), S. 35–37, 44–47.

In einem Hauskeller verborgen erlebte der Schriftsteller Günter Kunert im April 1945 die Eroberung Berlins durch die Sowjetarmee.

Die Schlacht um Berlin beginnt. […] Dafür schlägt man nun sein Lager im Keller auf. […] Die Lebensmittel werden knapp. Und, weitaus schlimmer, die Zigaretten. […]

Durch die Kellerräume wabert ein Gerücht, das auch mich erreicht. Am Königstor, am Abschluß der Greifswalder Straße, käme ein gewaltiger Lagerbestand von Tabakwaren zur Verteilung, um sie nicht den Russen zu überlassen. […] Während einer Feuerpause überqueren wir hakenschlagend die breite Elbinger Straße, springen über herabbaumelnde Oberleitungen und landen auf der anderen Seite in einem Hausflur. Es hagelt Geschosse aller möglichen Kaliber. […] Sobald meine russischen Freunde ihre Geschütze und Minenwerfer in Weißensee nachladen müssen, sprinten wir einige Häuser weiter. […]

Endlich: das Königstor. Ein demolierter, kaum wiedererkennbarer Platz. Dumpfe Detonationen. Bei verängstigten Hausbewohnern erkundigen wir uns nach der Quelle unseres Verlangens. Aber hier werden nur Friedhofsplatzkarten verteilt, sonst nichts. […] Und wir müssen den gleichen Weg zurück, ohne, wie vorher durch unsere manische Verblendung, die Gefahr zu mißachten.

[…] Im Keller nichts Neues. Einer der Mieter hat in weiser Voraussicht seinen Detektorempfänger von 1922 nicht weggeworfen. […] Und wir werden sogleich eine Falsettstimme mit dem um zwölf Jahre verspäteten Satz vernehmen: „Der Führer ist tot!" […]

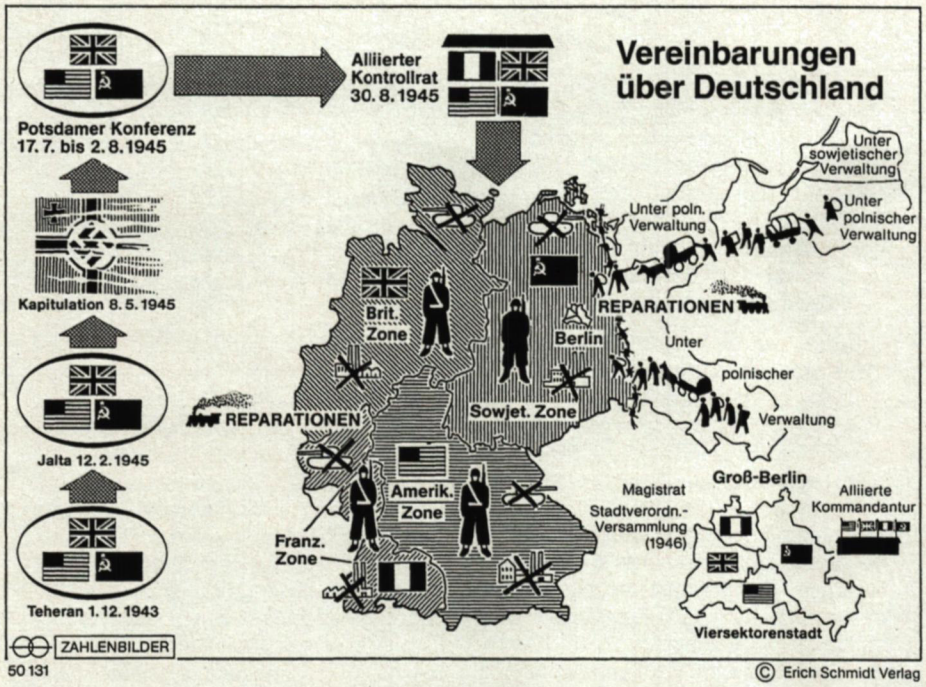
Getümmel setzt ein. Papiere werden hervorgezerrt, Dokumente, Ausweise, Fotos, Indizien für die eigene Schuld, für die Mitverantwortung an dem Komplex „Drittes Reich". Ab ins Fegefeuer mit dem belastenden Material, auf daß man selber gereinigt und geläutert aus dem Keller in eine neue Zeit hervorgehe. […]

Hinaus ins Freie. Etwas macht sich bemerkbar. Etwas ganz Ungewöhnliches. […] Es ist die völlige Stille. Die zur Phrase geronnene Stille nach dem Sturm. […]

Warten, abwarten, was kommt. Was soll schon kommen? Die Sieger natürlich.

Die ersten beiden zeigen sich schon. Sechzehnjährige, jeder mit einem Fahrrad versehen, wie man es „zufällig" auffindet. Die Käppis auf den kahlgeschorenen Schädeln, Pistolen im Stiefelschaft. […] Aus ihren weiten Uniformblusen schaufeln die Soldaten händeweise Machorka, (Tabakersatz – *Anm. d. Red.*), […]. Was werden uns die Sowjets sonst noch bescheren? […]

Günter Kunert, Erwachsenenspiele. Erinnerungen, München 1997, S. 79 ff.



befehlshaber. Das waren 1945 die Generale Lucius D. Clay (USA), Wassili Sokolowski (UdSSR), Brian H. Robertson (Großbritannien) und Louis M. Koeltz (Frankreich). Ihnen fiel die eigentliche Arbeit zu, nämlich die Vorbereitung der Kontrollratssitzungen. Diese fanden bis zum März 1948, als der Vertreter der Sowjetunion die Sitzung verließ und dadurch den ganzen Kontrollapparat zum Stillstand brachte, immer am 10., 20. und 30. eines jeden Monats statt. Konferenzort war das Gebäude des Berliner Kammergerichts, in dem zuletzt der „Volksgerichtshof" unter Roland Freisler die Gegner des NS-Regimes verurteilt hatte.

Inhaltliche Auseinandersetzungen über Probleme, die der Kontrollrat zu regeln hatte, fanden in der Regel im Vorfeld, im Koordinierungsausschuß statt. Die Oberbefehlshaber beschränkten sich auf die Beschlußfassung oder, was mit den zunehmend schlechter werdenden Beziehungen zwischen den Verbündeten zur Regel wurde, sie konstatierten, daß keine Übereinstimmung erzielt werden konnte. Die Oberbefehlshaber hatten eine Doppelfunktion: Sie bildeten die militärische Spitze der Okkupationstruppen, und sie waren als Militärgouverneure für die Verwaltung ihrer Besatzungszone zuständig.

Der Alliierte Kontrollrat entwickelte sich rasch zu einer umfangreichen Bürokratie. Zwölf Fachressorts mit den Aufgaben von Ministerien sollten unter der Bezeichnung „Direktorate" die Geschicke Deutschlands auf unbestimmte Zeit lenken. Die Direktorate waren aus Gründen der Parität jeweils mit vier Leitern besetzt. Sie bildeten Kommissionen und Unterausschüsse, die Proklamationen, Befehle und Verordnungen entwarfen, die – sofern sich die Oberbefehlshaber darüber untereinander verständigen konnten – im viersprachigen Amtsblatt des Kontrollrats veröffentlicht wurden.

Besatzungszonen

Bei der Einrichtung der Besatzungszonen, wie sie in Jalta im Februar 1945 endgültig festgelegt worden waren, gab es Verzögerungen. Im Südwesten verweigerten die Franzosen die Räumung der Städte Stuttgart und Karlsruhe, die zur US-Zone gehörten. Sie waren den Franzosen im April beim Vormarsch in die Hände gefallen, und es bedurfte ernster amerikanischer Drohungen, um die Franzosen zum Abzug aus Nordwürttemberg und Nordbaden zu bewegen. Die Amerikaner standen ihrerseits noch in Thüringen, Sachsen und Mecklenburg, in Regionen also, die von den Sowjets besetzt werden sollten. Im Gegensatz zu den Franzosen hatten die Amerikaner aber nicht beabsichtigt, sich über die Vereinbarungen mit ihren Verbündeten hinwegzusetzen. Sie übergaben Anfang Juli der Roten Armee diese Gebiete, sehr zum Bedauern der Einwohner, die lieber unter amerikanischer Besatzung geblieben wären. Die Sowjets hatten als Faustpfand Berlin, das – in vier Sektoren geteilt – von den Alliierten gemeinsam verwaltet werden sollte. Anfang Juli 1945 marschierten amerikanische und britische Truppen in Berlin ein und nahmen ihre Sektoren in Besitz, im August folgten die Franzosen. Die gemeinsame Verwaltung Berlins erfolgte in der „Kommandantur", die direkt dem Kontrollrat unterstand.

Die Präsenz der drei westlichen Alliierten in Berlin war im Grunde eher symbolischer Natur. Die Militärgouverneure residierten wegen des Kontrollrats zwar offiziell in Berlin, hatten aber ihre Hauptquartiere und Arbeitsstäbe in ihren Zonen. In Baden-Baden war General Pierre Koenigs französische Militärregierung etabliert. Die Amerikaner hatten in Frankfurt im Verwaltungsgebäude der IG Farben Industrie ihre Dienststelle eingerichtet. Die Briten hatten ihr Hauptquartier auf mehrere Orte verteilt. Das militärische Oberkommando befand sich in Bad Oeynhausen, die britische Militärregierung befand sich in Lübbecke, Herford und Minden. Während die westalliierten Stäbe ständig zwischen Berlin und den Zonenhauptquartieren pendeln mußten, hatte es die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (*SMAD*) bequemer, sie amtierte in Berlin-Karlshorst.

Aufbau der Verwaltungen

Die Deutschen bekamen von dem komplizierten Mechanismus, mit dem sie regiert wurden, wenig mit. Für sie war die lokale

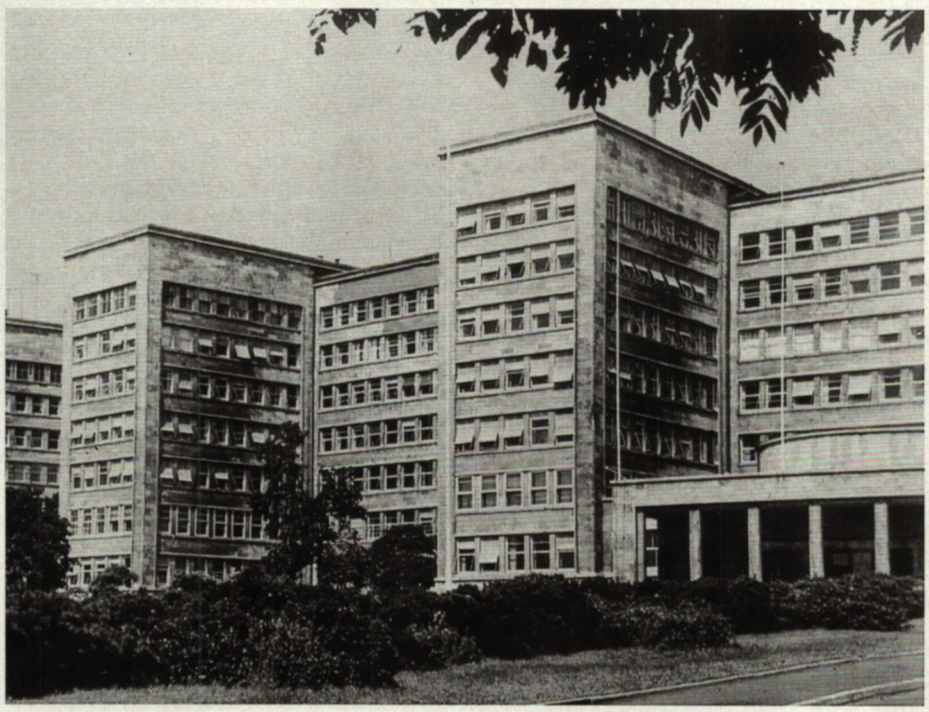


Foto: Ullstein Bilderdienst

Das Hauptquartier der amerikanischen Militärregierung befand sich in Frankfurt am Main, im ehemaligen Verwaltungsgebäude des früheren Chemiekonzerns IG Farben.

Militärregierung die oberste Instanz, die ihren Alltag regelte, Befehle erteilte, deutsche Gehilfen und Amtsträger einsetzte und wieder ablöste, wenn sie nicht den Erwartungen der Besatzungsherrschaft entsprachen. So geschah es dem Oberbürgermeister von Köln, Konrad Adenauer, den zuvor schon die Nationalsozialisten 1933 aus dem Amt gejagt hatten. Auf der „Weißen Liste" der Amerikaner stand er als Nummer 1, Anfang Mai setzten sie ihn wieder als Oberbürgermeister von Köln ein. Anfang Oktober setzten ihn die Engländer, in deren Besatzungszone Köln inzwischen lag, wegen angeblicher „Unfähigkeit und mangelnder Pflichterfüllung" wieder ab. Nicht anders erging es dem ersten Ministerpräsidenten Bayerns und späteren Bundesfinanzminister, Fritz Schäffer, den die amerikanische Militärregierung im Mai 1945 ernannte und im September wieder entließ. Er erschien der Besatzungsmacht zu konservativ. Die Rekrutierung unbelasteten deutschen Personals erfolgte in allen vier Zonen auf ähnliche Weise nach „Weißen Listen", die die Namen von Hitlergegnern und demokratisch gesinnten Politikern aus der Zeit vor 1933 enthielten. Die Listen waren lange vor der Besetzung Deutschlands zusammengestellt worden.

In der sowjetischen Besatzungszone gab es Kaderpersonal, das aus kommunistischen Emigranten bestand, die im Gefolge der Roten Armee nach Deutschland zurückkehrten. Dazu gehörte die „Gruppe Ulbricht", die am 30. April 1945 auf dem sowjetischen Feldflugplatz Calau in Brandenburg landete, um – in Moskau gut auf die Aufgabe vorbereitet – der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland beim Aufbau der Verwaltung in der sowjetischen Besatzungszone zu helfen. Die „Gruppe Ulbricht" war für Berlin bestimmt. Sachsen und Mecklenburg waren die Einsatzgebiete zweier weiterer Gruppen mit Anton Ackermann (1905–1973, ab 1946 Mitglied des ZK der SED, 1954 wegen Unterstützung von Rudolf Herrnstadt und Wilhelm Zaisser aus dem ZK ausgeschlossen) und Gustav Sobottka (1886–1953, 1947/48 Präsident der Zentralverwaltung für Brennstoffindustrie, 1949–51 tätig im Ministerium für Schwerindustrie) an der Spitze.

Das politische Leben fand zunächst in allen Zonen auf der untersten Ebene statt; In den lokalen deutschen Administrationen, die der Besatzungsmacht verantwortlich waren, spielten Parteien noch kaum eine Rolle. Nur das Funktionieren der elementaren Notwendigkeiten war auf dieser Ebene zunächst verlangt.

Parteigründungen

Parallel zur Wiederherstellung einer deutschen Verwaltung, die im Auftrag der Besatzungsmacht tätig wurde, vollzog sich allmählich die Bildung politi-

Aufbau einer Provinzialregierung

Auftrag der britischen Militärregierung an Rudolf Amelunxen (1888–1969, Zentrums-Politiker, Oberpräsident von Westfalen 1945, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen 1946–1947 – Anm. d. Red.) zum Aufbau der Verwaltung in der Provinz Westfalen, 6. Juli 1945

Von heute ab übernehmen Sie die Pflichten und die Verantwortung des Leiters der zivilen Verwaltung für die Provinz Westfalen und die Länder Lippe und Schaumburg-Lippe.

Sie bilden unverzüglich eine Provinzial-Regierung, die für die Militärregierung annehmbar ist. Einmal gewählt, haben diese Beamten ihre Pflichten redlich und treu zu erfüllen, und Sie werden ihnen zu verstehen geben, […] daß sie ihre Ernennung lediglich nach dem Belieben der Militärregierung innehaben.

Ungehorsam gegen die Anordnungen der Militärregierung wird nicht geduldet werden.

Kein tätiger Nazi oder Nazisympathisant – das heißt mit den Nazis stark Sympathisierender – erhält die Erlaubnis, irgendeine beamtete Stellung einzunehmen.

[…]

Die allgemeine Politik ist in der ersten Proklamation des Obersten Befehlshabers an das deutsche Volk zusammengefaßt und wird hiermit zu Ihrer Unterrichtung wiederholt:

„Wir kommen als ein siegreiches Heer, jedoch nicht als Unterdrücker. Wir werden die Herrschaft der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei beseitigen, die NSDAP auflösen, sowie die grausamen, harten und ungerechten Rechtssätze und Einrichtungen, die die Partei geschaffen hat, aufheben. […]

Der bestehende Verwaltungsaufbau für die Mobilisierung, Beschaffung, Registrierung und Verteilung der Arbeit durch regionale und örtliche Arbeitsämter wird beibehalten werden, nur die Nazibeamten sind dabei zu entfernen. Die bestehende Lohnkontrolle bleibt aufrechterhalten, das soziale Versicherungswesen, Pensionen und Vergünstigungen bleiben gültig, soweit deutsche Fonds verfügbar sind; folgende Vorbehalte werden gemacht:

a) Zahlung von Militärpensionen und von Familienunterhalt für die Angehörigen deutscher Soldaten wird verboten, ausgenommen

1. Pensionen wegen körperlicher Gebrechen, die die Arbeitsfähigkeit vermindern und

2. Pensionen oder Vergütungen an Witwen, Waisen oder nicht militärische Personen ohne anderweitige Unterstützung.

b) Kein Familienunterhalt wird den Familien dienender Soldaten gewährt.

c) Keine Pensionen oder Unterstützungen dürfen für Mitgliedschaft oder Dienst in der Nazipartei gezahlt werden.

Alle Benachteiligungen bzw. Vergünstigungen bei Löhnen, Arbeitsbedingungen, Sozialversicherungs-Pensionen und Unterstützungen von Gruppen oder Einzelpersonen auf Grund ihrer Rasse, Abstammung, religiösen oder politischen Einstellung werden abgeschafft. Die Bildung einer demokratischen Gewerkschaftsbewegung oder anderer Formen freien wirtschaftlichen Zusammenschlusses wird zugelassen, vorausgesetzt, daß sie nicht Vertretungen von Nazigruppen sind.

Es ist sehr wünschenswert, daß die Schulen in Gang bleiben, um die Bedrohung von Ruhe und Ordnung durch zahlreiche junge Landstreicher einzuschränken. Andererseits ist heute das deutsche Erziehungssystem eine der stärksten Waffen der Nazi-Propaganda. Deshalb wird unser Weg sich wie folgt darstellen:

a) Schließung aller Schulen,

b) Wiedereröffnung aller Schulen, sobald die Militärregierung sich überzeugt hat, daß alle Mitglieder der Nazi-Partei und alle, die mit den Nazis stark sympathisiert haben, aus dem Lehrkörper entfernt sind und brauchbare Schulbücher gestellt sind.

c) Die Forderung, daß der zivile Leiter des Verwaltungsgebietes dafür garantiert, daß keine nazifreundliche oder militärische Lehre in den so eröffneten Schulen vertreten (gelehrt) wird.

Die deutschen Behörden werden Anweisung erhalten, alle Schulbücher, die nationalsozialistische oder militärische Lehren enthalten, zu beschlagnahmen.

Alle nationalsozialistischen Parteiorganisationen an Schulen und Universitäten sind abzuschaffen und ihre Akten und ihr Eigentum zu beschlagnahmen. […] Stätten, die dem Gottesdienst geweiht sind, werden wieder geöffnet und die Freiheit der Religion gefördert werden, […]

Es ist eindeutig klarzustellen, daß Sie allein auf Anweisung der Militärregierung handeln. In allen Angelegenheiten können Einzelanweisungen eingeholt werden, und wenn irgendein Zweifel besteht, ist bei den Offizieren der Militärregierung, die dazu bevollmächtigt sind, Rat zu suchen.

gez. G. A. Ledingham
Colonel Commanding Officer
307 (P) Mil. Gov. Det.

Thomas Berger/Karl-Heinz Müller (Hg.), Lebenssituationen 1945–1948, Hannover 1983, S. 20ff.

Foto: Deutsches Historisches Museum, Berlin

Vereinigungsparteitag von KPD und SPD zur SED in der Ostzone. Die beiden neuen Vorsitzenden Wilhelm Pieck (l., vorher KPD) und Otto Grotewohl (vorher SPD) reichen sich die Hände. Daneben (r.) der spätere Staats- und Parteichef Walter Ulbricht.

scher Gruppierungen. In der östlichen Besatzungszone waren durch Befehl Nr. 2 der Sowjetischen Militäradministration schon am 10. Juni 1945 Parteien ganz offiziell zugelassen und zur politischen Aktivität ermuntert worden. Das war gleichsam ein Handstreich der sowjetischen Besatzungsmacht gewesen, der in Szene gesetzt wurde, ehe auf der Potsdamer Konferenz die drei großen Siegermächte zusammenkamen, um die Grundsätze einer gemeinsamen Deutschlandpolitik zu besprechen. Am 11. Juni 1945 trat in Berlin die KPD mit einem Gründungsaufruf an die Öffentlichkeit, Mitte Juni folgte die SPD, Ende des Monats die CDU und am 5. Juli wurde die Liberal-Demokratische Partei (LDP) gegründet. Die Wirksamkeit dieser vier Parteien blieb auf Berlin und die Sowjetzone beschränkt.

In der US-Zone wurden die Weichen nicht so rasch gestellt. In der Direktive für den Oberbefehlshaber der amerikanischen Besatzungstruppen in Deutschland, die unmittelbar nach Kriegsende galt, hieß es ganz allgemein, daß keine politische Tätigkeit ohne Genehmigung des Militärgouverneurs begünstigt werden dürfe. Rede-, Presse- und Religionsfreiheit sei den Deutschen zu gewähren, soweit dadurch nicht militärische Interessen beeinträchtigt würden. Die Verbreitung von nazistischen, militaristischen und nationalistischen Lehren sei ebenso zu verbieten wie „Aufmärsche militärischer, politischer, ziviler oder sportlicher Art".

Foto: Ullstein Bilderdienst

Erste freie Gemeindewahlen in Groß-Hessen (amerikanische Zone) am 27. Januar 1946. Blick auf die Warteschlange in einem Wahllokal in Isenburg kurz vor der Schließung.

Frühe progra

Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945

[...] Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland.

Wir sind vielmehr der Auffassung, daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes [...] für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk. [...]

Die unmittelbarsten und dringendsten Aufgaben [...] sind gegenwärtig [...]:

Vollständige Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und der Hitlerpartei. [...]

Völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums. [...]

Herstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes. Wiederherstellung der Legalität freier Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie der antifaschistischen, demokratischen Parteien.

[...] Liquidierung des Großgrundbesitzes, [...] und Übergabe [...] an die durch den Krieg ruinierten und besitzlos gewordenen Bauern. [...]

Ernst-Ulrich Huster u. a., Determinanten der westdeutschen Restauration 1945–1949, Frankfurt a. M., 1972, S. 356 ff.

Programmatische Richtlinien der Freien Demokratischen Partei der britischen Zone, 4. Februar 1946

[...] Dieser Staat soll auf breitester Grundlage von unten nach oben aufgebaut werden, [...]

[...] Völlige Rechtssicherheit soll die Freiheit des Staatsbürgers schützen. Es soll nur ein Recht in Deutschland geben, ein gleiches Recht für alle.

[...] Die Gewerkschaften sollen zu verantwortlichen Organisationen des Staates ausgebaut werden, die den Schutz der Arbeit gewährleisten. [...]

[...] Erstes Ziel der Wirtschaftspolitik ist entsprechend dem Bedürfnis der breiten Massen die Steigerung der Erzeugung auf allen Gebieten. [...] Das Ziel kann nur erreicht werden durch Wiedereinschaltung der freien Initiative unter Abbau der Wirtschaftsbürokratie. [...] Persönliche Initiative und freier Wettbewerb steigern die wirtschaftliche Leistung, und persönliches Eigentum ist eine wesentliche Grundlage gesunder Wirtschaft. [...]

[...] Wie die Freiheit der Forschung und Freiheit der Lehre die Vorbedingung aller

atische Aussagen bedeutender politischer Parteien der vier Besatzungszonen

wissenschaftlichen Leistungen ist, so kann auch die Volksbildung nur auf dem Boden der Freiheit und Wahrhaftigkeit gedeihen. […]

Bei der konfessionellen Zerklüftung unseres Volkes können die Schulen des Staates nicht einer Konfession dienen. Wir fordern daher die Gemeinschaftsschule, in der die von ihrer Kirche anerkannten Lehrkräfte konfessionellen Religionsunterricht erteilen. […]

Christlich-Soziale Union (CSU): Grundsatzprogramm 1946

[…]

Wir erstreben den Staatsaufbau auf christlicher Grundlage. […]

Wir bekennen uns zum demokratischen Staat. Wir kämpfen gegen jede Art von Diktatur eines einzelnen, einer Partei oder einer Klasse. […]

Wir fordern den föderativen Aufbau Deutschlands auf bundesstaatlicher Grundlage. […]

Wir verlangen die Ehrfurcht vor der Unverletzlichkeit der Person. […]

Wir vertreten die Freiheit der Meinungsäußerung in Wort und Schrift, die Freiheit des Handelns und der Berufswahl, die Freiheit des Zusammenschlusses und der Religionsausübung! Nur am christlichen Sittengesetz und am Gemeinwohl findet die menschliche Freiheit ihre Grenzen.

Wir fordern die rechtliche und soziale Gleichstellung der Geschlechter. […]

[…] Wir bejahen eine angemessene Beteiligung der Arbeitnehmer am Reingewinn ihres Unternehmens. […]

[…] Wir anerkennen das Recht des Staates, die Wirtschaft nach Gesichtspunkten des Gemeinwohls zu lenken! Wir lehnen die Planwirtschaft als Ausfluß eines kollektivistischen Denkens ab. Wir kämpfen gegen den Wirtschaftsliberalismus […]

[…] Wir verlangen ein angemessenes Mitbestimmungsrecht der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei der Lenkung der Wirtschaft, ein Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen und Produktionsverhältnisse. […]

Wir verlangen die unbedingte Achtung des Staates vor dem Willen der Eltern hinsichtlich der Schulerziehung ihrer Kinder. Wir bekennen uns zum eigenen Recht der Kirchen auf einen angemessenen Einfluß in der Erziehung der Jugend. […]

Forderungen und Ziele der SPD, Mai 1946

[…] Der vorhandene private Großbesitz an Produktionsmitteln und das mögliche Sozialprodukt der deutschen Volkswirtschaft müssen den Bedürfnissen aller zugänglich gemacht werden. Der heutige Zustand, bei dem die große Mehrzahl alles verloren hat, eine Minderheit aber reicher geworden ist, muß durch eine gerechte Gesellschaftsordnung überwunden werden.

Die Sozialdemokratie erstrebt eine sozialistische Wirtschaft durch planmäßige Lenkung und gemeinwirtschaftliche Gestaltung. Entscheidend für Umfang, Richtung und Verteilung der Produktion darf nur das Interesse der Allgemeinheit sein. Die Vermehrung der Produktionsmittel und Verbrauchsgüter ist die Voraussetzung für die lebensnotwendige Eingliederung Deutschlands in die internationalen Wirtschaftsbeziehungen. […] Alle Betriebe des Bergbaues, der Eisen- und Stahlerzeugung und -bearbeitung bis zum Halbzeug, der größte Teil der chemischen Industrie und die synthetischen Industrien, die Großbetriebe überhaupt, jede Form der Versorgungswirtschaft und alle Teile der verarbeitenden Industrie, die zur Großunternehmung drängen, sind in das Eigentum der Allgemeinheit zu überführen.

Die Förderung des Genossenschaftsgedankens, die Lösung betrieblicher Gemeinschaftsaufgaben in Handwerk, Handel und Landwirtschaft, stärkste Unterstützung der Verbrauchergenossenschaft sind nötig. […]

Eine grundlegende Agrar- und Bodenreform ist unter Enteignung der Großgrundbesitzer sofort einzuleiten. […]

[…] Der Lastenausgleich fordert eine grundlegende, alles umfassende Finanz- und Währungsreform. Ein soziales Existenzminimum muß gesichert und der Massenverbrauch geschont werden. […]

Die Demokratie ist für alle Schaffenden die beste Form des politischen Kampfes. Sie ist für uns Sozialisten ebenso eine sittliche wie eine machtpolitische Notwendigkeit.

[…] Es gibt keinen Sozialismus ohne Demokratie, ohne die Freiheit des Erkennens und die Freiheit der Kritik. Es gibt aber auch keinen Sozialismus ohne Menschlichkeit und ohne Achtung vor der menschlichen Persönlichkeit.

Auf dem Gebiet der Staats- und Verwaltungspolitik erstrebt die Sozialdemokratie die Demokratie, die getragen ist von der Mitbestimmung und Mitverantwortung aller Bürger. Sie will eine Republik mit weitgehender Dezentralisierung und Selbstverwaltung.

Glaubens- und Gewissensfreiheit für alle, Trennung von Kirche und Staat. […]

Die Schulen sollen die Jugend […] erziehen im Geist der Humanität, der Demokratie, der sozialen Verantwortung und der Völkerverständigung. Allen Deutschen stehen die Bildungsmöglichkeiten allein entsprechend ihrer Befähigung offen. […]

Jedem Bürger soll die Möglichkeit gegeben werden, durch Arbeit seinen Lebensunterhalt zu erwerben. Soweit ihm angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, hat er Anspruch auf Lebensunterhalt.

Auszüge aus den Düsseldorfer Leitsätzen der CDU, 15. Juli 1949

Die „soziale Marktwirtschaft" ist die sozial gebundene Verfassung der gewerblichen Wirtschaft, in der die Leistung freier und tüchtiger Menschen in eine Ordnung gebracht wird, die ein Höchstmaß von wirtschaftlichem Nutzen und sozialer Gerechtigkeit für alle erbringt. Diese Ordnung wird geschaffen durch Freiheit und Bindung, die in der „sozialen Marktwirtschaft" durch echten Leistungswettbewerb und unabhängige Monopolkontrolle zum Ausdruck kommen. Echter Leistungswettbewerb liegt vor, wenn durch eine Wettbewerbsordnung sichergestellt ist, daß bei gleichen Chancen und fairen Wettkampfbedingungen in freier Konkurrenz die bessere Leistung belohnt wird. Das Zusammenwirken aller Beteiligten wird durch marktgerechte Preise gesteuert.

Marktgerechte Preise sind Motor und Steuerungsmittel der Marktwirtschaft. Marktgerechte Preise entstehen, indem Kaufkraft und angebotene Gütermenge auf den Märkten zum Ausgleich gebracht werden. Wichtigste Vorbedingung, um diesen Ausgleich herbeizuführen, ist ein geordnetes Geldwesen. […]

Die „soziale Marktwirtschaft" steht im scharfen Gegensatz zum System der Planwirtschaft, die wir ablehnen, ganz gleich, ob in ihr die Lenkungsstellen zentral oder dezentral, staatlich oder selbstverwaltungsmäßig organisiert sind.

Das System der Planwirtschaft beraubt den schaffenden Menschen seiner wirtschaftlichen Selbstbestimmung und Freiheit. […]

Die Planwirtschaft hemmt die Erzeugung, indem sie in die Hand der Lenkungsstellen Machtvollkommenheiten legt, denen die Menschen in keiner Weise gewachsen sind. Sie mutet ihnen Aufgaben zu, die ihre Einsicht weit übersteigen. […]

Die „soziale Marktwirtschaft" steht auch im Gegensatz zur sogenannten „freien Wirtschaft" liberalistischer Prägung. Um einen Rückfall in die „freie Wirtschaft" zu vermeiden, ist zur Sicherung des Leistungswettbewerbs die unabhängige Monopolkontrolle nötig. Denn so wenig der Staat oder halböffentliche Stellen die gewerbliche Wirtschaft und einzelne Märkte lenken sollen, so wenig dürfen Privatpersonen und private Verbände derartige Lenkungsaufgaben übernehmen. […]

Die vorwiegend eigentumsrechtlichen und gesellschaftspolitischen Grundsätze des Ahlener Programms werden anerkannt, jedoch nach der marktwirtschaftlichen Seite hin ergänzt und fortentwickelt. […]

Klaus-Jörg Ruhl (Hg.), Neubeginn und Restauration. Dokumente zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949, München 1982, S. 216 ff.

Das Vorschriften-Handbuch der US-Armee, das die Offiziere der amerikanischen Militärregierung über Maßgaben der Besatzungspolitik informierte, enthielt unter dem Stichwort „Politische Aktivitäten" vier Thesen, die ihnen als Richtschnur dienen sollten:

◇ Alle demokratischen Parteien sollten unterstützt werden, und zwar möglichst in ganz Deutschland;

◇ Träger politischer Mandate sollten sich regelmäßig der öffentlichen Diskussion ihres Programms und Wahlen stellen müssen;

◇ Wahlen waren unter gleichen Bedingungen für alle und mit mindestens zwei konkurrierenden Parteien durchzuführen;

◇ politische Parteien sollten demokratisch, durch freiwilligen Zusammenschluß entstanden und getrennt von den Organen der Regierungsgewalt sein.

Das waren Grundüberlegungen, wie sie in den USA als selbstverständlich galten. In Deutschland mußten diese Grundsätze aber erst wieder erlernt und eingeübt werden, und zwar nach Meinung der Amerikaner zunächst in den Gemeinden und kleineren Städten.

CDU, CSU und SPD

Auf dieser Ebene waren in der US-Zone ab August 1945 die Aktivitäten deutscher Parteien zugelassen. Voraussetzung war, wie auch in der britischen und der französischen Zone, der Erwerb einer Lizenz. Dazu mußte ein Antrag bei der zuständigen Militärregierung gestellt werden, dem außer dem Parteiprogramm, den Statuten, einem Finanzierungsplan und der Beantwortung vieler Fragen (zum Beispiel über die beabsichtigte Parteipropaganda) auch die Unterschriften der Unterstützenden beigefügt sein mußten. Die Anträge wurden, wenn alles seine Richtigkeit hatte, auf Kreisebene genehmigt. Die Aktivitäten der Parteien wurden dann von der Militärregierung überwacht.

Die Parteien der 1933 verbotenen Arbeiterbewegung, KPD und SPD, die ihre alten Organisationsstrukturen und ihr Mitgliederpotential wieder beleben konnten, erschienen ab Sommer 1945 an vielen Orten als erste auf der politischen Bühne, gefolgt von der neuen Gruppierung der Christlich-Demokratischen Union (CDU) bzw. in Bayern der Christlich-Sozialen Union (CSU). Diese neue Gruppierung sprach als bürgerliche Sammlungsbewegung das Wählerpotential des katholischen Zentrums (bzw. der Bayerischen Volkspartei) sowie auch protestantische politische Schichten an. Das Neuartige war der konfessionelle Pluralismus dieser auf christlicher Grundlage sozial engagierten Parteien CDU und CSU, die in den drei Westzonen ungefähr gleich stark wie die SPD wurden. Der Zusammenschluß in Landesverbänden wurde erst später erlaubt, die Parteiorganisation auf Zonenebene war nur in der britischen und sowjetischen Besatzungszone möglich.

Mit dem aus jahrelanger KZ-Haft zurückgekehrten Kurt Schumacher, der von Hannover aus ab Frühjahr 1945 die SPD wiederaufbaute, bekam diese Partei außer einem in allen Zonen einheitlichen Namen eine charismatische Führergestalt, die unbeirrt durch die alliierten Vorgaben die SPD als überzonale einheitliche Partei verstand. Allerdings grenzte sich die westliche SPD gegen den Führungsanspruch der ostzonalen SPD unter Otto Grotewohl ebenso ab wie gegen alle Angebote zur Zusammenarbeit mit Kommunisten.

Foto: Ullstein Bilderdienst

Ruinen der Innenstadt Kölns 1945. Die Zerstörung der Hohenzollernbrücke verhinderte sowohl den Verkehr auf dem Rhein als auch zwischen den Stadtteilen auf beiden Ufern.

Vereinigung der Arbeiterparteien

Die KPD erfreute sich der bevorzugten Förderung durch die Sowjetische Militäradministration. Sie propagierte den auch von Mitgliedern der SPD geforderten Zusammenschluß der beiden Arbeiterparteien. Das sollte, im Verständnis der Sozialdemokraten, eine Lehre aus der Geschichte sein, die Konsequenz aus der erlittenen Ohnmacht gegenüber Hitler, dem die gespaltene und sich bekämpfende Arbeiterbewegung trotz ihrer zahlenmäßigen Stärke keinen wirksamen Widerstand hatte entgegensetzen können. Angesichts der Erfahrungen mit der sowjetischen Besatzungsherrschaft war die Euphorie aber längst einer tiefen Skepsis gewichen. Viele Sozialdemokraten waren überzeugt, daß die KPD mit Unterstützung der sowjetischen Militärregierung die SPD bei einem Zusammenschluß nur für ihre Absichten gebrauchen würde. Die Propaganda zur Schaffung einer einheitlichen Arbeiterpartei (die KPD betrieb sie unter dem Eindruck des schlechten Abschneidens der kommunistischen Parteien bei den Wahlen in Österreich und Ungarn) fand deshalb kaum Resonanz bei der SPD in den Westzonen. In der Ostzone war erheblicher sowjetischer Druck erforderlich, damit sich am 21. und 22. April 1946 der Gründungsparteitag der Sozialistischen Einheitspartei (SED) im Ost-Berliner Admiralspalast vollzog. Otto Grotewohl (SPD) und Wilhelm Pieck (KPD) wurden einstimmig zu gleichberechtigten Vorsitzenden der SED gewählt.

In den Westzonen und den Westsektoren Berlins lehnten die Sozialdemokraten mit großer Mehrheit die Vereinigung ab. Die SPD, für die die Fusion in der Ostzone zum Trauma wurde, steuerte in den folgenden Jahren unter Kurt Schumacher einen strikt antikommunistischen Kurs.

Überregionale Zusammenschlüsse

Für die christlich-demokratischen Parteien, die im Dezember 1945 in Bad Godesberg ein „Reichstreffen" veranstaltet hatten, wurde Konrad Adenauer allmählich zur führenden Figur. Er war Ende Februar 1946 zum Vorsitzenden der CDU der britischen Zone gewählt worden und benutzte diese Stellung zur Abwehr des Führungsanspruches der CDU der sowjetischen Besatzungszone.

Die Partei war sowohl programmatisch als auch organisatorisch heterogen. Die Bandbreite reichte von der Ideenwelt des christlichen Sozialismus (die im Ahlener Programm vom Februar 1947 zum Ausdruck kam) bis zu eher konservativen Auffassungen und zum entschiedenen Föderalismus der bayerischen CSU. Außer dem gemeinsamen Namen CDU bzw. CSU (in Godesberg im Dezember 1945 beschlossen) bildeten die Christdemokraten bis zum ersten Bundesparteitag im Oktober 1950 nur eine Arbeitsgemeinschaft selbständiger Parteien.

Noch größer war die Vielfalt bei den Liberalen, die in der Ostzone im Juli 1945 die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDP) gründeten und die sich in den Westzonen unter Namen wie Demokratische Volkspartei (Württemberg) oder Freie Demokratische Partei (FDP) in Nordrhein-Westfalen zusammengefunden hatten.

Auf regionaler Basis wurden noch weitere Parteien gegründet und von den Alliierten lizenziert, und zwar neue Vereinigungen wie die Bayernpartei oder die Niedersächsische Landespartei (später Deutsche Partei) sowie alte Parteien der Weimarer Republik wie die katholische Zentrumspartei, die wieder auflebten. Auch entstanden schillernde Gebilde wie die Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung (WAV) in Bayern. Sie alle wurden gewählt und waren vorübergehend wichtig. Zwei Arten von Parteien hatten allerdings keine Chance, eine Lizenz von den Besatzungsmächten zu bekommen, nämlich rechtsradikale Gruppierungen sowie solche Parteien, die als Interessenvertretung von Heimatvertriebenen und Flüchtlingen auftreten wollten. Die ersteren waren mit dem Demokratisierungsgebot unvereinbar (deshalb wurde auch der Lizenz-Antrag einer bayerischen Königspartei abgelehnt), und Flüchtlingsparteien waren nicht erlaubt, weil die Alliierten auf raschestmögliche volle Integration aller neuen Bürgerinnen und Bürger drängten.

Infrastruktur und Gesellschaft im zerstörten Deutschland

Wolfgang Benz

In den deutschen Städten war weit mehr als die Hälfte des Wohnraums dem Bombenkrieg zum Opfer gefallen. Großstädte wie Köln und München waren kaum mehr zu erkennen. Die meisten Brücken über die großen Flüsse waren zerstört, die Verkehrsadern gelähmt. Bis Oktober 1946 mußten fast zehn Millionen Menschen aus den abgetrennten Ostgebieten – auch sie Obdachlose wie die „Ausgebombten" – in den vier Besatzungszonen zusätzlich zu den Einheimischen versorgt werden (wobei sich die französische Zone dem Flüchtlingsstrom lange verweigerte, so daß dort nur 50 000 Vertriebene eine neue Heimat fanden). Millionen Menschen hatten längere Zeit kein Wasser, kein Gas, keine Elektrizität zur Verfügung.

Das Ausmaß der wirtschaftlichen Notlage in Deutschland zeigte sich aber nicht sofort. Für das Existenzminimum genügte das deutsche Wirtschaftspotential im ersten Nachkriegsjahr tatsächlich noch. Bis Ende 1946 reichten die aus der Kriegszeit geretteten Vorräte an Rohstoffen für eine bescheidene Produktion noch aus. Der strenge Winter 1946/47 jedoch wurde zur Katastrophe: Ernährung, Energieversorgung und Verkehr – drei ohnehin voneinander abhängige, aber auch jeweils für sich allein genommen lebenswichtige Größen – brachen zusammen. Nur das Eingreifen der Besatzungsmächte (de facto: Großbritanniens und vor allem Amerikas) verhinderte das Ärgste.

Winterkrise 1946/1947

Hatte der durchschnittliche Kalorienverbrauch in Deutschland im Jahre 1936 mit 3113 Kalorien noch über der vom Völkerbund empfohlenen Norm von 3000 Kalorien am Tag gelegen, so war er bis zum Frühjahr 1945 allmählich auf 2010 abgesunken, um 1946 bei 1451 täglichen Kalorien einen Tiefstand zu erreichen, der regional und lokal sogar noch unterschritten wurde. In der US-Zone lag der Durchschnitt bei 1564, in der französischen Zone bei 1209 Kalorien pro Kopf. Vor dem Krieg hatte die deutsche Landwirtschaft zu 80 Prozent die Ernährung sichern können, für 1946/47 wurde die Möglichkeit der Selbstversorgung nur noch auf 35 Prozent geschätzt, da etwa ein Viertel der landwirtschaftlichen Nutzflächen im Osten verloren gegangen war und außerdem infolge des Kriegs die Ernte 1946/47 nur 50 bis 60 Prozent der normalen Menge betrug. Kalorienzahlen allein sagen jedoch nur wenig über die wirkliche Ernährungslage aus; entscheidend war auch der Mangel an tierischem Eiweiß und Fett.

Zur Ernährungskrise kam die Kohlenkrise. Kohle war nicht nur der wichtigste Rohstoff der deutschen Industrie, sondern auch unerläßliche Voraussetzung eines funktionierenden Verkehrs- und Transportsystems sowie wichtigster Energieträger der privaten Haushalte. Überdies bildete die Kohle einen der wesentlichen Posten im Export der ersten Nachkriegsjahre, obgleich ohne günstige Auswirkungen für die deutsche Wirtschaftsbilanz: Die deutsche Kohle wurde von den Alliierten streng bewirtschaftet und weit unter dem Weltmarktpreis verkauft, wobei die Erlöse nicht in Devisen, sondern nur in Reichsmark gutgeschrieben wurden.

Trotz beträchtlicher Anstrengungen auf alliierter (und auf deutscher) Seite, die Kohleförderung zu steigern, trotz materieller Anreize wie Schwerstarbeiterzulagen, Lohnerhöhungen und Prämiensystemen und trotz aller Bemühungen, durch Lenkungsmaßnahmen Prioritäten zu setzen, bildete die Kohle das Wirtschaftsproblem

Foto: Ullstein Bilderdienst

Am 13./14. Februar 1945 wurde Dresden in mehreren Angriffswellen bombardiert. Dabei kamen nach jüngeren Schätzungen wahrscheinlich etwa 35 000 Menschen ums Leben.

Enttrümmerung

An die Mannheimer Bevölkerung

Die Militärregierung hat von mir in bestimmter Form verlangt, daß die Straßen der Stadt sofort vom Schutt gereinigt werden. [...] Insbesondere erwartet sie den verpflichtenden Einsatz der Hauseigentümer und Mieter für die Reinigung des auf ihr Haus entfallenden Straßenteils. Ist ein Haus unbewohnt, so sollen sich die Nachbarn in Arbeitsgemeinschaften zusammenschließen, um auf diese Weise die Straßen vom Schutt zu befreien. Ich fordere daher die Bevölkerung auf, nunmehr unverzüglich diese Reinigungsarbeiten vorzunehmen, da mir für den Fall, daß die Arbeit innerhalb 14 Tagen nicht durchgeführt wäre, der zwangsweise Einsatz der Gesamtbevölkerung an Sonntagen angekündigt worden ist. Ich erwarte, daß es zu dieser Zwangsmaßnahme nicht kommen muß. [...] Der Oberbürgermeister

Military Government Gazette, 13. Oktober 1945.

Bekanntmachungen für die Stadt Kassel

a) Bekanntmachung Nr. 67

Nach der Botschaft des Oberbefehlshabers der amerikanischen Streitkräfte in Europa, General Eisenhower, vom 6. des Monats an die deutsche Bevölkerung werden in diesem Winter keine Kohlen zur Beheizung von Wohnhäusern zur Verfügung stehen. Die Bevölkerung wird in dieser Botschaft aufgefordert, zur Deckung des notwendigen Bedarfs genügend Holz in den Wäldern zu fällen oder einzusammeln.

b) Bekanntmachung Nr. 98

In der letzten Zeit ist die Lieferung der zur Erzeugung von elektrischem Strom erforderlichen Braunkohlenmenge erheblich zurückgegangen, dagegen der Verbrauch an Strom durch Benutzung von elektrischen Kochern und Heizöfen stark gestiegen. Wenn nicht die gesamte Stromerzeugung und damit vor allem die Versorgung der Krankenhäuser und sonstiger wichtiger Betriebe sowie der Haushaltungen mit Licht während des Winters in Frage gestellt werden soll, ist es unerläßlich, den Stromverbrauch wesentlich einzuschränken.

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der Stadt Kassel im Oktober 1945, abgedruckt in: Hessen in der Stunde Null 1945/46, Wiesbaden 1977, S. 29.

Bekanntmachungen für die Stadt Darmstadt

Aufbaudienst = Aufbauhilfe!

Vergessen Sie nicht: Bei der Lebensmittelkarten-Ausgabe ab 10. Sept. 1946 muß der Nachweis erbracht sein, daß alle Männer von 16 bis 60 Jahren zum zweiten Male für den Wiederaufbau geschippt haben! Tiefbauamt

Zitiert nach den Originaldokumenten im Stadtarchiv Darmstadt.

Foto: Bilderdienst Süddeutscher Verlag

Vor dem Brandenburger Tor legten die Berliner auf dem Gelände des Tiergartens im Hungersommer 1946 ihre Gemüsegärten an. Die wenigen Bäume, die die letzten Kämpfe überstanden hatten, waren im Winter 1945/46 abgeholzt und verfeuert worden.

Nummer eins. Das lag zum einen Teil an mangelnder Effektivität der veralteten und verbrauchten Anlagen, zum anderen Teil auch an der fehlenden Qualifikation der Bergleute – eine Folge der ungünstigen Altersstruktur einerseits und des Einsatzes von unerfahrenen Arbeitskräften andererseits. Zum anderen wurden die Engpässe durch den unwirtschaftlichen Einsatz der Kohle infolge der Zonengrenzen verursacht: Braunkohle aus der Ostzone, die zum Hausbrand gut geeignet gewesen wäre, diente bei geringem Wirkungsgrad dort zur Lokomotivfeuerung, während in den Westzonen Steinkohle der Industrie entzogen werden mußte, um verheizt zu werden. Das zerstörte Transportsystem verschärfte die Problematik. Die Verteilung der Kohle war nämlich eine fast noch größere Schwierigkeit als ihre Förderung.

Durch die amerikanischen und britischen Bomben war in der letzten Phase des Krieges das deutsche Verkehrs- und Transportsystem planmäßig und gründlich zerstört worden. Die industriellen Anlagen hatten dagegen den Bombenkrieg insgesamt besser überstanden. Die Eisenbahn, die den weitaus überwiegenden Anteil an den Verkehrs- und Transportleistungen aufzubringen hatte, verfügte zwar noch über 22 800 Lokomotiven (gegenüber 23 500 im Reichsgebiet im Jahre 1936), von denen aber nur weniger als die Hälfte in betriebsfähigem Zustand waren. Die wichtigsten Strecken, Tunnels und Brücken waren jedoch zerstört oder beschädigt. In der britischen Zone waren im Mai 1945 von rund 13 000 Streckenkilometern nur 1000 befahrbar, in der französischen Zone von 5667 Kilometern nur 500. Die zerstörten Strecken konnten zwar ziemlich schnell wieder instand gesetzt werden, das rollende Material befand sich jedoch zum großen Teil in sehr mangelhaften Zustand. Hinzu kam, daß die Reparaturbetriebe der Reichsbahn ungünstig verteilt waren (sie lagen überwiegend in der amerikanischen und britischen Zone) und an Materialmangel litten. Im Winter 1946/47, als die Binnenwasserstraßen wegen des Frostes vollständig ausfielen, wurde die Transportkrise vorübergehend zum schlimmsten Engpaß der deutschen Wirtschaft überhaupt.

Versorgungsengpässe

Während Frankreich und die Sowjetunion zunächst an der Entnahme von Rohstoffen, Gütern und Ausrüstungen interessiert waren, um ihre eigenen Volkswirtschaften für die Kriegsverluste zu entschädigen, hatten die USA und Großbritannien lebhaftes Interesse am raschen Funktionieren einer bescheidenen Wirtschaft in Deutschland. In London fürchtete man die Verantwortung für ein ökonomisch totes Deutschland, die bei den eigenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten kaum getragen werden konnte. Churchill sprach es im britischen Unterhaus bereits am 16. April 1945 deutlich aus: „Die deutschen Massen dürfen uns nicht zur Last fallen und erwarten, jahrelang von den Alliierten ernährt, organisiert und erzogen zu werden."

Der ehemalige amerikanische Präsident Herbert Hoover verfaßte Anfang 1947 ein Gutachten über die wirtschaftliche Situation Deutschlands, das er der Regierung in Washington nach einer Reise durch Deutschland unterbreitete. Hoovers Grunderkenntnis lautete: „Die Wirtschaft ganz Europas ist durch Austausch von Rohstoffen und Fabrikaten mit der deutschen Wirtschaft verflochten. Die Produktivität Europas kann nicht wiederhergestellt werden, ohne daß ein gesundes Deutschland zu dieser Produktivität beiträgt."

Hoover ging von der Tatsache aus, daß jeder britische und amerikanische Steuerzahler 600 Dollar jährlich nur dafür aufbringen mußte, um die Bevölkerung der beiden Besatzungszonen vor dem Hunger zu bewahren. Die Hauptziele der Besatzungspolitik – Entnazifizierung, Ausrottung des Militarismus, Erziehung zur Demokratie, Wiedergutmachung, Verhinderung von Rüstungsproduktion – stellte Hoover keineswegs in Frage, er wies aber eindringlich auf die Folgen der Kriegszerstörungen und der territorialen Abtretungen für die friedensmäßige Produktion der deutschen Wirtschaft und die Ernährung der Bevölkerung hin. Er schätzte, daß alle vier Zonen Deutschlands weniger als 60 Prozent des Nahrungsmittelbedarfs selbst erzeugen könnten, nicht zuletzt, weil die vom Alliierten Kontrollrat verfügten Demontagen die Erzeugung von Düngemitteln hinderten, und mangels Exportchancen. Der alliierte Industrieplan beschränkte die Industriekapazität auf etwa die Hälfte der Vorkriegsproduktion (1938). Aufgelistet wurde, was nicht oder nur eingeschränkt produziert werden durfte. Hoovers Konzept für eine „neue Wirtschaftspolitik" lautete: Freiheit für die deutsche Industrie, Ende der Demontagen, keine Sonderverwaltung des Ruhrgebietes.

Hoover hatte mit seinen Vorschlägen den Beifall der amerikanischen Steuerzahler auf seiner Seite, denn ihre Dollars mußten auf unabsehbare Zeit für die Unterstützung der deutschen Bevölkerung ausgegeben werden, wenn keine Änderung der wirtschaftlichen Situation Europas erreicht werden konnte.

Die Nationalsozialisten hatten den Krieg mit Hilfe der Notenpresse finanziert. Die Folgen der inflationären Geldvermehrung seit 1936 konnten verschleiert werden durch Preis- und Lohnstop, durch Zwangssparen und durch die Rationierung der Konsumgüter bis zum Ende des Krieges. Um so härter wirkte sich aber der 1945 sichtbar werdende Ruin der deutschen Währung aus: Den 300 Milliarden Reichsmark, die sich nach Kriegsende in Umlauf befanden, stand kaum ein Warenangebot gegenüber.

Schwarzer Markt

Das staatliche Bewirtschaftungssystem des Dritten Reiches, das von den Alliierten beibehalten wurde, zerbröckelte am „Schwarzen Markt". Angesichts der relativen Wertlosigkeit von Geld und Lebensmittelkarten sah sich der „Normalverbraucher" auf Schwarzhändler und Schieber angewiesen, da er auf dem offiziellen Markt des Rationierungssystems das Lebensnotwendige nicht erhielt. Deutschland war ein Land mit drei Währungen geworden: Staatliche Gehälter und Steuern wurden in Reichsmark gezahlt. Seit August 1946 gab es für den Verkehr zwischen alliierten und deutschen Stellen von den Siegermächten gedrucktes Besatzungsgeld, das nicht in Reichsmark umgewechselt werden konnte. Wichtigstes Zahlungsmittel waren aber Zigaretten, für die man auf dem Schwarzen Markt fast alles erhalten konnte.

Deutschland war damit in den archaischen Zustand der Naturalwirtschaft zurückgefallen: Waren konnten nur gegen Waren getauscht werden. Arbeiter waren oft nur drei Tage in der Woche in der Fabrik. An den übrigen Tagen tauschten sie ihren Lohn, der ebenfalls zum Teil aus Waren bestand, gegen Lebensmittel und andere

Foto: Bilderdienst Süddeutscher Verlag

Plünderung eines mit Kohle beladenen Lastwagens im Ruhrgebiet 1947. Die Lieferung von Hausbrandkohle an die deutsche Bevölkerung war so knapp, daß in jedem Nachkriegswinter, vor allem aber 1946/47, als die Temperaturen bis auf minus 30 Grad absanken, ganze Bevölkerungsgruppen sich an der Jagd auf diese Kostbarkeit beteiligten.

Wiederaufbau des Transportwesens

Bericht des Ministers für Wirtschaft und Verkehr vom 25. Januar 1946 über die Entwicklung der Wirtschaft im Regierungsbezirk Wiesbaden und im Land Groß-Hessen von Juli bis Dezember 1945.

[...] Das Transportwesen hatte sich seit Beginn der amerikanischen Okkupation (zunächst) noch nicht wieder entwickeln können. Der Rhein, in normalen Zeiten die bedeutendste Verkehrsader Westdeutschlands, war noch nicht befahrbar, weil die Trümmer der gesprengten Brükken auf dem Grund des Stromes lagen. 90 Prozent der Rheinflotte waren gesunken. Nur eine Bahnlinie führte von Frankfurt/Main nach dem Steinkohlengebiet der Ruhr. Diese Strecke war durch Brückensprengungen vielfach unterbrochen. Es fehlte an Lokomotiven, Waggons, Kohle und Personal. [...]

Da das Transportwesen für das Wirtschaftsleben entscheidende Bedeutung hat, wurde dem Ausbau der wichtigsten Eisenbahnstrecken besondere Sorgfalt gewidmet. Die Eisenbahnstrecke, die von Groß-Hessen in das Ruhrgebiet führt, konnte im August wiederhergestellt werden. Welche Schwierigkeiten dabei zu überwinden waren, geht aus einer Ziffer hervor: Allein 56 Eisenbahnbrücken zwischen Frankfurt/M. und dem Ruhrgebiet waren im letzten Kriegsmonat von der zurückgehenden deutschen Wehrmacht gesprengt worden. Neben dieser wichtigsten Eisenbahnstrecke wurden die Anschlußgleise nach den hauptsächlich industriellen Werken wiederhergestellt und der Frachtverkehr im ganzen Land in Gang gebracht. Der Lokalverkehr konnte zu beachtlicher Stärke entwickelt, die großen Verbindungsstrekken, auf denen Schnellzüge verkehren, konnten ausgebaut werden. Heute können die wichtigsten Linien als wiederhergestellt gelten. [...]

Neben den Arbeiten für Wiederherstellung und Ausbau des Liniennetzes wurden alle verfügbaren Arbeitskräfte für Wiederherstellung des rollenden Materials eingesetzt. Alle Betriebe, die früher Reparaturen durchgeführt haben, und alle ähnlichen Betriebe, die irgend für diese Arbeiten in Frage kamen, wurden ausschließlich und voll für die Reparatur des Eisenbahnmaterials eingesetzt. [...]

Neben dem Ausbau des Eisenbahnwesens wurde die Fahrrinne des Rheins wiederhergestellt. Die Brückentrümmer konnten überall beseitigt, ein erheblicher Teil der gesunkenen Schlepper und Lastkähne gehoben werden. Wenn für die Verbesserung der Rheinfahrrinne auch noch viel zu tun bleibt, kann doch festgestellt werden, daß die Kohlentransporte auf dem Wasserwege wieder aufgenommen werden können [...]

Thomas Berger/Karl-Heinz Müller (Hg.), Lebenssituationen 1945–1948, Hannover 1983, S. 43 f.

Schwarzmarkt

[...] In kleinen, zwanglosen Gruppen stehen Händler und Kunden zusammen, anscheinend höchst uninteressiert, die aromatisch duftende, ausländische Zigarette im Mundwinkel. Gesprochen wird nicht viel. Ab und zu fällt eine Zahl, dann folgt entweder ein leichtes Kopfschütteln oder die nickende Zustimmung. Die beiden Handelseinigen verschwinden dann etwas abseits, tauschen hastig Ware und Gegenleistung aus und stehen Minuten später schon wieder bei anderen Gruppen, um dort ein neues Geschäft zu machen.

Was wird angeboten und welche Preise werden gezahlt? Da sind Zigaretten und Bohnenkaffee, Brot und Benzin, Uhren und Schnaps, Fleisch und Lebensmittelkarten. Geld spielt scheinbar keine Rolle, denn es werden Preise gefordert bis zum hundertfachen tatsächlichen Wert. Das Publikum wird von allen Schichten der Bevölkerung gestellt, vom berufsmäßigen Schwarzhändler bis zur armseligen Arbeiterfrau, die, um den Hunger ihrer Kinder zu stillen, die karge Zigarettenzuteilung ihres Mannes gegen Brot eintauscht. Vor der „Polente" (Polizei) scheint man keine Angst zu haben. [...]

Hannoversche Presse, 6. September 1946 in: Thomas Berger/Karl-Heinz Müller (Hg.), Lebenssituationen 1945–1948, Hannover 1983, S. 64f.

[...] Die Konjunkturbedingtheit des Schwarzhandels zeigt sich besonders beim Lebensmittelhandel. Die Preise steigen, wenn die Zuteilungen sinken und umgekehrt. [...]

Bei den Fettpreisen scheint auf den ersten Blick ein Paradoxon vorzuliegen: obwohl die Fettrationen um die Hälfte herabgesetzt wurden, liegen die Fettpreise um 15 bis 20 Prozent tiefer als bei Jahresbeginn. Die Lösung ist, daß im vergangenen Jahr die Organisationen zur Fälschung von Lebensmittelkarten so weit ausgebaut worden sind, daß ein hohes Markenangebot den Rationentiefstand ausgleicht. [...]

Neben den Fälschungen wurde der schwarze Markenmarkt vor allem mit gestohlenen Lebensmittelkarten beliefert, die oft in überraschend kurzer Zeit unter die Leute gebracht wurden. So wurde ein Tausender-Posten Marken, der in Unna gestohlen worden war, bereits am nächsten Tag in Hamburg in einem Blumengeschäft verkauft. Sperrung von Karten kann auch nicht viel retten, weil die Diebe ihre Beute in anderen Landesteilen absetzen, wo man mit diesen örtlichen Bestimmungen nicht so vertraut ist. [...]

„DER SPIEGEL" Sonnabend, 4. Januar 1947.

Güter des täglichen Bedarfs ein. „Der größte Teil der Schwarzmarktgeschäfte besteht aus Tauschhandel von Waren aus zweiter Hand, angefangen von alten kostbaren Pelzmänteln bis zu Kochtöpfen und abgelegten Schuhen und Galoschen, gegen Zigaretten, Schokolade, Kartoffeln oder Mehl. In den großen Städten besonders im Westen sind organisierte Tauschmärkte Tag und Nacht geschäftig, auf denen einfach alles gehandelt werden kann, mit Einschluß von Eisenbahnfahrkarten für Fernzüge (für die man Spezialerlaubnis braucht), interzonalen Pässen oder anderen gefälschten Papieren, die zur Erlangung amtlicher Vorteile nützlich sein könnten. Die Menschenmenge in diesen verwüsteten Städten ist ewig auf der Wanderschaft." Der 1933 in die USA emigrierte Publizist und Wirtschaftsfachmann Gustav Stolper hatte nach einer Deutschlandreise im Frühjahr 1947 diese Beobachtungen und Erfahrungen unter dem Titel „German Realities" der amerikanischen Öffentlichkeit vorgelegt.

Grauer Markt

Außer dem Schwarzen Markt gab es, mit Duldung der Besatzungsmächte, den „Grauen Markt" der Kompensationsgeschäfte, ohne den die bescheidene Nachkriegsindustrie nicht funktionierte. Um Rohstoffe für die Produktion oder Material für dringend nötige Reparaturen zu bekommen, wurde ein Teil der produzierten Waren am Bewirtschaftungssystem vorbei umgesetzt und eingetauscht. Am leitenden Personal eines Spinnfaser-Betriebs in Kassel sollte im Frühjahr 1947 ein Exempel statuiert werden. Hausdurchsuchungen bei leitenden Angestellten brachten Textilien (49 Damen-Hüftgürtel, 31 Büstenhalter, einige hundert Meter Stoff) zutage, die als Beweisstücke sichergestellt wurden. 112 Meter Stoff (die der Betrieb gegen Spinnfasern erworben hatte) waren gegen 85 Glühbirnen ausgetauscht worden, die für die Aufrechterhaltung der Produktion benötigt worden waren. Das Gerichtsverfahren, das als Korruptions- und Schiebertribunal aufgezogen wurde, entwickelte sich tatsächlich zu einem in allen vier Besatzungszonen aufmerksam beobachteten Musterprozeß, bei dem es um Quoten, Ablieferungssoll, Kontrollen, Behördenmaßnahmen und Strafandrohungen ging.

Sachverständige hatten zu Protokoll gegeben, daß ohne Kompensationsgeschäfte, bei denen Waren gegen Rohstoffe oder andere Waren getauscht wurden, nichts funktioniere, daß das Spinnfaser-Management tatsächlich zum Wohle des Betriebs und der Belegschaft gehandelt habe und daß alle Industriebetriebe in ganz Deutschland so handeln müßten, um zu überleben: „Kompensationen sind das Ventil, ohne das die Mehrzahl der Produktionsbetriebe die beiden letzten Jahre nicht überdauert hätte", schrieb der Berliner Tagesspiegel.

Das Gericht bemühte sich – bei milden Strafen – um ein salomonisches Urteil, in dem der Versuch unternommen wurde, die Grenzen zwischen erlaubten und verbotenen Kompensationsgeschäften zu definieren. Die Situation der deutschen Wirt-

Foto: Bilderdienst Süddeutscher Verlag

Er beschaffte alles, er verkaufte alles und er sicherte hunderttausenden von Deutschen das Überleben in den Hunger- und Notjahren zwischen 1945 und der Währungsreform im Juni 1948: der „Schwarze Markt", hier in Berlin am Brandenburger Tor, einem der größten Schieber- und Händlertreffpunkte der noch nicht geteilten Stadt im April 1946.

schaft zur Zeit des Grauen Marktes kam dadurch zum Ausdruck, daß die amerikanische Besatzungsmacht in solch einem Prozeß – in Einklang mit den drei anderen Alliierten – mit Hilfe deutscher Gerichte und Behörden zu klären versuchte, ob die Kompensationswirtschaft unterbunden werden müsse oder toleriert werden dürfe. Eigenartig war auch, daß die Rechtsgrundlage des Musterprozesses die nationalsozialistische Kriegswirtschaftsverordnung von 1939 war.

Außenhandel

Die deutsche Wirtschaft war vor dem Krieg in hohem Maß vom Außenhandel abhängig gewesen. Nach den Gebietsverlusten im Osten (25 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche des Deutschen Reiches) war die Selbstversorgung Deutschlands – eines der Ziele der alliierten Politik – ohne Außenhandel unmöglich, geschweige denn die Gesundung einer Volkswirtschaft, die den Deutschen einen bestimmten, noch festzulegenden Lebensstandard ermöglichen sollte.

Es gab zwar eine Außenhandelsbilanz der Besatzungszonen (mit einem Anteil von Kohle in der amerikanischen und britischen Zone von 97 Prozent im Jahr 1945 und 77 Prozent im Jahr 1946). In der Importstatistik Frankreichs nahm die französische Zone in den Nachkriegsjahren den ersten Platz ein. Diese Ausfuhren gingen aber aufs Konto der Reparationen oder waren Besatzungskosten. Die Außenhandelsbeziehungen waren auch nicht Sache der Deutschen, da jegliche Verbindung mit dem Ausland laut Kontrollratsbeschluß verboten und Devisen streng bewirtschaftet waren. Selbst der Handel zwischen den einzelnen Besatzungszonen hatte Exportcharakter und wurde von den Militärregierungen abgewickelt.

Es waren Hoheitsakte alliierter Behörden ohne deutsche Beteiligung. Typisch ist folgendes Beispiel, lesebuchreif formuliert im Frühjahr 1948: „Eine Remscheider Firma hatte ihren ersten Auslandsauftrag auszuführen: Lieferungen von Ersatzteilen im Werte von 700 Mark nach Belgien. 78 Schriftstücke waren vorher auszufüllen. Dann gingen die Ersatzteile auf der Strecke Aachen-Verviers verloren." (Zitiert aus: Frankfurter Hefte 3, 1948, S. 400.)

Fritz Baade, der Leiter des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, sprach im Juli 1948 von drei Blockaderingen, die durchbrochen werden müßten, um die Grundlagen einer normalen Wirtschaft zu erreichen – *JEIA (Joint Export Import Agency* der britisch-amerikanischen Besatzungszone), Demontage und zwangsweiser Export von Rohstoffen aus Deutschland: „Alle drei zusammen brächten uns einen materiellen Schaden, den man vielleicht doppelt so hoch ansetzen könnte wie die Summe der für uns bestimmten Mittel aus der Marshall-Hilfe zuzüglich der weiteren Dollarmillionen aus dem Budget der US-Army."

Monatliches Haushaltsbudget einer Familie

Familie B. besteht aus dem Ehepaar, einer Tochter von 16 Jahren, einem Sohn von 15 und einem Sohn von 5 Jahren. Der Vater ist gelernter Arbeiter in einer Fabrik. Wochenverdienst: brutto 57,80 RM, netto 51,60 RM; im Monat netto 231,20 RM, monatliche Lehrvergütung des Sohnes 30 RM, der Tochter 32 RM, zusammen 293,20 RM.

Laufende Monatsausgaben	Sept. 1947
Miete	33,66 RM
Gas	9,80 RM
Licht	4,90 RM
Ration. Lebensmittel, Karte II (Vater)	14,79 RM
Ration. Lebensmittel, Karte III (Mutter)	11,34 RM
Ration. Lebensmittel, Karte II (erwachsener Sohn)	14,79 RM
Ration. Lebensmittel, Karte III (erwachsene Tochter)	11,34 RM
Ration. Lebensmittel, Karte IV (Kind)	13,76 RM
Kleine Sonderzuteilung	2,00RM
Obst laut Karte (Kind)	7,38 RM
Kartoffeln, 60 kg, laut Karte	7,20 RM
Gemüse laut Karte	5,30 RM
Schuhreparaturen	19,20 RM
Waschmittel	4,50 RM
Beiträge, Zeitungen	7,20 RM
Taschengeld für 2 erwachsene Kinder	20,00 RM
Fahrgeld, Haarschneiden, Kino	18,00 RM
Rauchwaren	9,60 RM
Summe	214,76 RM

Zusätzliche Ausgaben	Schwarzer Markt
2 Pfund Mehl, Puddingpulver	49,00 RM
4 Brote je 1500 g	160,00 RM
Waschmittel	10,50 RM
Petroleum für den Winter	36,00 RM
Kohle für den Winter, bisher 2 Zentner	120,00 RM
Summe	375,50 RM

Die Familie hat nach dieser Aufstellung im Monat September insgesamt verausgabt 590,26 RM

Durch das Gehalt des Ehemannes und die Vergütungen der Kinder konnten gedeckt werden 293,20 RM

Es blieben aus anderen Einnahmequellen zu decken 297,06 RM

Im Sommer 1947 verkaufte das Ehepaar ein Dutzend silberne Bestecks für 1500 RM. Hiervon wird monatlich zugesetzt. Frau B. holt jeden Monat dreimal Gemüse und Kartoffeln von ihren Eltern aus der britischen Zone. Die Reisekosten werden mit 16 RM veranschlagt. Für die Lebensmittel gibt sie den Eltern durchschnittlich 25 bis 30 RM. Sie verkauft an Bekannte Gemüse zu mäßigen Schwarzmarktpreisen, um mindestens die Unkosten zu decken. [...]

In Berlin wurde die Bevölkerung in fünf Gruppen aufgeteilt, die Lebensmittelkarten mit jeweils unterschiedlichen Rationshöhen bekamen: I Schwerarbeiter, II Handarbeiter, III Angestellte, IV Kinder unter 14 Jahren, V sonstige Bevölkerung einschließlich Hausfrauen und Arbeitslose. Im März 1947 wurde die Gruppe V abgeschafft, und alle ihr zugehörigen Personen wurden der Gruppe III zugeteilt.

Man kann davon ausgehen, daß die meisten Familien in Deutschland ähnliche Probleme hatten. Das Einkommen reichte in der Regel zwar aus, die zugeteilten Rationen zu kaufen, diese reichten aber selbst bei Anlegung strengster Maßstäbe kaum aus, eine ausreichende Ernährung zu gewährleisten. Lebensnotwendige Käufe auf dem Schwarzen Markt und Hamstern waren vom Einkommen allein nicht zu bestreiten, sondern konnten nur mit Hilfe von Ersparnissen, Verkäufen von geretteten Sachwerten und Tauschgeschäften getätigt werden. Obwohl gewisse Lohnerhöhungen vorgenommen wurden, sanken die Reallöhne zunehmend, wozu auch noch ein Anstieg der Steuerbelastung beitrug. Um einen Arbeitsanreiz zu geben und Fachkräfte zu halten, führten verschiedene Betriebe eine teilweise Naturalentlohnung sowie andere Vergünstigungen wie markenfreies Essen ein.

Während der deutsche Lebensstandard 1938 einer der höchsten in Westeuropa war, war er nach dem Krieg einer der niedrigsten.

Helga Grebing/Peter Pozorski/Rainer Schulze, Die Nachkriegsentwicklung in Westdeutschland 1945–1949, a) Die wirtschaftlichen Grundlagen, Stuttgart 1980, S. 39 ff.

Interimsschein

für einen Kochtopf

Zugelassen durch die Ausnahmegenehmigung der Reichsstelle für Technische Erzeugnisse vom 22. 2. 1945
Dieser Interimsschein berechtigt nur zur Lieferung und zum Bezug im Bezirk des unterzeichneten Wirtschaftsamtes. Es berechtigt nicht zum Wiederbezuge und darf nicht in einem RTE-Scheck zusammengefaßt werden. Sobald RTE-Marken verfügbar sind, ist die unterzeichnete Ausgabestelle zum Umtausch in RTE-Marken verpflichtet.

Bergneustadt, den 19. 10. 1945

Antragsteller: Esther Faulenbach Lieferfirma: Kölnerstraße 190

Neubeginn bei der BASF

Aus der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik (BASF) in Ludwigshafen war durch Übernahme bzw. Zusammenschluß der großen Firmen der Branche 1925 die Interessengemeinschaft Farbenindustrie AG („IG Farben") hervorgegangen. Der Chemiekonzern wurde durch Kontrollratsbeschluß vom 30. 11. 1945 gemäß der alliierten Vereinbarung zur Entflechtung („Dekartellisierung") der deutschen Industrie aufgelöst.

Nach dem Ende der Kampfhandlungen und nach der Besetzung am 21./23. März 1945 war das Gelände der BASF ein Trümmerfeld. [...] Von den 1470 Fabrikgebäuden waren 33 Prozent völlig zerstört, 61 Prozent teilbeschädigt und nur 6 Prozent unbeschädigt. Weit über 400 000 Kubikmeter Schutt bedeckten das Gelände. [...]

Während das Werk im Jahre 1943 mit rund 37 400 Menschen den Höchststand seiner Belegschaft erreicht hatte, kamen im Mai 1945 die ersten Fabrikationen mit kaum 800 Mann wieder zum Anfahren. Unvorstellbar mühsam war in den folgenden Jahren der Wiederaufbau. Für alle Fabrikationen waren Produktionsgenehmigungen seitens der Militärregierung erforderlich. Alle Roh- und Brennstoffe sowie die elektrische Energie waren bewirtschaftet; die Zuteilungen waren oft mehr als knapp. Mehrfach war das Werk in Gefahr, aus Kohlemangel zum Erliegen zu kommen. [...] Größte Schwierigkeiten wurden auch dadurch verursacht, daß die Fabrik nicht nur von der Welt, sondern sogar von der nächsten Umgebung abgeschnitten war. Die rechtsrheinischen Werksangehörigen konnten der Zonengrenze wegen oft nicht an ihre Arbeitsstätte kommen. Vorprodukte aus anderen früheren IG-Werken waren plötzlich nicht mehr erhältlich. Daß der Bezug ausländischer Rohstoffe, wie Schwefelkies und Rohphosphat, damals nicht möglich war, schien verständlich. Aber nun sollte die Fabrik plötzlich keine Kalksteine mehr aus dem Neckartal, kein Steinsalz mehr aus Heilbronn oder vom Niederrhein erhalten, nur weil diese Gebiete in einer anderen Besatzungszone lagen. Umgekehrt durfte die Fabrik in jener Zeit verschiedene Großabnehmer, die, wenn auch in der Nachbarschaft, so doch in einer anderen Zone lagen, nicht mehr beliefern. Unser Ammoniakversand nach Höchst für die Düngemittelerzeugung fiel damals einem solchen Verbot zum Opfer.

[...] Durch die alliierte Ausnahmegesetzgebung für die IG-Farbenindustrie-Aktiengesellschaft wurde die IG de facto ab 1945 aufgelöst; jedes Werk – so auch die BASF – wurde zu einem selbständigen, von den übrigen Unternehmensteilen losgelösten Wirtschaftskörper [...]

Aus dem Unternehmensarchiv der BASF in: Christoph Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung, Bonn 1991, S. 362 f.

Gesellschaftsprobleme

Die Gesellschaft der Nachkriegszeit war nicht nur durch den Verlust von Werten charakterisiert, an die man kurz zuvor noch geglaubt hatte. Die Eliten des Hitler-Staates hatten Selbstmord begangen, waren geflohen, saßen im Gefängnis oder im Internierungslager. Im Straßenbild der Dörfer und Städte waren, neben Zerstörungen, die Kriegsversehrten ebenso ein gewohnter Anblick wie Frauen, die bei der Beseitigung von Trümmern wie in der Verwaltung, im öffentlichen Leben und in Betrieben die Stellen von Männern eingenommen hatten. Dies alles fiel niemandem mehr auf.

Am Ende des Zweiten Weltkriegs befanden sich mehr als acht Millionen Deutsche als Kriegsgefangene im Gewahrsam der Siegermächte. Im ersten Jahr nach Kriegsende wurden fünf Millionen von ihnen entlassen. Neben zahlreichen Todesopfern gab es außerdem eine große Anzahl von Vermißten, deren Verbleib nicht mehr geklärt werden konnte. Weit über 1,5 Millionen solcher Schicksale ehemaliger Wehrmachtsangehöriger verzeichneten die Statistiken. 1950 sprach man von 1,3 Millionen Vermißten im Osten und 100 000 Vermißten im Westen, der Suchdienst des Roten Kreuzes hat 1,086 Millionen deutsche Soldaten schließlich für tot erklärt. Hinter den Zahlen stehen die Schicksale zerstörter Familien, das Leid von Kriegerwitwen und Kriegswaisen.

Zum Kriegsgefangenenproblem gehörte auch die Verständigung der Alliierten darüber, daß ein Teil der deutschen Kriegsgefangenen zum Wiederaufbau und zur Wiedergutmachung angerichteten Schadens eingesetzt werden sollte. Aufgrund dieser Verabredung übergaben Amerikaner und Briten etwa eine Million Gefangene an Frankreich. In Lagern der Sowjetunion wurden deutsche Kriegsgefangene bis 1956 als Arbeitskräfte festgehalten.

Integration der Flüchtlinge

Das größte Problem war der Strom der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, der sich aus den abgetrennten Ostgebieten und aus Ost-Mitteleuropa in das verkleinerte und vierfach geteilte Deutschland ergoß. Ende Oktober 1946 wurden in den vier Besatzungszonen über 9,6 Millionen Heimatvertriebene gezählt. Die britische Zone hatte am 1. April 1947 einen Bevölkerungszuwachs von 3,67 Millionen (oder 18 Prozent) gegenüber 19,8 Millionen Einwohnern im Jahre 1939 zu verzeichnen. Die Einwohnerzahl der US-Zone vergrößerte sich um 3,25 Millionen (23 Prozent), die der sowjetischen Zone um 3,16 Millionen (16 Prozent). Die französische Zone nahm dagegen nur wenige Flüchtlinge widerwillig auf. Bei der Volkszählung im September 1950 hatte sich die Zahl der Einwohner dennoch um mehr als zwei Millionen erhöht. Die Gesamtbilanz nennt schließlich über 16 Millionen Menschen, die nach dem Ende der NS-Herrschaft das Schicksal von Flucht und Vertreibung traf und die in der Bundesrepublik sowie in der DDR eine neue Heimat fanden. Den größten Anteil mußten die Agrarländer Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern tragen, weil dort die Ernährung und Unterbringung eher möglich waren als in den Industriegebieten. Aber auch in Nordrhein-Westfalen gehörten von 100 Einwohnern 13 in die Kategorie der „Entwurzelten", wie Vertriebene, Flüchtlinge und Evakuierte amtlich genannt wurden.

Zunächst wurden sie als Fremde, als Störende des häuslichen Friedens, als un-

Foto: Bildedienst Süddeutscher Verlag

Unser Foto, aufgenommen in der Flüchtlingssiedlung Kaufbeuren-Neugablonz 1947, vermittelt einen Eindruck von den anfänglich bedrängten Wohnverhältnissen vieler Flüchtlingsfamilien. In dieser Behelfsunterkunft waren 70 Personen auf engstem Raum untergebracht.

erwünschte arme Leute mit ungewohnten Sitten und Gebräuchen empfunden. Die Einheimischen ließen die Vertriebenen das Fremdsein spüren. Und die sozialen Probleme schienen kaum lösbar. Die Vertriebenen suchten Wohnung und Arbeit, Entschädigung für erlittene Verluste und Unterstützung in existenzieller Not. Die Besatzungsbehörden erwarteten die möglichst reibungslose Integration der neuen Bürgerinnen und Bürger. Sie untersagten ihnen deshalb den Zusammenschluß in eigenen politischen Organisationen und veranlaßten die zuständigen Länderregierungen zum Erlaß von Sozialgesetzen zugunsten der „Flüchtlinge".

Die Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge ist als eine der großen gesellschaftlichen Leistungen Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg anzusehen. Als ein mögliches Indiz für die weitgehende Eingliederung der Vertriebenen in ihre neue Heimat ist vielfach der allmähliche relative Bedeutungsverlust angesehen worden, den im Laufe der historischen Entwicklung der Bundesrepublik die Interessenverbände der Vertriebenen und die 1949 (nach dem Ende des Lizenzzwanges) gegründete Flüchtlingspartei „Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten" (BHE) erfuhren.

Das war noch nicht absehbar gewesen, als im August 1950 „im Bewußtsein ihrer Verantwortung vor Gott und den Menschen" die Sprecher der Landsmannschaften und die Spitzen der Vertriebenenverbände die „Charta der deutschen Heimatvertriebenen" formulierten. In der Stuttgarter Kundgebung, bei der die Charta unter feierlichem Verzicht auf Rache und Vergeltung verkündet wurde, war auch das „Recht auf die Heimat als eines der von Gott geschenkten Grundrechte der Menschheit" postuliert worden.

Die Integrationsleistung der Sowjetischen Besatzungszone stand den Anstrengungen und dem Erfolg der Flüchtlings- und Vertriebenenpolitik in den Westzonen nicht wesentlich nach. Freilich bestand dort ein Teil der Lösung auch in der Tabuisierung des Problems, denn es war grundsätzlich und ausschließlich nur von „Umsiedlern" die Rede und landsmannschaftliche Zusammenschlüsse wie in den Westzonen waren erst gar nicht erlaubt.

Entwicklung in der SBZ

Die sowjetische Besatzungszone (SBZ) nahm frühzeitig eine Entwicklung, die sich von den Westzonen unterschied. Das begann mit der Reparationspolitik der sowjetischen Besatzungsmacht, die unmittelbar nach Kriegsende mit Beutezügen und Demontagen einsetzte. Allein in Sachsen wurden bis Mitte 1948 etwa 1000 Betriebe demontiert und dabei 250 000 Maschinen abtransportiert. Bis März 1947 waren in der Ostzone 11 800 Kilometer Schienen abgebaut worden. Das Eisenbahnsystem verlor mit entsprechenden Wirkungen auf die Transportleistung fast überall das zwei-

Bodenreform in der SBZ

Verordnung der Provinz Sachsen vom 3. September 1945

Artikel 1

1. Die demokratische Bodenreform ist eine unaufschiebbare nationale, wirtschaftliche und soziale Notwendigkeit. Die Bodenreform muß der Liquidierung der feudal-junkerlichen Großgrundbesitzer im Dorfe ein Ende bereiten, weil diese Herrschaft immer eine Bastion der Reaktion und des Faschismus in unserem Lande darstellte und eine der Hauptquellen der Aggression und der Eroberungskriege gegen andere Völker war. [...]

2. Das Ziel der Bodenreform ist:
a) das Ackerland der bereits bestehenden Bauernhöfe unter 5 Hektar zu vergrößern;
b) neue, selbständige Bauernwirtschaften für landlose Bauern, Landarbeiter und kleine Pächter zu schaffen;
c) an Umsiedler und Flüchtlinge, die durch die räuberische hitlerische Kriegspolitik ihr Hab und Gut verloren haben, Land zu geben;
d) zur Versorgung der Arbeiter, Angestellten und Handwerker mit Fleisch- und Milchprodukten in der Nähe der Städte Wirtschaften zu schaffen, die der Stadtverwaltung unterstehen, sowie den Arbeitern und Angestellten zum Zwecke des Gemüseanbaus kleine Grundstücke (Parzellen) zur Verfügung zu stellen;
e) die bestehenden Wirtschaften, die wissenschaftlichen Forschungsarbeiten und Experimentierzwecken bei den landwirtschaftlichen Lehranstalten sowie anderen staatlichen Erfordernissen dienen, zu erhalten und neue zu organisieren.

Artikel 2

1. Zur Durchführung dieser Maßnahmen wird ein Bodenfonds aus dem Grundbesitz gebildet, der unter den Ziffern 2, 3 und 4 dieses Artikels angeführt ist.

2. Folgender Grundbesitz wird mit allen darauf befindlichen Gebäuden, lebendem und totem Inventar [...], unabhängig von der Größe [...], enteignet:
a) der Grundbesitz der Kriegsverbrecher und Kriegsschuldigen [...]
b) der Grundbesitz mit allem darauf befindlichen landwirtschaftlichen Vermögen, der den Naziführern und den aktiven Verfechtern der Nazipartei und ihrer Gliederungen sowie den führenden Personen des Hitlerstaates gehörte, [...]

3. Gleichfalls wird der gesamte feudaljunkerliche Boden und Großgrundbesitz über 100 Hektar mit allen Bauten, lebendem und totem Inventar und anderem landwirtschaftlichen Vermögen enteignet.

4. Der dem Staat gehörende Grundbesitz wird ebenfalls in den Bodenfonds der Bodenreform einbezogen, soweit er nicht für die Zwecke verwandt wird, die unter der nachfolgenden Ziffer 5 dieses Artikels aufgeführt sind.

5. Folgender Grundbesitz und folgendes landwirtschaftliches Vermögen unterliegen nicht der Enteignung:
a) der Boden der landwirtschaftlichen und wissenschaftlichen Forschungsinstitutionen, der Versuchsanstalten und Lehranstalten;
b) der Boden, der den Stadtverwaltungen gehört und für die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse zur Versorgung der Stadtbevölkerung benötigt wird;
c) Gemeindeland und Grundbesitz der landwirtschaftlichen Genossenschaften und Schulen;
d) der Grundbesitz der Klöster, kirchlichen Institutionen, Kirchen und Bistümer.

Ilse Spittmann, Gisela Helwig (Hg.), DDR-Lesebuch. Von der SBZ zur DDR 1945–1949, Köln 1989, S. 148.

Enteignung und Ausweisung

„Am 24. Juli siedelten meine Frau und ich wieder in unser Gut über, wo wir uns im Inspektorhaus mit den Resten unserer Möbel zwei Zimmer einrichteten. Die Feldarbeiten wurden unregelmäßig, wochenlang überhaupt nicht verrichtet, Pferde und totes Inventar fast restlos gestohlen. Da die Bergung der Ernte auf das höchste gefährdet war, wurde mir am 14. August vom Landrat unter den allerschwierigsten Verhältnissen wieder die Bewirtschaftung übertragen. [...]

Nachdem mir noch am 28. 9. eine Anerkennung wegen Bergung der Ernte ausgesprochen war, erhielt ich am 29. 9. den Befehl, mein Gut bis zum Abend zu verlassen. [...] Wir fuhren dann nach Schwerin, wo wir in dem der Familie meiner Frau gehörenden Hause Unterkunft fanden. Am Dienstag, den 13. November, erhielten wir aus zuverlässiger Quelle Nachricht von unserer vor Ende der Woche geplanten Verhaftung und Deportation. Am 14. November verließen wir heimlich Schwerin und trafen nach unendlichen Schwierigkeiten und Anstrengungen am 29. November in der Westzone ein. Unsere ganze Habe bestand aus je einem Rucksack." K. F.

„Obwohl mein Betrieb mit 37,8 Hektar nicht unter das Bodenreformgesetz fiel, wurde er am 28. 4. 1946 durch reine Willkürmaßnahmen enteignet. Ende Mai 1947 wurden drei Viertel des Hofes zurückgegeben, da aber die wirtschaftlichen Voraussetzungen durch die erfolgte Enteignung und die bei der Rückgabe erfolgte Aufteilung sehr schlecht waren, war es auch bei bester Wirtschaftsführung nicht möglich, in den späteren Jahren den Ablieferungsverpflichtungen nachzukommen. Wir mußten am 19. 11. 1952 nach West-Berlin flüchten." R. L.

Ilse Spittmann/Gisela Helwig (Hg.), DDR-Lesebuch. Von der SBZ zur DDR 1945–1949, Köln 1989, S. 156.

Foto: Ullstein Bilderdienst

Aufteilung eines Rittergutes in der SBZ. Ein Kleinbauer bekommt seine Besitzurkunde.

te Gleis. Auch die Entnahmen aus der laufenden Produktion waren ungleich höher als in den Westzonen. Lieferungen aus der Ostzone im Wert von sieben Milliarden US-Dollar während der ganzen Besatzungszeit standen lediglich 0,13 Milliarden aus den drei Westzonen gegenüber. Der Wert der Demontagen belief sich im Osten auf 2,6 Milliarden Dollar, im Westen auf 0,6 Milliarden.

Auch auf anderen Gebieten wurden in der SBZ die Weichen frühzeitig anders gestellt als im Westen. Die sowjetische Besatzungsmacht entwickelte auf ihrem Territorium neue soziale und politische Strukturen und wollte eine „neue Gesellschaft" formieren. Das hieß zunächst „antifaschistisch-demokratische Umwälzung" und zielte auf eine „Revolution der gesellschaftlichen und politischen Zustände", ein Prozeß, der schließlich als „Transformation" in die Stalinisierung am Ende der Besatzungszeit mündete.

Die Sowjetische Militäradministration war die treibende Kraft dieser Entwicklung, forcierte die Veränderungen und schrieb deren Ergebnisse fest. So wurde im öffentlichen Dienst schon 1945 das Berufsbeamtentum abgeschafft. In der Justizreform von 1946 wurden mehr als 85 Prozent der Richter und Staatsanwälte im Zuge der Entnazifizierung entlassen und durch im Schnellverfahren ausgebildete „Volksrichter" unter ideologischer Dominanz der KPD ersetzt. Gleichzeitig wurde der gesamte Justizapparat zentralisiert. Der KPD wurde auch beherrschender Einfluß in den im Juli 1945 von der sowjetischen Militärregierung gebildeten Zentralverwaltungen (für Volksbildung, Finanzen, Arbeit und Sozialfürsorge sowie für Landwirtschaft) zugestanden.

Damit waren frühzeitig Bastionen besetzt, die beim Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft entscheidend waren. Als erstes wurde ab September 1945 unter der Devise „Junkerland in Bauernhand" Großgrundbesitz enteignet. Die Bodenreform umfaßte 35 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche der SBZ; in den neu gebildeten „Bodenfonds" kamen 2,5 Millionen Hektar Land von 7000 Großgrundbesitzern sowie 600 000 Hektar aus dem Besitz ehemaliger NS-Führer und aus Staatsbesitz.

Die Maßnahme fand grundsätzlich den Beifall aller Parteien, allerdings wollte die Ost-CDU keine Enteignung ohne Entschädigung. Darüber kam es zur Parteikrise, in der die Vorsitzenden Andreas Hermes und Walther Schreiber von der Sowjetischen Militäradministration im Dezember 1945 abgesetzt wurden. Ohne die Reformen als kommunistisch oder sozialistisch zu bezeichnen – offen deklarierter „sozialistischer Aufbau" erschien auch der KPD und den Sowjets noch nicht möglich –, wurde die Notwendigkeit einer Planwirtschaft festgestellt und damit die künftige Staatswirtschaft vorbereitet.

Die Industriereform, eingeleitet im Oktober 1945, war ein weiterer Schritt in diese Richtung, bei der das Eigentum von Staat, Wehrmacht, NSDAP und „Kriegsverbrechern" beschlagnahmt wurde. In Sachsen wurde am 30. Juni 1946 ein Volksbegehren „zur Enteignung der Kriegsverbrecher und Nazis" angesetzt, bei dem sich 67,6 Prozent der Befragten für die Enteignung aussprachen und damit den Weg zur Verstaatlichung der Schwer- und Schlüsselindustrie freimachten. In der ganzen übrigen Sowjetzone machte – ohne Plebiszit – das sächsische Modell Schule. Schon zu Beginn der Besatzung wurden mit diesen Maßnahmen in der sowjetischen Zone entscheidende Veränderungen eingeleitet, durch die sich die Ostzone zunehmend von den Westzonen unterschied.

Bestrafung der Schuldigen

Wolfgang Benz

Lange vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren die Alliierten einig, daß die Verantwortlichen für die nationalsozialistische Herrschaft vor einem internationalen Gerichtshof im Namen der 1945 in Nachfolge des Völkerbundes entstandenen Vereinten Nationen zur Rechenschaft gezogen werden müßten. Die Bestrafung der „Hauptkriegsverbrecher" war im November 1943 angekündigt worden. Das Gerichtsstatut wurde im August 1945 veröffentlicht, die Tatbestände lauteten „Verschwörung gegen den Frieden", „Verbrechen gegen den Frieden", „Kriegsverbrechen", „Verbrechen gegen die Menschlichkeit". Dahinter verbargen sich Morde und Mißhandlungen, Deportation zur Sklavenarbeit, Verfolgung und Vernichtung von Menschenleben. Der Anklagepunkt „Vorbereitung und Durchführung eines Angriffskriegs" jedoch war völlig neu in der Geschichte des Rechts, und dieser Anklagepunkt nährte bei manchen Beobachtern den Verdacht, daß das juristische Fundament des ganzen Hauptkriegsverbrecherprozesses auf schwankendem Grund erbaut sei.

Daß die Sieger über die Verlierer zu Gericht saßen, um Hitlers Angriffskrieg als Völkerrechtsbruch zu ahnden, erschien manchen auf der Verliererseite eher als Akt von „Sieger- oder Rachejustiz" denn als Exempel zur Fortentwicklung des internationalen Rechts. Über der Diskussion, ob der Internationale Gerichtshof nicht den Grundsatz „keine Strafe für eine Tat, die zur Zeit der Ausführung noch nicht unter Strafe stand" verletzte, konnte allerdings zu leicht vergessen werden, daß zur Verurteilung der Männer auf der Anklagebank die herkömmlichen deutschen Strafgesetze völlig ausreichten und daß kein einziger nur wegen des neuen Straftatbestandes „Vorbereitung und Durchführung eines Angriffskrieges" verurteilt wurde. Der Internationale Gerichtshof trat am 18. Oktober 1945 in Berlin zur Eröffnungs-

sitzung zusammen, die Verhandlungen begannen am 20. November 1945 in Nürnberg. Die Bezeichnung „Militärtribunal" könnte zur irrigen Annahme verleiten, dem Gericht habe es an Fachkompetenz ermangelt. Aber Richter wie Ankläger waren erstklassige Juristen aus vier Nationen. Angeklagt waren 24 Personen und sechs Kollektive, die im Sinne der Anklage als „verbrecherische Organisationen" definiert waren: deutsche Reichsregierung, NSDAP, SS, Geheime Staatspolizei, SA, Generalstab und Oberkommando der Wehrmacht. Für diese Organisationen saßen die Angeklagten auch stellvertretend auf der Anklagebank. Es waren aber statt der 24 Angeklagten nur 21 Männer, die an 218 Prozeßtagen bis zum Urteilsspruch am 1. Oktober 1946 im Nürnberger Gerichtssaal zur Verantwortung gezogen werden konnten. Einer, der Reichsorganisationsleiter der NSDAP und Chef der „Deutschen Arbeitsfront" Robert Ley, hatte sich durch Selbstmord dem Gericht entzogen, gegen einen anderen, den Leiter der Partei-Kanzlei Martin Bormann, wurde in Abwesenheit verhandelt, ein dritter, Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, war verhandlungsunfähig.

Hauptkriegsverbrecher-Prozesse

Angeklagt war die Führungselite des NS-Regimes – soweit greifbar – im „Hauptkriegsverbrecherprozeß", darunter der ehemalige „Reichsmarschall" Hermann Göring, Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß, Außenminister Joachim von Ribbentrop, Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, der Herausgeber des antisemitischen Hetzblatts „Der Stürmer" Julius Streicher, der Großadmiral und Hitlernachfolger Karl Dönitz, der Reichsinnenminister Wilhelm Frick, Rüstungsminister Albert Speer, Generaloberst Alfred Jodl und weniger bedeutende wie der Abteilungsleiter im Reichspropagandaministerium Hans Fritzsche, Hitlers „Steigbügelhalter" Franz von Papen, Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht. Die drei Letztgenannten wurden freigesprochen, was heftige Kritik in der Öffentlichkeit erregte.

Verhältnismäßig glimpflich davon kamen unter anderem Dönitz (10 Jahre Gefängnis), der „Reichsjugendführer" Baldur von Schirach und Hitlers Leibarchitekt und Rüstungsminister Speer (20 Jahre Gefängnis). Rudolf Heß mußte seine lebenslange Haft als einziger ganz verbüßen. Alle anderen Angeklagten wurden zum Tode durch den Strang verurteilt. Das Urteil wurde im Morgengrauen des 16. Oktober 1946 vollstreckt. Hermann Göring jedoch hatte sich am Vorabend seiner Hinrichtung auf ungeklärte Weise Gift verschafft und Selbstmord begangen.

Der Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß fand weltweit große Publizität. Den Deutschen war seitens der Besatzungsmächte höchste Aufmerksamkeit befohlen worden, die durch ausführliche Berichterstattung im Rundfunk und in der Presse gewährleistet werden sollte. Aber das Interesse ließ sich nicht auf Dauer erzwingen, und die Überzeugung, daß in Nürnberg ein neues Kapitel Völkerrecht geschrieben werde, war nicht allgemein verbreitet. In der französischen Zone erschien 1946 eine Aufklärungsschrift mit dem Titel „Der Nürnberger Lehrprozeß", in der die Ethik des Nürnberger Tribunals verteidigt wurde. Verfasser war unter einem Pseudonym der Schriftsteller Alfred Döblin, der – aus dem Exil zurückgekehrt – bei der französischen Militärregierung Dienst tat. Er schrieb, der Nürnberger Prozeß müsse als Zukunftshoffnung begriffen werden. Es gehe bei der Wiederaufrichtung des Rechts in Nürnberg um die Wiederherstellung der Menschheit: „Man baute einen juristischen Wolkenkratzer, wie ihn die Welt noch nicht gesehen hat. Das Fundament aber, auf dem er errichtet wurde, der Beton, war der solideste Stoff, der sich auf Erden finden ließ: Moral und die Vernunft."

Foto: Bilderdienst Süddeutscher Verlag

Blick auf die Anklagebank beim Hauptkriegsverbrecher-Prozeß in Nürnberg 1945/46.

Nürnberger Nachfolgeverfahren

Die Absicht, dem Verfahren vor dem Internationalen Gerichtshof in Nürnberg weitere Prozesse unter gemeinsamer Gerichtshoheit der Alliierten folgen zu lassen, ließ sich im beginnenden Kalten Krieg nicht mehr realisieren. In allen vier Besatzungszonen (und in den von deutscher Okkupation befreiten Nationen wie Polen, den Niederlanden, Italien) fanden deshalb in der Folgezeit einzelne Prozesse statt, bei denen nationalsozialistische Verbrechen von Militärgerichtshöfen der Besatzungsmächte untersucht und verurteilt wurden.

Am meisten Aufsehen erregten die zwölf Verfahren, die die Amerikaner in Nürnberg unmittelbar im Anschluß an das Hauptkriegsverbrecher-Tribunal führten. Diese zwölf „Nachfolge-Prozesse" dauerten bis Mitte 1949. Sie boten einen Querschnitt durch zwölf Jahre nationalsozialistischer Politik, Diplomatie und Wirtschaft: Im Ärzteprozeß ging es um „Euthanasie" und Menschenversuche, im Milch-Prozeß (benannt nach dem Generalinspekteur der Luftwaffe Erhard Milch) um die Kriegsrüstung, im Flick-Prozeß (nach Friedrich Flick, einem der prominentesten Großunternehmer im NS-Staat) um Zwangsarbeit und Raub ausländischen Eigentums, im Südost-Generäle-Prozeß standen Geiselerschießungen auf dem Balkan zur Debatte, im Fall acht-Verfahren waren Mitarbeiter des „Rasse- und Siedlungshauptamts der SS" wegen der Ermordung von Juden und Polen angeklagt, im Wilhelmstraßenprozeß standen Diplomaten und andere Funktionäre vor Gericht, im Einsatzgruppen-Prozeß waren die Mordaktionen an Juden in den besetzten Ostgebieten Gegenstand der Anklage.

Es ist zwar nicht gelungen, mit diesen Verfahren der Gerechtigkeit zum dauernden Sieg zu verhelfen, und die Nürnberger Grundsätze wurden nicht neues Völkerrecht. Aber es war auch nicht das Tribunal der Rache der Sieger gegen die Besiegten. Die Verbrechen waren so einzigartig, so eindeutig gegen die Menschheit insgesamt begangen, daß über sie im Namen der Vereinten Nationen gerichtet werden mußte. Deutsche wären nach Auffassung der Alliierten wie der Opfer nach zwölf Jahren nationalsozialistischer Herrschaft allein zu einem solchen Gericht nicht fähig gewesen, und in der Mehrheit waren sie deshalb für die Übernahme der Verfahren durch die internationale Justiz auch dankbar. Denn

Der Sachsenhausen-Prozeß

Am Nachmittag des 23. Oktober 1947 trat im Rathaus von Berlin-Pankow, damals Sitz der sowjetischen Militärkommandantur, ein sowjetisches Militärtribunal zusammen. Verhandelt wurde unter dem Vorsitz des Obersten Majorov gegen 16 Angeklagte. Sie hatten zum Personal des Konzentrationslagers Sachsenhausen gehört, die meisten von ihnen gehörten der SS an, an ihrer Spitze der ehemalige Lagerkommandant Anton Kaindl. Zwei Angeklagte waren als Häftlinge ins KZ Sachsenhausen gekommen und hatten sich dort zu willigen Werkzeugen der SS machen lassen. Der eine, Paul Sakowski, wurde im Alter von 20 Jahren zum Henker, der andere, Karl Zander, avancierte vom vielfach vorbestraften Kriminellen zum Blockältesten, zum Folterknecht.

Ein dritter, Ernst Brennscheidt, gehörte ebenfalls nicht der SS an. Er war als Beamter des Reichswirtschaftsministeriums zur Leitung „Schuhprüfstelle" im KZ Sachsenhausen abkommandiert worden. Das klang harmloser als es war: Um Material und Haltbarkeit von Schuhen für die Wehrmacht zu prüfen, mußte ein Häftlingskommando – 180 Mann – täglich mit einem halben Zentner Sand beladen auf einer Teststrecke marschieren, 40 km, 11 Stunden täglich, und wer es nicht schaffte, wurde mit Essensentzug und Prügeln bestraft. 20 bis 30 Häftlinge brachen täglich unter der Tortur zusammen, und der Beamte Brennscheidt schlug auf sie ein, hetzte Hunde auf sie, betrug sich nicht weniger sadistisch als die SS.

Außer dem Lagerkommandanten Kaindl standen der zweite und der dritte Lagerführer vor dem sowjetischen Gericht, der ehemalige Lagerchefarzt, Heinz Baumkötter, der sich grauenhafter medizinischer Experimente an Häftlingen schuldig gemacht hatte, und ehemalige Lagerfunktionäre wie der Rapportführer Gustav Sorge, einer der schlimmsten Sadisten, den die Häftlinge den „Eisernen Gustav" nannten, worauf der Erbarmungslose stolz war.

Der Berliner Prozeß dauerte acht Tage, vom 23. Oktober bis zum 1. November 1947. Er unterschied sich von den meisten anderen Verfahren dadurch, daß alle Angeklagten umfangreiche Geständnisse ablegten. Aber wie alle Schergen des Systems beriefen sie sich auch da, wo sie ganz persönlichen Sadismus, eigene Mordlust ausgelebt hatten, auf den Befehlsnotstand.

Dem Gerichtstermin waren umfangreiche Ermittlungen vorangegangen. 27 Zeugen wurden im Prozeß gehört. Das Verfahren hatte – das war in der Sowjetunion üblich – auch den Charakter des Schauprozesses, der der politischen Propaganda dienen sollte.

Wolfgang Benz

über Schuldspruch und Strafe hinaus bildeten die Prozesse den Beginn der Aufklärung über die nationalsozialistische Diktatur. Und dadurch haben die Nürnberger Verfahren – der Hauptkriegsverbrecherprozeß vor dem Internationalen Militärtribunal (IMT) ebenso wie die zwölf Prozesse unter amerikanischer Gerichtshoheit – auch zur Entwicklung der Demokratie und zur Wiedererrichtung des Rechtsstaats in Deutschland beigetragen.

Prozesse in den einzelnen Zonen

Auf dem Gelände des KZ Dachau tagte ein amerikanisches Militärgericht. In mehreren Prozessen standen die Verbrechen der Wachmannschaften und Kommandanten einzelner Konzentrationslager zur Anklage, die Verfahren hatten die KZ Dachau, Flossenbürg, Mauthausen und Ebensee zum Gegenstand. Wie bei den großen Prozessen in Nürnberg war nie von einer Kollektivschuld die Rede. In keinem Fall wurde pauschal geurteilt. Die individuelle Schuld eines jeden Angeklagten wurde genau untersucht, Beweise wurden sorgfältig erhoben und Zeugen gehört. Nach dem Urteilsspruch bestand Gelegenheit für Gnadengesuche und nicht alle Urteile wurden anschließend bestätigt und vollstreckt.

Am 13. Mai 1946 ging in Dachau nach 37 Verhandlungstagen ein Prozeß gegen das Personal des KZ Mauthausen zu Ende, bei dem alle 61 Angeklagten für schuldig befunden, 58 zum Tode, die übrigen zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt wurden. Rechtskraft erhielten die Schuldsprüche nach sorgfältiger Prüfung der Einsprüche und Gnadengesuche am 30. April 1947. In vielen Fällen waren die Strafen gemildert worden. Gegen 49 Angeklagte wurden die Todesurteile bestätigt und Ende Mai 1947 vollstreckt.

In der britischen Besatzungszone führten Militärgerichte in Lüneburg Strafverfahren gegen SS-Personal von Bergen-Belsen und Auschwitz, in Hamburg stand Generalfeldmarschall Erich von Manstein vor Gericht. Ihm wurde vorgeworfen, bei der Kriegführung nicht auf die Zivilbevölkerung geachtet zu haben (vom Vorwurf, für Massenmorde an Juden mitverantwortlich zu sein, wurde er freigesprochen). Er wurde im Dezember 1949 zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt, die später auf zwölf Jahre herabgesetzt wurden, in Freiheit kam er jedoch schon im Mai 1953.

In der sowjetischen Besatzungszone standen Schergen des NS-Regimes ebenso vor Gericht wie in der französischen Zone. In Straßburg mußte sich der ehemalige Gauleiter Robert Wagner vor einem französischen Gericht verantworten. In Belgien, Dänemark und Luxemburg, in der Tschechoslowakei und Jugoslawien, in Norwegen und in den Niederlanden wurden Deutsche zur Rechenschaft gezogen, die sich als Funktionäre des NS-Staats, als Besatzungsoffiziere oder als SS-Schergen schuldig gemacht hatten. In Krakau wurde im März 1947 der Auschwitz-Kommandant Rudolf Höß zum Tode verurteilt.

Viele hatten sich durch Selbstmord, durch Flucht nach Südamerika, oder durch Untertauchen der irdischen Gerechtigkeit entzogen. Einigen wurde später der Prozeß gemacht, wie Adolf Eichmann 1961 in Israel oder SS-Angehörigen in den sechs Frankfurter Auschwitz-Prozessen zwischen 1965 und 1981 und in anderen Verfahren wegen nationalsozialistischer Gewaltverbrechen.

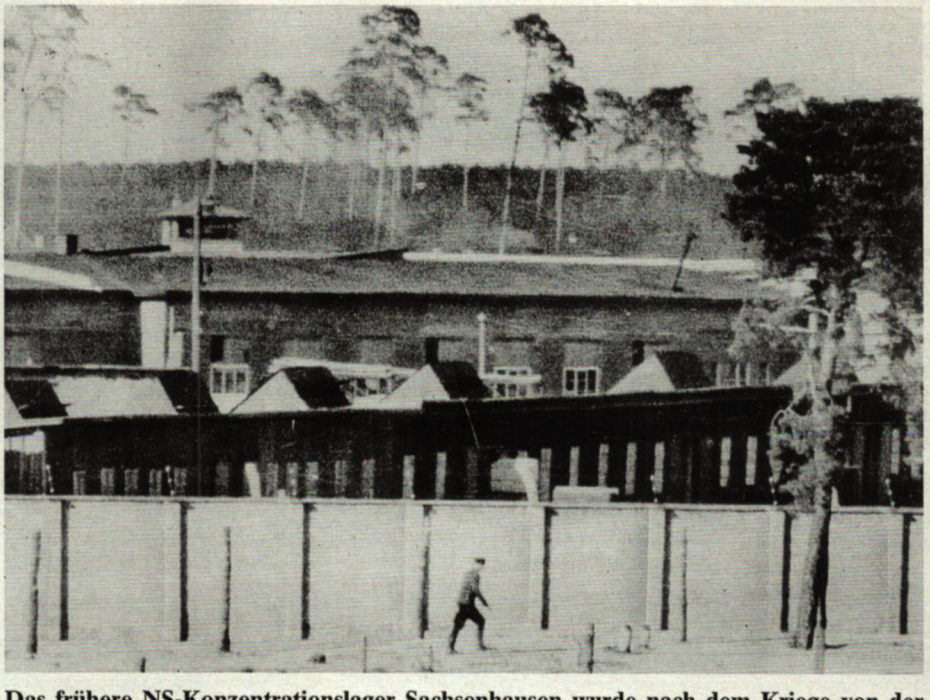


Foto: Ullstein Bilderdienst

Das frühere NS-Konzentrationslager Sachsenhausen wurde nach dem Kriege von der Sowjetischen Militäradministration als Internierungslager (Speziallager Nr. 7) genutzt.

Rechtsprechungsprobleme

Die Zuständigkeit deutscher Gerichte für NS-Verbrechen regelte sich nach den Kontrollratsgesetzen Nr. 4 vom Oktober und Nr. 10 vom Dezember 1945. Danach war die Verfolgung von NS-Straftaten gegen Angehörige der Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen den deutschen Gerichten generell entzogen. Zur Aburteilung von Verbrechen gegen Deutsche konnten die Besatzungsbehörden deutsche Gerichte ermächtigen. In der britischen und französischen Zone wurde diese Ermächtigung generell, in der amerikanischen fallweise erteilt. De facto waren die deutschen Gerichte damit von der Verfolgung der Mehrzahl der NS-Verbrechen bis zum Ende der Besatzungszeit ausgeschlossen. Die Ausnahme bildeten Verfahren gegen die Täter der „Reichskristallnacht", der Novemberpogrome gegen die deutschen Juden von 1938, die seit 1946 überall in Gang kamen. Die großen Prozesse vor deutschen Gerichten begannen unverhältnismäßig spät. Die Belangung von Straftätern wurde durch die Regelung erschwert, daß deutsche Gerichte Fälle, die rechtskräftig von alliierten Tribunalen erledigt waren, nicht wieder aufgreifen durften. Das war als Sicherung gegen eine nachträgliche Abmilderung der Urteile gedacht gewesen; in der Praxis der Rechtsprechung gegen NS-Gewalttäter in der Bundesrepublik hatte es aber oft die Folge, daß in der Besatzungszeit Verurteilte und dann Amnestierte als Zeugen auftraten und nicht mehr belangt werden konnten, auch wenn neues Material auftauchte, das die Zeugen viel ärger belastete als die Angeklagten.

Demokratisierung durch Entnazifizierung und Erziehung

Wolfgang Benz

Etwa 8,5 Millionen Deutsche waren Mitglieder der NSDAP gewesen. Sie bildeten den Kern von Hitlers Parteigängern und mußten, so hatten es die Alliierten noch während des Krieges beschlossen und in Potsdam 1945 bekräftigt, der politischen Säuberung in Gestalt der „Entnazifizierung" unterworfen werden. Damit wurde, noch ehe der Kontrollrat die Ausführungsbestimmungen für ein einheitliches Vorgehen in allen vier Besatzungszonen erließ, überall im Frühjahr 1945 begonnen.

Deutsche beteiligten sich dabei. Antifaschistische Komitees entstanden in ganz Deutschland während des Zusammenbruchs der NS-Herrschaft; es waren vor allem Männer der Arbeiterbewegung, die sich zur kollektiven Selbsthilfe und mit dem Ziel, Schuldige der Gerechtigkeit zu überantworten, zusammenfanden. Die Antifa-Leute hinderten führende Nazis am Untertauchen, manchmal mußten sie ehemalige Parteigrößen auch vor der Lynchjustiz der Bevölkerung schützen. Die Alliierten waren an der Mithilfe deutscher Antifaschisten bei der politischen Säuberung freilich nicht interessiert, dazu war ihr Mißtrauen gegen alle Deutschen zu groß. Die Antifa-Bewegung wurde im Frühsommer 1945 verboten, in der sowjetischen Zone ebenso wie in der amerikanischen.

Maßnahmen gegen Nationalsozialisten

Der Alliierte Kontrollrat in Berlin erließ im Januar 1946 eine erste Entnazifizierungsdirektive und im Oktober 1946 wurden Richtlinien veröffentlicht, wie aktive Nationalsozialisten, Helfer und Nutznießer des NS-Regimes behandelt werden sollten. Zur Durchführung der Potsdamer Grundsätze wurden nach dieser Direktive zwecks „gerechter Beurteilung der Verantwortlichkeit" und zur „Heranziehung zu Sühnemaßnahmen" fünf Gruppen gebildet: „1. Hauptschuldige, 2. Belastete (Aktivisten, Militaristen und Nutznießer), 3. Minderbelastete (Bewährungsgruppe), 4. Mitläufer" und „5. Entlastete (Personen der vorstehenden Gruppen, welche vor einer Spruchkammer nachweisen können, daß sie nicht schuldig sind)".

Die Entnazifizierungsprozedur, die der Kontrollrat damit in gleichförmige Bahnen lenken wollte, war freilich längst im Gang, und zwar in den einzelnen Besatzungszonen auf unterschiedliche Weise. Durch ihren moralischen und zugleich bürokratischen Rigorismus taten sich die Amerikaner hervor, in der britischen Zone wurde die Säuberung weniger streng gehandhabt, in der französischen Zone gab es regionale Unterschiede und diverse Kurswechsel der Besatzungsmacht. In den beiden letztgenannten Zonen wurde der Säuberungsprozeß mehr als pragmatische Angelegenheit betrachtet, bei der das Schwergewicht darauf lag, die Eliten auszuwechseln. In der britischen und der französischen Zone neigte man bei der anzuwendenden Methode mehr politischen und administrativen als justizförmigen Prozeduren zu, paßte sich aber dann den amerikanischen Vorstellungen an, die auch in der Kontrollratsdirektive Nr. 38 vom Oktober 1946 dominierten.

Foto: AKG photo

Stark belastete NS-Parteimitglieder der Kategorie „automatischer Arrest" werden auf einem offenen Militär-LKW in ein US-Internierungslager abtransportiert.

Verfolgung Oppositioneller

Unter 1565 Verurteilten sowjetischer Instanzen, die 1960 befragt wurden (Fragebogenaktion Karl-Wilhelm Frickes im Zusammenwirken mit der Vereinigung der Opfer des Stalinismus unter ehemaligen politischen Häftlingen, die zwischen 1945 und 1960 in der SBZ/DDR in Haft waren – *Anm. d. Red.*), befanden sich 187 – 18,3 Prozent, die vor ihrer Inhaftierung in einer der nach 1945 wiedererstandenen und neu gegründeten Parteien organisiert waren. Nach Parteien aufgeschlüsselt, entfielen davon auf die SED = 43,1 Prozent, auf die LDP = 33,7 Prozent, auf die CDU = 22,9 Prozent und auf die NDPD = 1,3 Prozent. Mitglieder der DBD wurden nicht registriert. Der hohe Anteil von Mitgliedern der SED geht auf ehemalige Sozialdemokraten zurück, die infolge der Zwangsfusion von KPD und SPD im Frühjahr 1946 Mitglieder der SED geworden waren und im Ergebnis der Befragung als solche erscheinen. [...]

Mit dem Zwang zur Gründung der SED waren sie als erste politische Gruppierung herausgefordert und in die Opposition gedrängt worden. Zum anderen besaßen sie vor der Vereinigung mit den Kommunisten festgefügte Parteiorganisationen. [...]

Selbstverständlich informierten die mitteldeutschen Sozialdemokraten [...] das Ostbüro der SPD (seit April 1946 in Hannover, später in Bonn und West-Berlin – *Anm. d. Red.*) auch laufend über wichtige Vorgänge aus der SBZ/DDR – was ihnen allzubald den Vorwurf der Spionage eintrug und ihre Verfolgung provozierte. [...]

Die Verfolgung oppositioneller Sozialdemokraten in der SBZ/DDR hatte schon 1946 begonnen, bald nach der Verschmelzung von KPD und SPD, aber sie erreichte ihre größte Intensität erst in den Jahren 1947/49, als die Kommunisten ihren monopolistischen Herrschaftsanspruch in der „geeinten" Partei mit rücksichtsloser Gewalt durchsetzten und die SED zur stalinistischen Kaderpartei umschmolzen. Laut einem Brief des „Freundeskreises ehemaliger politischer Häftlinge aus den Reihen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands" vom 31. März 1971 an das Zentralkomitee der SED, waren es „mehr als fünftausend Mitglieder und Funktionäre der deutschen Arbeiterbewegung", die „lange Jahre in menschenunwürdiger Haft ihrer Freiheit beraubt" wurden. „Über vierhundert von ihnen sind dabei umgekommen." Daß ehemalige Sozialdemokraten in ihrer Mehrheit von sowjetischen Militärtribunalen statt von deutschen Gerichten verurteilt wurden, war nicht ohne Überlegung geschehen. Die SED schien so frei von jeglicher Verantwortung dafür, obwohl ihr Zusammenspiel mit der „sozialistischen Besatzungsmacht" geschichtsnotorisch ist.

Karl Wilhelm Fricke, Politik und Justiz in der DDR, Köln 1979, S. 117, 120.

Politische Säuberung in der SBZ

In der sowjetischen Besatzungszone wurde die Entnazifizierung am konsequentesten durchgeführt und am schnellsten abgeschlossen. Die Entnazifizierung erfolgte hier im Zusammenhang mit der „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung". Die Entfernung der ehemaligen NSDAP-Mitglieder aus allen wichtigen Stellungen war Bestandteil dieser politischen und sozialen Neustrukturierung, die unter dem Schlagwort „Auseinandersetzung zwischen der Arbeiterklasse und der Monopolbourgeoisie" die SED als bestimmende Kraft durchsetzen sollte.

Ende Oktober 1946 standen in der sowjetischen Zone eigene „Richtlinien für die Bestrafung der Naziverbrecher und die Sühnemaßnahmen gegen die aktivistischen Nazis" zur Verfügung. Sie waren von einem gemeinsamen Ausschuß der im „Demokratischen Block" unter Dominanz der SED zusammengefaßten Parteien verfaßt worden. Der Katalog der Sühnemaßnahmen beinhaltete: „1. Entlassung aus öffentlichen Verwaltungsämtern und Ausschluß von Tätigkeiten, die öffentliches Vertrauen erfordern; 2. zusätzliche Arbeits-, Sach- und Geldleistungen; 3. Kürzung der Versorgungsbezüge und Einschränkung bei der allgemeinen Versorgung, solange Mangel besteht; 4. Nichtgewährung der politischen Rechte einschließlich des Rechts auf Mitgliedschaft in Gewerkschafts- oder anderen Berufsvertretungen und in den antifaschistisch-demokratischen Parteien."

Aber wie in den Westzonen wurde auch in der Ostzone bei der Entnazifizierung Rücksicht genommen auf Fachleute wie Techniker, Spezialisten und Experten, die für das Funktionieren bestimmter Einrichtungen oder für den Wiederaufbau unentbehrlich waren. Ende 1946 waren in der sowjetischen Besatzungszone trotzdem insgesamt 390 478 ehemalige NSDAP-Mitglieder entlassen bzw. nicht wieder eingestellt worden. Zu diesem Zeitpunkt wurde das Säuberungsverfahren neu organisiert.

Speziallager

Unter direkter Regie des sowjetischen Geheimdienstes waren in der sowjetischen Besatzungszone Internierungslager eingerichtet worden, in denen – wie in den Westzonen – ehemalige Nazis arretiert waren, um sie zur Rechenschaft ziehen zu können. Die Speziallager unterschieden sich freilich in einem Punkt grundlegend von den Internierungslagern der Westzonen: Sie dienten neben der Inhaftierung von Nationalsozialisten auch dazu, Gegner der gesellschaftlichen Umwälzung (Sozialdemokraten, Liberale und Konservative) aus dem Verkehr zu ziehen und mundtot zu machen. Schlechte Behandlung war ebenso charakteristisch wie die Willkür, mit der man inhaftiert wurde. Das ehemalige KZ Buchenwald war das Speziallager Nr. 2, Sachsenhausen diente ab August 1945 als Speziallager Nr. 7 und war bis 1950 die größte Haftstätte der SBZ/DDR. Etwa 50 000 Menschen waren im Laufe der fünf Jahre in diesen Lagern inhaftiert, etwa 12 000 sind ums Leben gekommen und wurden in Massengräbern beerdigt. Die Vorgänge waren bis zum Ende der DDR tabuisiert.

Vertreter der Parteien, der Gewerkschaften, der Vereinigung der Verfolgten des NS-Regimes, der Frauen- und Jugendausschüsse sowie der Industrie- und Handelskammern gehörten den Entnazifizierungskommissionen an. Die Arbeit vor Ort wurde von Kreiskommissionen unter dem Vorsitz der Oberbürgermeister bzw. Landräte getan. Die Kommissionen entschieden

Foto: Gedenkstätte Buchenwald

Die Aufnahme, seinerzeit in der Zeitschrift „Zeit im Bild" veröffentlicht, zeigt ehemalige Insassen des „Speziallagers Nr. 2", Buchenwald, bei ihrer Haftentlassung um 1950.

Foto: Bilderdienst Süddeutscher Verlag

Die Zivilbevölkerung von Neunburg vorm Wald in der Oberpfalz wird auf Geheiß der US-Armee vor die Leichen von KZ-Häftlingen geführt, die auf ihrem Todesmarsch von Flossenbürg nach Dachau in der Nähe von Neunburg von SS-Mannschaften ermordet wurden.

nur über Entlassung oder Weiterbeschäftigung. Sie arbeiteten sich von oben nach unten durch die Behörden und mußten unter ziemlichem Zeitdruck auch die zunächst erlaubten Fälle von Weiterbeschäftigung wieder aufrollen. Schwierigkeiten bereitete besonders der Austausch der Fachleute. So beschwor eine Entnazifizierungskommission auf Landesebene die nachgeordneten Instanzen: Es sei „heilige Pflicht, alle faschistischen Personen durch antifaschistische Kräfte zu ersetzen und keinerlei Rücksichten auf jene Elemente zu nehmen, die glauben, als unersetzbare ‚Fachkraft' im trüben fischen zu können".

Rehabilitierung

Allmählich wurde aber auch der Gedanke der Rehabilitierung propagiert. Ab Februar 1947 wurde stärker zwischen nominellen NSDAP-Mitgliedern und Aktivisten unterschieden. Die erste Gruppe sollte so schnell wie möglich integriert werden, weil man sie zum Wiederaufbau brauchte. Die letzte Phase der Entnazifizierung wurde im August 1947 durch den Befehl Nr. 201 der Sowjetischen Militäradministration eingeleitet. Er stellte endgültig die Weichen zur Rehabilitierung aller nominellen NSDAP-Mitglieder. Das Ziel war die baldige Beendigung des Säuberungsprozesses. Der SMAD-Befehl gab den Mitläufern das Wahlrecht ganz und die übrigen bürgerlichen Rechte weitgehend zurück. Den deutschen Gerichten wurde gleichzeitig mit der Auflösung der meisten Entnazifizierungskommissionen die Aburteilung der NS- und Kriegsverbrecher übertragen. Bis zum März 1948 waren seit Beginn der Entnazifizierung in der Sowjetzone insgesamt 520734 Personen aus ihren Ämtern und Funktionen entlassen bzw. nicht wieder eingestellt worden. Das war die rechnerische Schlußbilanz der politischen Säuberung in der sowjetischen Besatzungszone, als sie durch Befehl der Militärregierung im Frühjahr 1948 abgeschlossen wurde.

Zur Entnazifizierungspraxis in der amerikanischen Zone gab es Parallelen in Gestalt der gemeinsamen Intentionen bei der Säuberungs- bzw. Rehabilitierungsprozedur. Es gab aber auch einen ganz erheblichen Qualitätsunterschied. In der Ostzone lag nicht nur das Schwergewicht auf der Räumung von Positionen im öffentlichen Dienst (und selbstverständlich bei Schlüsselpositionen in Industrie und Wirtschaft), sondern in zwei Bereichen waren die Entlassungen definitiv und irreversibel, nämlich in der Inneren Verwaltung und in der Justiz.

Aus dem Justizapparat mußten auf Befehl der SMAD vom September 1945 sämtliche NSDAP-Mitglieder entfernt werden. Da etwa 90 Prozent des Justizpersonals in der Partei gewesen war, hatte der SMAD-Befehl revolutionären Charakter. Von den 16300 Bediensteten der Justiz im Gebiet der ganzen Zone waren am Stichtag 8. Mai 1945 13800 Beamte und Angestellte sowie 2467 Richter und Staatsanwälte in der NSDAP und ihren Gliederungen organisiert gewesen. Um das entstandene Vakuum wieder zu füllen, wurde ab 1946 in jedem der fünf Länder der sowjetischen Besatzungszone eine Volksrichterschule etabliert. In sechs- bis neunmonatigen Lehrgängen genossen jeweils 30 bis 40 Kandidaten, die von den politischen Parteien und Organisationen vorgeschlagen wurden, eine Ausbildung zu Volksrichtern. Die Erfolgsquote war zunächst recht gering, da fast die Hälfte der Kandidaten ungeeignet war und die Abschlußprüfung nicht bestand. Später wurde die Ausbildung um ein Jahr verlängert.

Entnazifizierung

Aus einem Brief von Walter Dorn (1894–1961, US-Historiker und Berater der US-Militärregierung in Deutschland 1945–1949 – Anm. d. Red.) an General Clay über den Mißerfolg der Entnazifizierung, 11. Mai 1949

1. Wenn die Entnazifizierung in ganz Deutschland wirksam werden sollte, hätte sie in allen vier Zonen einheitlich durchgeführt werden müssen. Als diese Einheitlichkeit unwiederbringlich verloren war, büßte die Entnazifizierung viel von ihrer Bedeutung bei der deutschen Bevölkerung ein. Es genügte ja nicht, ein früheres Parteimitglied in der einen Zone als Belasteten zu verurteilen, wenn es in einer anderen ein hohes öffentliches Amt bekleiden konnte. [...]

2. Zu keiner Zeit hat sich beweisen lassen, daß die Entnazifizierung das Haupt- oder überhaupt ein ernsthaftes Hindernis wirtschaftlichen Wiederaufschwungs war, wie das so viele amerikanische Businessmen und leider auch einige Mitglieder Ihres Stabes glaubten. [...] Als General Patton auf Befehl General Eisenhowers am 29. 9. 1945 die führenden 17 aktiven Nazis im Bayerischen Landwirtschaftsministerium entließ, arbeitete dieses wirksamer als zuvor, was anhand der Erfassung der landwirtschaftlichen Produktion bewiesen werden kann. [...]

3. Das Befreiungsgesetz war, trotz seiner Vorzüge und des erhabenen Idealismus, der auf amerikanischer wie auf deutscher Seite hinter ihm stand, keine ganz befriedigende Regelung. Es führte als neues Konzept den Strafgedanken in das Entnazifizierungsverfahren ein. Deshalb war es ein Fehler, die Kontrollratsdirektive Nr. 24, die der Entlassung und Disqualifizierung [für die Bekleidung öffentlicher Ämter] dienen sollte, zum integrierenden Bestandteil des Gesetzes zu machen. [...] Diese Kritikpunkte, die sich aus der Erfahrung derjenigen ergaben, die das Gesetz durchführen sollten, wurden in der Folge bei den Änderungen des Befreiungsgesetzes berücksichtigt, die im Herbst 1947 und Frühjahr 1948 vorgenommen wurden. Zwar wurde das Gesetz durch die Änderungen für die Deutschen eher annehmbar, zugleich aber auch stumpf.

[...] Meines Erachtens gibt es [heute] allgemeine Übereinstimmung darüber, daß wir mehr Erfolg gehabt hätten, wenn die Militärregierung willkürlich die Zahl von 100000 [der schwersten Fälle] bestimmt, das Beweismaterial gegen diese zusammengetragen und den Deutschen zur Aburteilung vorgelegt hätte.

Klaus-Jörg Ruhl (Hg.), Neubeginn und Restauration. Dokumente zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949, München 1982, S. 290ff.

Entnazifizierung in der US-Zone

Die Amerikaner hatten das Problem der politischen Säuberung in ihrer Zone mit denkbar größtem Elan angepackt, um alle ehemaligen Nazis aus dem öffentlichen Leben und der Wirtschaft zu entfernen. Zur Ermittlung dieses Personenkreises diente der berühmt gewordene Fragebogen. Auf 131 Fragen wurde wahrheitsgetreue Antwort verlangt, Auslassung und Unvollständigkeit waren als Delikt gegen die Militärregierung mit Strafe bedroht. Das Kernstück des sechsseitigen Fragebogens bildeten die Positionen 41 bis 95, bei denen detaillierte Auskunft über die Mitgliedschaft in allen nationalsozialistischen Organisationen gefordert war. Anfang Dezember 1945 waren bei den Dienststellen der amerikanischen Militärregierung ungefähr 900 000 Fragebogen eingegangen. 140 000 Personen wurden sofort aus ihren Positionen entlassen. Fast ebensoviele wurden als minder gefährliche Nazi-Sympathisanten eingestuft.

Die Durchführung der Entnazifizierung lag in der US-Zone bis zum Frühjahr 1946 in der Zuständigkeit der Militärregierung. Zunächst beschränkte sich die Säuberung freilich darauf, die Fragebogen zu überprüfen. Die am höchsten belasteten Nationalsozialisten fielen in die Kategorie „Automatischer Arrest", dann kamen die NS-Aktivisten, die aus ihren Stellungen entlassen werden mußten, nach ihnen die harmloseren Fälle, deren „Entlassung empfohlen" wurde, und schließlich die Mitläufer, die ihre Stellungen behalten durften.

Die ständige Erweiterung des Säuberungsprogramms über die eigentlichen Führungspositionen hinaus schuf beträchtliche Probleme: Einerseits entstand Personalmangel in der Verwaltung wegen der zahlreichen Entlassungen – im Frühjahr 1946 waren es 300 000 –, auf der anderen Seite bedeutete die Einrichtung von Internierungslagern, in denen rund 120 000 Personen der Kategorie „automatischer Arrest" inhaftiert waren, eine Belastung für den Demokratisierungsanspruch der amerikanischen Besatzungsmacht. Die in den elf Lagern der US-Zone auf ihre Entnazifizierung Wartenden sahen kaum den Zweck ihrer Festsetzung ein, und die ebenso schleppende wie unsystematische Prozedur ihrer Überprüfung ließ für die Betroffenen auch keinen rechten Sinn erkennen. Denn nach der Aussonderung der Inhaber hoher Ränge in der NS-Hierarchie und der mutmaßlichen Straftäter blieben die mittleren Ränge der SS und der SA, die mittleren Funktionäre der NSDAP, die Apparatschiks vom Ortsgruppen-Amtsleiter bis zum Gau-Amtsleiter übrig, und die brauchten sich kaum schuldiger zu fühlen als die meisten anderen, denen bis zu drei Jahre Internierungslager erspart blieben.

Kurswechsel

Im Frühjahr 1946 wurde für die Länder der US-Zone ein „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus" verabschiedet. Es bildete fortan die Rechtsgrundlage der Säuberung, die damit in deutsche Hände gelegt war. Das Befreiungsgesetz war formal in den Rahmen der Kontrollratsdirektiven eingepaßt und suchte den Kompromiß zwischen dem Diskriminierungs- und Strafgedanken und der als notwendig empfundenen Rehabilitierung; wie in den anderen Zonen setzte sich die Idee der Rehabilitierung dann nachhaltiger durch. Infolge des größeren Rigorismus, mit dem in der US-Zone das Problem anfänglich in Angriff genommen worden war, erschien die zunehmend betriebene Umwidmung von Schuldigen in Unschuldige – die Entlastung ursprünglich schwer Beschuldigter zu „Mitläufern" – als eklatanter Fehlschlag des ganzen Unternehmens.

Die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit, die sich in der amerikanischen Zone im Laufe der Entnazifizierung ergab, war allerdings gewaltig. Dreizehn Millionen Menschen vom vollendeten 18. Lebensjahr an hatten ihre Fragebogen ausgefüllt, knapp ein Drittel der Bevölkerung war vom Befreiungsgesetz betroffen. Etwa zehn Prozent wurden dann schließlich verurteilt. Und tatsächliche Strafen oder Nachteile von Dauer erlitt weniger als ein Prozent der zu Entnazifizierenden überhaupt. Die Prozedur der Entnazifizierung in der amerikanischen Zone, die mit einer gewissen Zeitverzögerung auch in den beiden anderen Westzonen angewendet wurde, erfolgte vor Spruchkammern.

Die Spruchkammern, deren es insgesamt über 545 in der US-Zone gab, waren Laiengerichte mit öffentlichen Klägern. Oberste deutsche Instanz waren die Befreiungsministerien der Länder Bayern, Württemberg-Baden, Hessen und Bremen, beaufsichtigt wurde die Entnazifizierung von der amerikanischen Militärregierung. Jeder Fall war individuell zu würdigen. Ein bißchen Entlastung brachte die Jugendamnestie vom August 1946, die ab Jahrgang 1919 galt, und die Weihnachtsamnestie von 1946, die Kriegsbeschädigte und sozial Schwache begünstigte. Für die Spruchkammern blieben 930 000 Einzelfälle übrig.

Der Elan, die Reste des Nationalsozialismus zu beseitigen, die politische Säuberung zu vollziehen, war spätestens ab Frühjahr 1948 verschwunden. Die Besatzungsmacht lockerte die Kontrollen, und um die Sache abzuschließen, wurden sogar Schnellverfahren eingerichtet. Im Zeichen des Kalten Krieges hatte sich der Straf- und Diskriminierungsgedanke verflüchtigt. Und davon profitierten nicht wenige Belastete, die glimpflicher davonkamen als die minder schweren Fälle, die zu Beginn der Entnazifizierung behandelt worden waren. Ein anderer Vorwurf richtete sich gegen das grassierende Denunziantentum und gegen Korruption, Scheinheiligkeit und die Jagd nach „Persilscheinen" (das waren Bestätigungen von Unbelasteten, mit denen ehemalige NSDAP-Mitglieder ihre Harmlosigkeit dokumentieren wollten). Schließlich war die Spruchkammer als Instanz zur Gesinnungsprüfung – vom rechtsstaatlichen Standpunkt aus gesehen – ein zweifelhaftes Instrument.

General Clay, der amerikanische Militärgouverneur, der einer der Protagonisten des Säuberungsgedankens gewesen war, begründete im Rückblick den Abbruch der Unternehmung mit einem Argument, das nicht weniger einleuchtend war als der Gedanke der politischen Säuberung: „Hätten die nominellen Parteimitglieder nicht ihre vollen bürgerlichen Rechte und die Mög-

Foto: AKG photo

Das Ausfüllen des Fragebogens war in der US-Zone die Voraussetzung für die Aufnahme jedweder Tätigkeit. Das Foto zeigt das Einsammeln der Bogen vor einem Polizeirevier.

lichkeit zurückerhalten, wieder ein normales Leben zu führen, dann hätte sich bestimmt früher oder später ein ernsthafter politischer Unruheherd entwickelt."

Re-education

Die Alliierten hielten die Herstellung eines demokratischen Systems, auch wenn sie diesen Begriff höchst unterschiedlich interpretierten und sehr verschiedene Methoden anwendeten, übereinstimmend für ein grundlegendes Kriegsziel und einen wichtigen Besatzungszweck gegenüber Deutschland. Dazu war es zunächst nötig, die Deutschen mit demokratischen Verhaltensweisen bekanntzumachen, sie zu Demokraten zu erziehen. Der Begriff „Umerziehung", mit dem der englische Ausdruck re-education (man sagte auch re-orientation) umschrieben wurde, war freilich sehr unglücklich und löste auf deutscher Seite heftige Abwehr aus. Nicht nur schien materieller Wiederaufbau vielen dringlicher als die Demokratisierung des Bildungswesens, der Presse, des Rundfunks, des ganzen öffentlichen Lebens, sie wehrten sich auch dagegen, auf kulturellem Gebiet Lehren von Amerikanern und Sowjetoffizieren, Franzosen und Briten anzunehmen. Die militärische und moralische Niederlage war vielen Deutschen schmerzlich genug, sie wollten jetzt nicht auch noch belehrt und erzogen werden.

Nach der Besetzung waren alle Schulen in Deutschland geschlossen worden. Vor der Wiederaufnahme des Unterrichts sollten die Lehrer (sowie Lehrpläne und Lehrmittel) entnazifiziert werden. Angesichts der Mitgliedschaft der überwiegenden Mehrheit aller Lehrer in der NSDAP oder deren Gliederungen war dies nicht nur ein organisatorisches Problem, die konsequente Durchführung eines umfassenden Entnazifizierungsprogramms hätte auch auf lange Zeit jeden Schulbetrieb in Deutschland verhindert. Gegen alle Bedenken und trotz mangelhafter Vorbereitung wurden daher in allen Zonen im Laufe des Herbstes 1945 die Schulen wieder eröffnet, hauptsächlich, um die Kinder und Jugendlichen von der Straße zu bringen. Wegen des Lehrermangels holte man Pensionäre in die Schulen zurück und stellte „Schulhelfer" ein (zum Beispiel Studenten), die in den unbeheizten Schulhäusern beim Schichtunterricht mithalfen. An Reformen war zunächst in dieser Situation nicht zu denken.

Schulreformen

Der Alliierte Kontrollrat stellte erst knapp zwei Jahre später Grundsätze zur Demokratisierung des deutschen Erziehungssystems auf. Die Direktive vom Juni 1947 enthielt zur Strukturreform des Bildungswesens aber nur vage Andeutungen und allgemeine Wendungen. So wurde ein „umfassendes Schulsystem" gefordert, in dem die „Begriffe Grundschule und Höhere Schule zwei aufeinanderfolgende Stufen der Ausbildung darstellen" sollten, aber nicht „zwei Grundformen oder Arten der Ausbildung" in Überschneidung. Gemeint war die sechsklassige Grundschule für alle. Tatsächlich waren in allen vier Zonen Reformen in Gang gekommen, die sich freilich in ihren Inhalten beträchtlich unterschieden.

In der sowjetischen Besatzungszone war ab Frühjahr 1946 das „Gesetz zur Demokratisierung der Deutschen Schule" in Kraft, das als Einheitsschule die achtklassige Grundschule mit anschließender vierstufiger Oberschule oder dreistufiger Berufsschule einführte. Etwa 40 000 Neulehrer (sie mußten Antifaschisten sein und sollten der Arbeiterklasse angehören) wurden in Schnellkursen von zunächst nur drei Monaten, später acht und ab 1947 zwölf Monaten Dauer ausgebildet. Ziel der Bildungsreform in der SBZ war der Abbau bürgerlicher Privilegien im Bildungswesen: Die Kinder von Arbeitern und Bauern sollten besonders gefördert werden.

Ganz anders sah es in der französischen Zone aus. Dort wurde das bildungspolitisch radikalste und innovativste Besatzungsregime geführt. Die Militärregierung versuchte bis 1949, das französische Schulsystem zu etablieren. Es vereinigte liberalen Geist mit elitärer Zielsetzung, diente der sozialen Auslese und Elitenbildung. Die von der französischen Militärregierung oktroyierte Schulreform war jedoch in der Form einschneidender als im Inhalt. Am 1. Oktober 1946 erging der Befehl zur Vereinigung der verschiedenen Typen höherer Schulen. Neu war vor allem, daß die ersten drei Klassen des Gymnasiums – so hießen von nun an alle höheren Lehranstalten – eine Art Förderstufe darstellten, die auch Volksschülern noch den späteren Eintritt ermöglichen sollten. Französisch erhielt vor allen anderen Fremdsprachen den Vorrang, das humanistische Gymnasium wurde zwar nicht beseitigt, es sollte aber künftig nur noch eine untergeordnete Rolle spielen. Schließlich wurden auch alle Formen besonderer Mädchenbildung abgeschafft.

In der britischen und in der amerikanischen Besatzungszone verfuhren die Militärregierungen nach der Maxime, Schulreformen müßten von den Deutschen selbst entwickelt und durchgeführt werden. Während die Engländer diesen Grundsatz bis zum Ende des Besatzungsregimes aufrechterhielten, entschlossen sich die Amerikaner im Herbst 1946 aber doch dazu, stärkeren Einfluß zu nehmen. Die deutschen Bestrebungen zur Reform des Schulwesens waren nämlich bis dahin sehr verhalten geblieben.

Die Amerikaner propagierten das Modell einer Einheitsschule, in der alle Kinder ohne Unterschied des Geschlechts, der sozialen Herkunft und der Berufsziele die ersten sechs Jahre gemeinsam verbringen sollten, um Gemeinschaftsgefühl und demokratisches Verhalten zu entwickeln. Die höheren Schulen sollten vereinheitlicht, notwendige Differenzierungen nicht durch getrennte Schularten erzielt werden. Kernstück des amerikanischen Reformkatalogs war die Gesamtschule für alle Schulpflichtigen, außerdem wünschten die Amerikaner Schulgeldfreiheit, Lernmittelfreiheit, die Schulpflicht bis zum 15. Lebensjahr, die volle Integration von Berufsausbildung und Berufsberatung in das allgemeine Schulsystem und die Ausbildung der Lehrer an Universitäten. Diese Ziele sollten von den Bildungsoffizieren auf Länderebene propagiert, aber nicht oktroyiert werden.

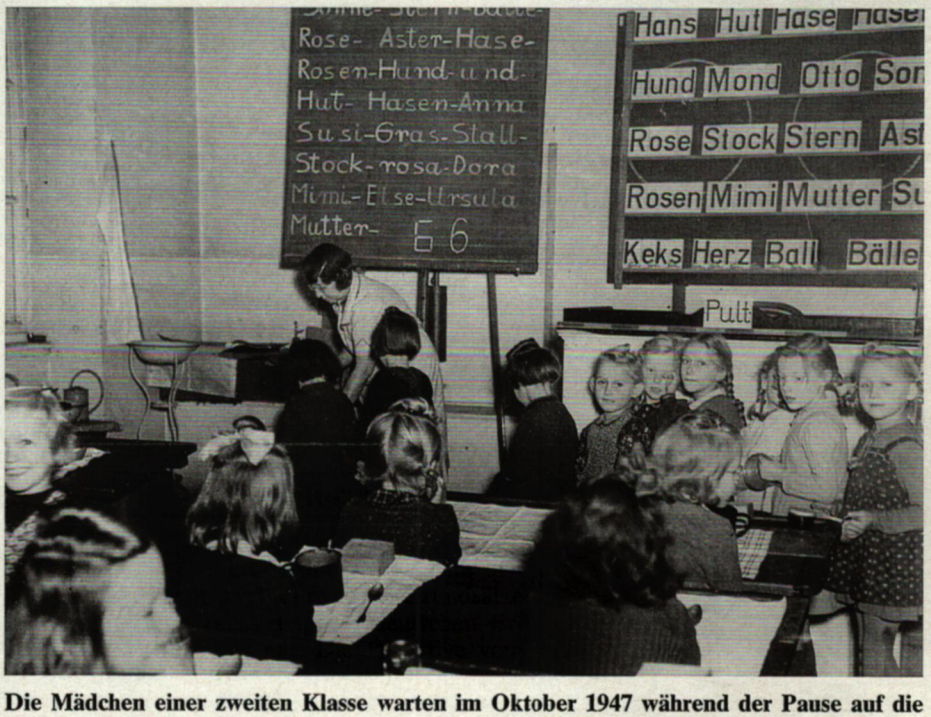


Foto: Bilderdienst Süddeutscher Verlag

Die Mädchen einer zweiten Klasse warten im Oktober 1947 während der Pause auf die Schulspeisung, die in der Nachkriegszeit gravierender Unterernährung vorbeugen sollte.

Wiederaufnahme des Lehrbetriebs in Bayern

[...] Auf dem Gebiete des Schulwesens kam zu der Zerstörung und der zweckfremden Belegung der Schulgebäude der äußerst große Ausfall an Lehrkräften, und das in einem Augenblick, wo die durch zwölf Jahre mißleitete Jugend dringendst der hingebenden Betreuung bedurfte. Von 18000 Volksschullehrkräften mußten 10000 entlassen werden. Mit großer Mühe ist es gelungen, durch Verwendung von Ersatzlehrkräften aller Art den Stand wieder auf rund 14000 zu bringen. Von den 1,2 Millionen Volksschülern haben immer noch drei Viertel nur verkürzten Unterricht. Die Ausbildung des Lehrernachwuchses ist in gutem Zuge. Die Lehrerbildungsanstalten wurden neu organisiert, neben ihnen bilden Sonderkurse noch Abiturienten und Schulhelfer aus. Im Unterricht wirkt äußerst hemmend der Mangel an Büchern und Schreibmaterial. Mit dem Lesebuch für die 2. Klasse hat das bayerische Unterrichtsministerium das bisher einzige neue Schulbuch in der US-Zone herausgebracht, weitere werden in Kürze folgen. Der vom nationalsozialistischen Staat verdrängte Religionsunterricht wurde wieder eingeführt, vom Nationalsozialismus verfolgte Lehrkräfte wurden wieder in ihre Ämter eingesetzt.

Die höheren Schulen haben unter ähnlichen Schwierigkeiten zu leiden wie die Volksschulen. Es ist jedoch gelungen, bis zum Mai 1946 alle Oberschulen für Knaben und fast alle für Mädchen wieder in Betrieb zu setzen; das von der Naziregierung zurückgedrängte humanistische Gymnasium wurde wieder in seinen Stand eingesetzt. Den aus dem Krieg Heimgekehrten wurde vielfach Gelegenheit zum Abschluß ihrer Schulbildung gegeben. [...]

Die Universitäten und sonstigen Hochschulen waren das besondere Sorgenkind der Unterrichtsverwaltung. Hier ist der Maßstab der politischen Säuberung besonders streng, eine sehr hohe Zahl von Professoren und Dozenten mußte daher ausscheiden. Ihr Ersatz ist äußerst schwer, da vielfach der Nachwuchs in den einschlägigen Fächern fehlt und von den Geeigneten nach dem erwähnten Säuberungsmaßstab viele nicht oder nicht sicher in Frage kommen.

[...]

Stark vermehrt werden die Schwierigkeiten durch den außerordentlich hohen Andrang der Studierenden. Anzuerkennen ist, daß die Studierenden sich allenthalben mit größter Hingabe dem Studium widmen und nichts sehnlicher wünschen, als in Ruhe sich auf ihren künftigen Beruf vorbereiten zu dürfen. [...]

Klaus-Jörg Ruhl (Hg.), Neubeginn und Restauration, München 1982, S. 311 ff.

1948 war es, wie sich auf vielen anderen Gebieten zeigte, für die Durchsetzung alliierter politischer Vorstellungen schon zu spät, und es wurde zunehmend beschlossene Sache, daß die Militärregierung nicht mehr auf die vollständige Erfüllung ihrer Anordnungen dringen würde.

Kulturpolitik

Die Bildungspolitik war im Rahmen der Demokratisierungsbemühungen ein Wechsel auf die Zukunft; es bestand aber zugleich die Notwendigkeit, möglichst sofort und unmittelbar auf die Erwachsenen in Deutschland einzuwirken. Das geschah auf vielfältige Weise, durch kulturelle Angebote, durch Unterhaltung und mit Hilfe von Informationen in einer neugestalteten Medienlandschaft. Spielfilme und Dokumentarfilme aus alliierter Produktion und vor allem Wochenschauen dienten in den Kinos aller vier Besatzungszonen pädagogischen Absichten. Die Wiederbelebung der kulturellen Szene war den Alliierten aus mehreren Gründen wichtig: Propaganda für die eigene Kultur, Erziehung der Deutschen zur Demokratie und, zur Pazifizierung der Bevölkerung, auch ein bißchen Unterhaltung.

Kulturbund

Im Juli 1945 wurde in Berlin der „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands" gegründet. Die Gründungsversammlung hatte im Hause des Schriftstellers Johannes R. Becher stattgefunden, der kurz zuvor aus dem Moskauer Exil zurückgekehrt war. Im August konstituierte sich dann der Kulturbund als Organisation mit Becher an der Spitze. Vizepräsidenten wurden der Maler Carl Hofer und der Schriftsteller Bernhard Kellermann, Ehrenpräsident war Gerhart Hauptmann. An vielen Orten, nicht nur in der sowjetisch besetzten Zone, fanden sich im Sommer und Herbst 1945 Intellektuelle unterschiedlichen politischen Standorts zu Ortsgruppen des Kulturbundes zusammen.

Obwohl die marxistisch orientierten Mitglieder den Ton angaben und obwohl die SMAD ein wachsames Auge auf den Kulturbund hatte, war er zunächst noch kein Werkzeug kommunistischer Propaganda, sondern der wohl früheste Versuch geistigen Neubeginns in Deutschland. Den Frontbildungen des Kalten Kriegs fiel auch der Kulturbund allmählich zum Opfer, aber die Anfänge waren verheißungsvoll gewesen, und aus heutiger Sicht bot er erstaunlich lange auch Nichtmarxisten eine geistige Heimat. In der Zeitschrift des Kulturbundes mit dem Titel „Aufbau", die unter sowjetischer Lizenz Ende September 1945 erstmals erschien, wurde das Verlangen nach einer demokratischen „Reformation" in Deutschland artikuliert. Die Absicht, die „antifaschistische Reformation" auf überparteilichem Wege zu erreichen, wurde durch den Personenkreis der Herausgeber und ständigen Mitarbeiter der ersten Hefte demonstriert: Neben Heinrich Mann, Theodor Plivier, Georg Lukács, Willi Bredel waren auch Ferdinand Friedensburg und Ernst Wiechert genannt. Aufsätze von Hans Fallada wie von Thomas Mann wurden gedruckt, und der CDU-Politiker Ernst Lemmer firmierte noch im 4. Jahrgang der Zeitschrift als Mitglied des Redaktionskollegiums.

Belletristik in der US-Zone

Der „Aufbau" war die erste politisch-kulturelle Zeitschrift, die Deutsche für Deutsche herausgaben. Bald folgten in allen Zonen Neugründungen von politisch-kulturellen, schöngeistig-literarischen, philo-

Foto: Bilderdienst Süddeutscher Verlag

In den ersten Nachkriegsjahren herrschte in Deutschland katastrophale Wohnungsnot. In einem Studenten-Wohnheim in Hamburg, in dem jeweils 20 Studenten in einem Raum wohnten, schliefen und arbeiteten, versuchen sich vier Studenten auf ihr Examen vozubereiten.

sophischen, religiösen und sonstigen Kulturzeitschriften. In der Demokratisierungspolitik der Alliierten spielte auch die Belletristik eine nicht geringe Rolle. Am meisten ließen sich die Amerikaner den Import von Romanen und Erzählungen, Lyrik und Theaterstücken eigener Provenienz ins literarisch verödete Deutschland kosten. Das galt nicht nur für die Einrichtung der „Amerikahäuser", die ab Juli 1945 weit über die zunächst beabsichtigte Kulturpropaganda hinausreichende Funktionen hatten: Sie waren mancherorts die einzigen benutzbaren öffentlichen Bibliotheken und Lesesäle überhaupt.

Die US-Militärregierung förderte amerikanische Literatur dadurch, daß sie die Übersetzungsrechte in Amerika kaufte und sie deutschen Verlagen anbot. Die Titel, die auf den deutschen Markt kommen sollten, wurden im Hinblick auf ihre politische Eignung sorgfältig geprüft. Den deutschen Verlegern, die das Angebot annahmen, war die Militärregierung dann meist auch bei der Papierzuteilung – das war die ärgste Klippe für Veröffentlichungspläne in Nachkriegsdeutschland – behilflich.

Presse und Rundfunk

Das wichtigste und weiteste Feld für die alliierten Demokratisierungsbemühungen waren die Massenmedien. In drei Schritten (wobei der zweite aber schon nahezu gleichzeitig mit dem dritten getan wurde) sollten Presse und Rundfunk in Deutschland zunächst verboten, durch alliierte Sprachrohre ersetzt und dann in neuen Strukturen – pluralistisch und demokratisch – völlig neu aufgebaut werden. Das Gesetz Nr. 191 vom 24. November 1944, das General Eisenhower als Oberbefehlshaber aller westlichen Armeen für die von den Alliierten besetzten bzw. noch zu besetzenden deutschen Gebiete erließ, untersagte unter anderem das „Drucken, Erzeugen, Veröffentlichen, Vertreiben, Verkaufen und gewerbliche Verleihen von Zeitungen, Magazinen, Zeitschriften, Büchern, Broschüren, Plakaten, Musikalien und sonstigen gedruckten oder (mechanisch) vervielfältigten Veröffentlichungen, von Schallplatten, sonstigen Tonaufnahmen und Lichtspielfilmen jeder Art; ferner die Tätigkeit oder den Betrieb jedes Nachrichtendienstes und Bilddienstes oder von Agenturen, von Rundfunkstationen und Rundfunkeinrichtungen, von Drahtfunksendern und Niederfrequenzübertragungsanlagen; auch die Tätigkeit in oder den Betrieb von Theatern, Lichtspieltheatern, Opernhäusern, Filmateliers, Filmlaboratorien, Filmverleihanstalten, Jahrmärkten, Zirkusunternehmungen und Karnevalsveranstaltungen jeder Art." Beabsichtigt war mit diesem Totalverbot aller öffentlichen Kommunikation eine Art von Quarantäne, in der lediglich alliierte Mitteilungsblätter, die „Heeresgruppenzeitungen" (so genannt, weil sie von bestimmten Einheiten der alliierten Armeen herausge-

Auf der Suche nach „Lizenzträgern"

Ernst Langendorf, geboren 1908, war Reporter bei der SPD-Zeitung „Hamburger Echo" – bis zu deren Verbot durch die Nationalsozialisten. Schon im April 1933 emigrierte Ernst Langendorf. […] 1942 trat er in die US-Armee ein, was ihm den Erwerb der amerikanischen Staatsbürgerschaft ermöglichte. […] Mit dem Vormarsch der amerikanischen Truppen kam Ernst Langendorf im Frühjahr 1945 nach Bayern.

[…] Anfang Juni 1945 kam ich zu meiner neuen Einheit nach München. Aufgrund des Militärregierungsgesetzes Nr. 191 war es verboten, irgendwelche Zeitungen, Zeitschriften oder Bücher zu drucken, Filme zu produzieren oder Radiosendungen zu veranstalten, wenn sie von der Militärregierung nicht ausdrücklich genehmigt, das hieß „lizenziert", waren. Die Lizenzierung war Aufgabe der verschiedenen Abteilungen unserer Einheit. […]

Radio Munich, wie es damals hieß, war ein Sender der Militärregierung und wurde von Amerikanern geleitet. Auf unsere Veranlassung brachte der Sender eine Meldung, die besagte, daß alle Personen, die an der Herausgabe von Zeitungen, Zeitschriften oder Büchern interessiert seien, sich an unser Büro in der Renatastraße wenden sollten. Da bildeten sich bald lange Schlangen von Interessenten, […] Aber nur wenige genügten unseren Anforderungen. Wer Mitglied einer der Gliederungen der NSDAP gewesen war oder in einer Zeitung oder Zeitschrift während der Nazizeit gearbeitet hatte oder sonstwie belastet war, schied von vornherein aus. […] Natürlich waren uns auch berufliche und praktische Erfahrung im Zeitungswesen wichtig. Der Personenkreis, der für die engere Wahl in Frage kam, war außerordentlich klein, und wir mußten lange suchen. […]

Am Beispiel der „Süddeutschen Zeitung", die die erste Lizenz bekam, will ich erzählen, auf welch verschlungenen Pfaden wir oft die Lizenzträger fanden. […]

Zufällig fiel bei einem Gespräch in Garmisch, bei dem es eigentlich um eine illegale Zeitungsgründung ging, der Name Hausenstein. […] Hausenstein war Feuilletonmitarbeiter der renommierten „Frankfurter Zeitung", […] Ich fragte sofort, wo der stecke. In Tutzing am Starnberger See, erfuhr ich. Sogar die Straße wurde uns angegeben. […] Abends um zehn Uhr kamen wir bei Hausenstein an. Wir fragten ihn, ob er Lust habe, in München Verleger einer neu zu gründenden Zeitung zu werden. Er fühlte sich sehr geehrt, lehnte aber ab, weil er gesundheitlich nicht auf der Höhe sei. […] Aber er empfahl uns Dr. Franz Josef Schöningh, den ehemaligen Schriftleiter der Kultur-Zeitschrift „Hochland", die 1941 von den Nazis endgültig verboten worden war. Der lebte in einer Jagdhütte am Starnberger See. Eine Woche später trafen wir ihn in Hausensteins Haus zu einer Vorbesprechung und kamen mit ihm ins Geschäft.

Eines Tages hörten wir, daß Wilhelm Hoegner aus dem Exil nach München zurückgekehrt sei. […] Dort haben wir ihn aufgesucht und gefragt, ob er interessiert wäre, Verleger einer neuen Zeitung zu werden. „Ach nein", antwortete er. „[…] Aber ich kann Ihnen jemand empfehlen, den Herrn Goldschagg." Edmund Goldschagg war bis 1933 Politischer Redakteur der sozialdemokratischen „Münchner Post" gewesen. Hoegner hatte während seines Exils mit ihm korrespondiert und konnte uns Goldschaggs letzte Adresse in Freiburg geben.

Am nächsten Tag fuhren wir nach Freiburg. Die Straße, die uns Hoegner angegeben hatte, existierte überhaupt nicht mehr. So sind wir also eine Stunde durch Freiburg geirrt. […] Und wieder ein Zufall! Wir treffen den Chef des Einwohnermeldeamtes auf der Straße. „Ja", sagt der, „der Goldschagg sitzt in der Verteilungsstelle für Lebensmittelmarken beim Landratsamt. Wenn ich darf, führe ich Sie hin."

Wir trafen Edmund Goldschagg in einem kleinen, dunklen Nebenzimmer mit einem großen Haufen grüner Lebensmittelkarten vor sich. Wir stellten uns vor. „Wir möchten mal mit Ihnen reden wegen einer Zeitung in München." Er war sehr zögernd. […]

Vier Wochen später war ich wieder bei ihm. Und er sagte zu. […]

Im Juli 1945 gab es die erste Zusammenkunft des zukünftigen Verlags- und Redaktionsstabes. […]

Aber bevor es ans Drucken der Zeitungen gehen konnte, mußten noch ungeheure Schwierigkeiten aus dem Weg geräumt werden. Das vorgesehene Verlagsgebäude […] war so gut wie vollkommen zerstört. Große Mengen von Schutt mußten beiseite geschafft werden, um die Büros überhaupt wieder verwenden zu können. Nach der Überreichung der Lizenz Nr. 1 an die drei Lizenzträger Goldschagg, Schöningh und Schwingenstein und einem Festakt im Hof des Verlagsgebäudes konnte Oberst Mac Mahon, der Chef der Information Control Division bei der amerikanischen Militärregierung, die Rotationsmaschine in Betrieb setzen.

Die erste Nummer der „Süddeutschen Zeitung" erschien am 6. Oktober 1945 in einer Auflage von 357000 Stück. Das war für damalige Verhältnisse sehr viel. Wir haben dann sogar noch auf 410000 erhöht. Aber das Papier war knapp. Am Anfang erschien die „Süddeutsche" nur zweimal pro Woche mit ursprünglich vier, später sechs Seiten. […]

Alexander von Plato/Almut Leh (Hg.), „Ein unglaublicher Frühling". Erfahrene Geschichte im Nachkriegsdeutschland 1945–1948, Bonn 1997, S. 320ff.

Foto: Ullstein Bilderdienst

Das Angebot an Tageszeitungen und Zeitschriften war 1949 bereits von erstaunlicher Vielfalt.

geben wurden), der deutschen Bevölkerung die notwendigsten Informationen für den Besatzungsalltag vermittelten.

Im publizistischen Vakuum der ersten Besatzungszeit nahmen die Alliierten auch die deutschen Rundfunkstationen unter ihre Regie. Fast nahtlos war zum Beispiel der Übergang in Hamburg: 24 Stunden nachdem der Reichssender Hamburg am 3. Mai 1945 sein letztes Programm ausgestrahlt hatte, meldete sich „Radio Hamburg" als Station der Militärregierung, von britischen Radiooffizieren und Technikern bedient, zu Wort.

Die Heeresgruppenblätter und die Rundfunksendungen unter alliierter Regie leiteten die zweite Phase alliierter Medienpolitik ein, in der das Informationsmonopol bei den Besatzungsmächten lag. Der dritte Schritt war dann die Lizenzierungsphase: Sorgfältig ausgewählte und überprüfte deutsche Journalisten und Verleger durften unter alliierter Kontrolle, also unter Zensur, deutsche Zeitungen machen und in Funkhäusern tätig werden. Die neuen Zeitungen sollten im Idealfall das vollkommene Gegenteil der gleichgeschalteten NS-Presse sein, nämlich objektive Berichterstattung im Nachrichtenteil und, säuberlich davon getrennt, Meinungsvielfalt auf den Kommentarseiten bieten. Das Prinzip der Trennung von Nachricht und Meinung war vor allem den beiden angelsächsischen Besatzungsmächten heilig. Der deutschen Pressetradition war dieser Grundsatz fremd. Amerikaner und Briten betrachteten ihn jedoch als entscheidend für die Herstellung demokratischer Zustände in der öffentlichen Kommunikation.

Foto: Deutsches Historisches Museum Berlin

Mit für diese Zeit großem Aufwand feierte der Kulturbund 1948 sein dreijähriges Bestehen.

Erste deutsche Zeitungen

Die Amerikaner gaben in den Westzonen bei der Lizenzierungspolitik die Richtung an, und sie machten auch den Anfang. Mitte 1946 existierten bereits 35 neue Zeitungen in der amerikanischen Zone. Ab Herbst 1945 erteilten die Franzosen insgesamt (bis 1949) in 33 Fällen die Erlaubnis zur Gründung einer Zeitung in ihrer Zone. Die Briten begannen am spätesten, Anfang 1946; in ihrer Zone gab es, wie in der amerikanischen, zuletzt 61 Lizenzzeitungen. In der US-Zone, wo sich auch die publizistisch bedeutendsten Blätter befanden – die „Süddeutsche Zeitung" in München errang schnell den Spitzenplatz, die „Stuttgarter Zeitung" und die „Stuttgarter Nachrichten " gewannen ebenso wie die „Nürnberger Nachrichten" und die „Frankfurter Rundschau" Renommee –, wurden Lizenzen am liebsten gemeinsam an drei oder vier Personen mit verschiedenen politischen Standorten vergeben. Ab 1947 begann die Entfernung der Kommunisten aus den Herausgebergremien; so beliebt KPD-Lizenznehmer am Anfang bei den US-Presseoffizieren als Pendant zu bürgerlichen und sozialdemokratischen Lizenziaten waren, so unerwünscht wurden sie im Zeichen des beginnenden Kalten Krieges.

In der sowjetischen Besatzungszone hatte auch der Neubeginn im Pressewesen andere Züge als in den Westzonen. Die SMAD vergab im Sommer 1945 die Lizenzen zur Herausgabe von Tageszeitungen an die Parteien und Massenorganisationen. Die KPD, ab April 1946 die SED, wurde bevorzugt; SPD, CDU und LDP erhielten die Erlaubnis, jeweils ein zentrales Organ und außerdem in jedem der fünf Länder der SBZ eine weitere Tageszeitung zu publizieren. Über die Papierzuteilung wurde für die Dominanz der KPD bzw. SED gesorgt.

Die Papierknappheit war auch im Westen das größte Problem der neuen Publizistik. Bis zur Währungsreform erschienen die Tageszeitungen in der Regel nur zweimal wöchentlich in dünnen Ausgaben. Die alliierte Zensur, nicht zu vergleichen mit der nationalsozialistischen Uniformierung der öffentlichen Meinung durch Gleichschaltung und Sprachregelung, war milde genug und beschränkte sich im wesentlichen darauf, militärische und nationalistische Töne sowie Kritik an den Besatzungsmächten zu verhindern. Eine Kontrollratsdirektive bestätigte im Oktober 1946 diese Praxis, wie sie seit Sommer 1945 auf zonaler Ebene gehandhabt wurde.

Alliierte Zeitungen in Deutschland

Neben der Lizenzpresse, die, von den Presseoffizieren betreut, als Übungsfeld deutscher demokratischer Publizistik betrachtet wurde, gaben die Alliierten auch eigene Blätter heraus. Die SMAD startete Mitte

Mai 1945 in Berlin die „Tägliche Rundschau", die Amerikaner publizierten seit Mitte Oktober „Die Neue Zeitung", in der britischen Zone erschien in Hamburg ab Anfang April 1946 „Die Welt" als „überparteiliche Zeitung für die gesamte britische Zone", und auch im französischen Besatzungsgebiet gab es ein Organ der Militärregierung, die zweisprachige Zeitung „Nouvelle de France".

Am attraktivsten, auch weit über die Grenzen der US-Zone hinaus, war „Die Neue Zeitung". Bis zum Sommer 1948 konnte sie, trotz einer Auflage von 1,2 Millionen Exemplaren in ihrer Blütezeit, die Nachfrage nicht befriedigen; es gab Wartelisten für potentielle Abonnenten.

Die Massenmedien – Lizenzpresse und Rundfunkstationen ebenso wie die 1946 auf zonaler Ebene gegründeten Nachrichtendienste – sollten in deutsche Verantwortung übergehen, nachdem sie ihre Bewährungsprobe bestanden und nachdem die deutschen Politiker demokratische Presse- und Rundfunkgesetze geschaffen haben würden. Wie schwierig es jedoch mitunter war, dem Geist der Demokratisierungsära zu folgen, bewiesen die Politiker der US-Zone Ende 1946 mit dem Entwurf eines Pressegesetzes, das von der Militärregierung zurückgewiesen wurde. Das Gesetz entsprach nicht den amerikanischen Vorstellungen von Pressefreiheit, weil es unter anderem den Zugang zu amtlichen Informationen vom Wohlverhalten der Presse abhängig machen wollte und polizeiliche Durchsuchungen von Redaktionen für notwendig hielt, wenn Verdacht auf politisch unerwünschte Berichterstattung bestand. General Clay konstatierte später, daß sich das deutsche Unvermögen, „demokratische Freiheit wirklich zu erfassen", vor allem auf zwei Gebieten am deutlichsten gezeigt habe, bei der Schulreform und der Pressegesetzgebung.

Öffentlich-rechtliches Radiosystem

Nach der Intention der Westmächte sollte der künftige Rundfunk in Deutschland weder staatlich betrieben oder dominiert noch den Händen privater Interessenten ausgeliefert sein. Durch alliierten Machtspruch wurden daher die Rechte der Post und die Gelüste der Politiker nach Einfluß auf den Rundfunk beschnitten. Beim Aufbau eines öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems nahmen die Briten die Vorreiterrolle ein. Nach dem Vorbild der British Broadcasting Cooperation (BBC) und von einem prominenten britischen Rundfunkmann, Hugh Carleton Greene, dirigiert, wurde zum 1. Januar 1948 der „Nordwestdeutsche Rundfunk (NWDR)" in Hamburg und Köln als erste Anstalt des neuen Typs errichtet.

In der US-Zone hatte die Militärregierung den Übergang der Funkhäuser in deutsche Hände von demokratischen Rundfunkgesetzen der Länder abhängig gemacht. Darüber wurde bis 1949 gestritten, als längst deutsche Intendanten, von amerikanischen Beratern und Überwachern flankiert, an der Arbeit waren. Immerhin hatten die drei westlichen Alliierten, als sie 1955 zusammen mit den Insignien politischer Souveränität auch die endgültige Rundfunkhoheit an die Bundesrepublik übergaben, eine Reform zustande gebracht und gegen deutsche Interessenten und Politiker durchgesetzt, die bis in die achtziger Jahre Bestand haben sollte: den Alleingeltungsanspruch des öffentlich kontrollierten, pluralistischen und dezentralisierten Rundfunks. Das gehört zu den Erfolgen der Demokratisierungspolitik, die allen damaligen deutschen Befürchtungen zum Trotz ganz überwiegend positiv ausfiel.

In der Ostzone begann der Rundfunkbetrieb am 13. Mai 1945 mit den Sendungen „Hier spricht Berlin!" aus dem „Haus des Rundfunks" in der Masurenallee, der ehemaligen nationalsozialistischen Sendezentrale. Daraus entwickelte sich unter Kontrolle der sowjetischen Militärregierung der Berliner Rundfunk, dem im Oktober 1945 in Leipzig der „Mitteldeutsche Rundfunk" folgte.Wenig später waren die Landessender Dresden und Schwerin und ab 1946 auch die Stationen in Weimar, Potsdam und Halle betriebsbereit. Politisch zuständig war – immer unter der Zensurhoheit der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) – die Abteilung für kulturelle Aufklärung der „Zentralverwaltung für Volksbildung". Unter dem „Generalintendanten des deutschen demokratischen Rundfunks" Hans Mahle, einem 1945 aus der Moskauer Emigration zurückgekehrten Kommunisten, waren alle Sender der sowjetischen Besatzungszone verwaltungsmäßig und ideologisch straff zentralisiert. Am 12. Oktober 1949 übergab die sowjetische Militäradministration ihre Kontrollbefugnis über den Hörfunk an die Regierung der neugegründeten DDR.

Ost-West-Konflikt und deutsche Teilung

Wolfgang Benz

Das amerikanische Volk wünscht, dem deutschen Volk die Regierung zurückzugeben. Das amerikanische Volk will dem deutschen Volk helfen, seinen Weg zurückzufinden zu einem ehrenvollen Platz unter den freien und friedlichen Nationen der Welt." Mit diesen Worten schloß der amerikanische Außenminister James F. Byrnes eine Rede, die er am 6. September 1946 in Stuttgart hielt. An ihr war vieles ungewöhnlich. Das begann damit, daß zu dieser Veranstaltung im Großen Haus des Württembergischen Staatstheaters auch deutsche Politiker eingeladen waren. Zwar waren die meisten Anwesenden Amerikaner – Offiziere der Besatzungsmacht, Funktionäre der Militärregierung, Diplomaten und sogar zwei Senatoren aus Washington. Aber in der vordersten Reihe waren die Ministerpräsidenten der Länder der amerikanischen Zone, Reinhold Maier (Württemberg-Baden), Wilhelm Hoegner (Bayern) und Karl Geiler (Hessen), plaziert worden, dazu – mit einigem Abstand – deutsche Minister, Abgeordnete und Oberbürgermeister. Noch erstaunlicher war der entgegenkommende Tonfall dieser ersten Rede eines Außenministers der Besatzungsmächte in Deutschland nach der Kapitulation. Die Schlußsätze aber machten die Ansprache zu einer Sensation.

Wende im amerikanisch-deutschen Verhältnis

Die Rede weckte Hoffnungen. Sie wurde als Abkehr von der bisherigen Besatzungspolitik verstanden und als Zeichen eines Neubeginns. Zwar änderte sich an der Besatzungspolitik, wie sie von den Alliierten schon vor Kriegsende vereinbart worden war, im Grundsatz nichts. Die Stuttgarter Rede war insofern keine Zäsur. Aber sie markierte vor der Weltöffentlichkeit eine Wende im Verhältnis der Amerikaner zu den Deutschen. Diese hatte, für die meisten nicht wahrnehmbar, schon einige Monate vorher eingesetzt. Wenige Wochen nach dem Stuttgarter Auftritt des amerikanischen Außenministers, am 22. Oktober 1946, betonte sein britischer Kollege Ernest Bevin vor dem Unterhaus des Parlaments die „fast völlige Übereinstimmung" Londons mit dem Inhalt der Rede.

Im ersten Besatzungsjahr hatten die westlichen Alliierten großen Wert darauf gelegt, die Deutschen spüren zu lassen, daß mit der Besatzung weitreichende Absichten verbunden waren: Entmilitarisierung, Entnazifizierung, Bestrafung der Schuldigen am Weltkrieg und an den Greueltaten des NS-Regimes, Wiedergutmachung der von Deutschland verursachten Schäden und Demokratisierung durch „Umerziehung".

Außenminister Byrnes am 6. September 1946

[...] Ich hoffe, daß das deutsche Volk nie wieder den Fehler machen wird, zu glauben, daß das amerikanische Volk, gerade weil es den Frieden liebt, in der Hoffnung auf Frieden abseits stehen wird, wenn irgendeine Nation Gewalt anwendet oder mit Gewalt droht, um die Herrschaft über andere Völker oder Regierungen zu erlangen.

[...] Was wir wollen, ist ein dauerhafter Friede. Wir werden uns gegen zu harte und von Rachsucht diktierte Maßnahmen wenden, die einem wirklichen Frieden im Wege stehen. Wir werden uns zu milden Maßnahmen widersetzen, welche zum Bruch des Friedens einladen. [...]

Zweimal in einer Generation haben der deutsche Militarismus und der Nazismus die Gebiete von Deutschlands Nachbarn verwüstet. Es ist nur recht und billig, daß Deutschland sein Teil dazu beitragen soll, diese Verwüstungen wiedergutzumachen. [...]

Die Vereinigten Staaten sind daher bereit, die in den Potsdamer Beschlüssen über die Entmilitarisierung und die Reparationen niedergelegten Grundsätze in vollem Umfang durchzuführen. [...]

Die Vereinigten Staaten werden nicht ihre Zustimmung geben, daß Deutschland größere Reparationen leisten muß, als in den Potsdamer Beschlüssen vorgesehen wurde. [...]

Die gerechte Verteilung der lebenswichtigen Güter zwischen den einzelnen Zonen mit dem Ziel, eine ausgeglichene Wirtschaft in ganz Deutschland herbeizuführen und den Einfuhrbedarf zu verringern, ist nicht in die Wege geleitet worden, obgleich die Potsdamer Beschlüsse auch dies ausdrücklich verlangten. Die Vorbereitung einer ausgeglichenen Wirtschaft in ganz Deutschland zur Beschaffung der für die Bezahlung der genehmigten Einfuhr erforderlichen Mittel ist nicht erfolgt, obgleich auch dies die Potsdamer Beschlüsse ausdrücklich verlangten.

Die Vereinigten Staaten sind der festen Überzeugung, daß Deutschland als Wirtschaftseinheit verwaltet werden muß und daß die Zonenschranken, soweit sie das Wirtschaftsleben und die wirtschaftliche Betätigung in Deutschland betreffen, vollständig fallen müssen.

Die jetzigen Verhältnisse in Deutschland machen es unmöglich, den Stand der industriellen Erzeugung zu erreichen, auf den sich die Besatzungsmächte als absolutes Mindestmaß einer deutschen Friedenswirtschaft geeinigt hatten. [...]

Für einen erfolgreichen Wiederaufbau Deutschlands ist eine gemeinsame Finanzpolitik wesentlich. Eine unkontrollierbare Inflation, begleitet von einer wirtschaftlichen Lähmung, ist fast mit Sicherheit zu erwarten, wenn keine gemeinsame Finanzpolitik zur Steuerung der Inflation besteht. [...]

Es ist auch notwendig, daß ein Verkehrs-, Nachrichten- und Postwesen in ganz Deutschland ohne Rücksicht auf Zonenschranken eingeführt wird. Der sich auf ganz Deutschland erstreckende Aufbau dieser öffentlichen Einrichtungen war in den Potsdamer Beschlüssen beabsichtigt. Zwölf Monate sind vergangen, und nichts ist geschehen. Deutschland benötigt die ganzen Nahrungsmittel, die es erzeugen kann. [...] Um die größtmögliche Erzeugung und die zweckmäßigste Verwendung und Verteilung der Nahrungsmittel, die erzeugt werden können, sicherzustellen, müßte eine zentrale Verwaltungsstelle für Landwirtschaft geschaffen werden und unverzüglich mit der Arbeit beginnen.

Ebenso ist die Schaffung einer zentralen deutschen Verwaltungsstelle für Industrie und Außenhandel dringend notwendig. Deutschland muß bereit sein, seine Kohle und seinen Stahl mit den befreiten Ländern Europas zu teilen, die von diesen Lieferungen abhängig sind. Deutschland muß andererseits in die Lage versetzt werden, seine Fähigkeiten und Kräfte der Steigerung seiner industriellen Produktion dienstbar zu machen und für die zweckmäßigste Verwendung seiner Rohstoffe Sorge tragen zu können.

Deutschland muß die Möglichkeit haben, Waren auszuführen, um dadurch so viel einführen zu können, daß es sich wirtschaftlich selbst erhalten kann. Deutschland ist ein Teil Europas. Die Gesundung in Europa und besonders in den Nachbarstaaten Deutschlands wird nur langsam voranschreiten, wenn Deutschland mit seinen großen Bodenschätzen an Eisen und Kohle in ein Armenhaus verwandelt wird. [...]

Die Vereinigten Staaten treten für die baldige Bildung einer vorläufigen deutschen Regierung ein. [...]

Die amerikanische Regierung steht auf dem Standpunkt, daß die vorläufige Regierung nicht von anderen Regierungen ausgesucht werden soll, sondern daß sie aus einem deutschen *Nationalrat* bestehen soll, der sich aus den nach demokratischen Prinzipien verantwortlichen Ministerpräsidenten oder anderen leitenden Beamten der verschiedenen Länder zusammensetzt, die in jeder der vier Zonen gebildet worden sind.

[...]

Ernst-Ulrich Huster/Gerhard Kraiker/ Burkhard Scherer u. a., Determinanten der westdeutschen Restauration 1945–1949, Frankfurt a. M. 1972, S. 309 ff.

Foto: Bilderdienst Süddeutscher Verlag

James Francis Byrnes (1879–1972).

Die US-Truppen beispielsweise hatten Weisung, „gerecht, aber fest und unnahbar" zu sein. Verbrüderung mit Deutschen (darunter fiel schon Händeschütteln) war verboten.

In Amerika hatten kirchliche und karitative Organisationen sowie Privatleute freilich schon vor der offiziellen Trendwende begonnen, „Care-Pakete", gefüllt mit Gebrauchs- und Nahrungsmitteln des täglichen Bedarfs, in das notleidende Nachkriegsdeutschland zu senden. Die Amerikaner erweckten wegen ihres Reichtums, ihrer Prinzipientreue, ihrer Generosität und Naivität bald die Bewunderung und Sympathie der Deutschen, die Briten und Franzosen traten dagegen eher wie Kolonialtruppen auf. Politisch allerdings gaben die Amerikaner, schon wegen ihrer wirtschaftlichen Potenz, im Westen den Ton an. Die Rote Armee hatte bei der deutschen Bevölkerung den schlechtesten Ruf und war besonders wegen der Willkür ihrer Besatzungsherrschaft gefürchtet.

Bizone als Vorläuferin des Weststaats

Die französischen Sonderwünsche und die auf die Durchsetzung ihrer Reparationsforderungen konzentrierte sowjetische Politik hatten sich im ersten Besatzungsjahr als die stärksten Hindernisse für eine Verwirklichung der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz erwiesen. Nach den Vereinbarungen vom Sommer 1945 sollte wenigstens die wirtschaftliche Einheit der vier Besatzungszonen so lange aufrechterhalten werden, bis in einem Friedensvertrag die deutsche Frage eine endgültige Lösung fände. Diesen Friedensvertrag sollten die Außenminister der vier Mächte gemeinschaftlich vorbereiten.

Auf der Pariser Außenministerkonferenz, dem zweiten Treffen dieses Gremiums,

drängte US-Außenminister Byrnes Ende April 1946 entschieden auf die Realisierung der Potsdamer Vereinbarungen; er hatte sogar einen Termin für den Beginn der Friedensverhandlungen mit Deutschland vorgeschlagen, den 12. November 1946. Aber die Außenministerkonferenz zeigte sich dazu nicht in der Lage. Sie schleppte sich (mit einer Pause von vier Wochen) von April bis Juli 1946 dahin und erschöpfte sich in ergebnislosen Debatten mit dem sowjetischen Außenminister Molotow, der auf seinen Reparationsforderungen beharrte.

Am vorletzten Tag der Pariser Konferenz, dem 11. Juli 1946, lud Byrnes die drei anderen Besatzungsmächte ein, ihre Zonen mit der amerikanischen wirtschaftlich zu verschmelzen. In Paris und Moskau wurde das amerikanische Angebot abgelehnt; London stimmte erwartungsgemäß zu. Als Minimallösung ergab sich daraus die Fusion des amerikanischen und britischen Besatzungsgebiets zur „Bizone".

Maßgeblichen Anteil an dem Projekt hatte General Lucius D. Clay. Er war, obwohl damals erst Stellvertreter des US-Militärgouverneurs, der entscheidende Mann in der US-Zone. Um Deutschland lebensfähig zu erhalten, hatte er frühzeitig dafür plädiert, Schritte zugunsten der Wirtschaftseinheit und sogar einer provisorischen Regierung Deutschlands zu tun. So weit wollten die Regierungen in Washington und London aber noch nicht gehen, als am 2. Dezember 1946 die beiden Außenminister Bevin und Byrnes in New York das Fusionsabkommen unterzeichneten. In Kraft trat es am 1. Januar 1947.

Die beiden Besatzungsmächte waren sehr darauf bedacht, das Provisorische des Zonenzusammenschlusses und seine ausschließlich wirtschaftlichen und administrativen Zwecke zu betonen. Ziel war es, bis Ende 1949 die ökonomische Unabhängigkeit der Doppelzone herzustellen. Die Vereinbarung sollte jährlich überprüft werden und gelten, bis eine Einigung der Alliierten über die Behandlung ganz Deutschlands als Wirtschaftseinheit zustande käme. Tatsächlich erwies sich der Zusammenschluß der amerikanischen und britischen Zone jedoch als der erste Schritt zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland: Die Bizone entwickelte sich in drei Phasen im Laufe von zweieinhalb Jahren zum Modell des künftigen Weststaats.

Moskauer Außenministerkonferenz

Das offenkundige Unvermögen der Großmächte, sich über die deutsche Frage zu einigen, zeigte sich bei der Außenministerkonferenz in Moskau im Frühjahr 1947. Die Sowjets beharrten wieder auf ihren Reparationsforderungen und verlangten unter anderem die Auflösung der Bizone, die Franzosen wünschten weiterhin die Abtrennung des Ruhr- und des Saargebiets von Deutschland.

Daß der Konferenzbeginn mit der Verkündung der „Truman-Doktrin" (12. März 1947) zusammenfiel, war symptomatisch für das Verhältnis der beiden Weltmächte USA und UdSSR und programmierte das Scheitern der Gespräche. Die im Blick auf die kommunistische Infiltration Griechenlands und der Türkei formulierte Erklärung des amerikanischen Präsidenten, daß Amerika entschlossen sei, „freien" Ländern materielle Hilfe bei einer Bedrohung ihrer Freiheit zu leisten, markierte den Beginn der amerikanischen „Containment-Politik", mit der kommunistische Offensiven „eingedämmt" und Moskau lang-

Foto: Bilderdienst Süddeutscher Verlag

In einer großangelegten Hilfsaktion finanzierten vorwiegend private amerikanische Spender Paketsendungen, die der notleidenden Bevölkerung das Überleben sichern halfen.

Ablehnung des Marshallplans

Schlußerklärung des sowjetischen Außenministers Wjatscheslaw Molotow auf der Pariser Konferenz der Außenminister Frankreichs, Großbritanniens und der Sowjetunion über den Marshallplan am 2. Juli 1947

Die Sowjetunion hat sich mit dem Vorschlag der französischen Delegation vom 1. Juli eingehend befaßt. Wie der vorausgegangene Antrag der britischen Delegation, so stellt auch der französische Entwurf die Aufgabe, ein Wirtschaftsprogramm für ganz Europa aufzustellen, obwohl die meisten europäischen Länder bekanntlich noch keine eigenen staatlichen Wirtschaftsprogramme haben. Zu dem Zweck, ein solches umfassendes europäisches Programm aufzustellen, wird vorgeschlagen, eine besondere Organisation zu schaffen, die den Auftrag erhält, die Hilfsquellen und Erfordernisse der europäischen Staaten zu ermitteln und sogar die Entwicklung der wichtigsten Industriezweige in diesen Ländern festzulegen, um dann erst die Möglichkeit der Gewährung einer amerikanischen Wirtschaftshilfe zu klären.

[...] Aus den Aufgaben, die dieser Organisation oder dem „leitenden Ausschuß" gestellt werden, geht aber ganz klar hervor, daß die europäischen Länder unter Kontrolle gestellte Staaten sein und ihre frühere wirtschaftliche Selbständigkeit und nationale Unabhängigkeit einigen starken Mächten zuliebe einbüßen werden.

[...] Wohin kann das führen?

Heute wird man auf Polen drücken können: Erzeuge mehr Kohle, wenn auch auf Kosten der Einschränkung anderer polnischer Industriezweige, weil gewisse europäische Länder daran interessiert sind; morgen wird man sagen, es sei notwendig, von der Tschechoslowakei eine Erhöhung ihrer landwirtschaftlichen Produktion und eine Einschränkung ihres Maschinenbaus zu verlangen, und wird vorschlagen, die Tschechoslowakei solle Maschinen aus anderen europäischen Ländern beziehen, die ihre Waren zu möglichst hohen Preisen losschlagen möchten. [...]

Die Sowjetregierung [...] kann niemandem dabei behilflich sein, seine Angelegenheiten auf Kosten anderer, auf Kosten minder starker oder kleiner Staaten zu ordnen, da das mit normaler Zusammenarbeit zwischen den Staaten nichts gemein hat. [...] Sie lehnt daher diesen Plan ab, da er völlig unbefriedigend ist und keine positiven Resultate ergeben kann. [...]

Helga Grebing/Peter Pozorski/Rainer Schulze, Die Nachkriegsentwicklung in Westdeutschland 1945–1949, a) Die wirtschaftlichen Grundlagen, Stuttgart 1980, S. 98 ff.

fristig bewogen werden sollte, von seiner unnachgiebigen Status-quo-Politik abzurücken. Die Partnerschaft im Kampf gegen Hitler war der Konfrontation im „Kalten Krieg" gewichen.

Am Ende der gescheiterten Moskauer Konferenz verständigten sich Amerikaner und Briten dahin, die Bizone zu einem lebensfähigen Gebilde auszubauen, das sich selbst versorgen könne. Im Juni 1947 erfolgte die Zusammenfassung der bizonalen Organe in Frankfurt am Main. Als Lenkungsorgan der „Verwaltungen" der Bizone (für Ernährung und Landwirtschaft, Verkehr, Post- und Fernmeldewesen, Finanzen, Wirtschaft) mit jeweils einem Direktor an der Spitze fungierte ein Exekutivrat aus Vertretern der acht Länder der Bizone, und mit dem „Wirtschaftsrat" gab es ein Parlament, dessen 52 Abgeordnete von den Landtagen der Länder gewählt wurden.

Nach einer weiteren Reform (bei der der Wirtschaftsrat auf 104 Abgeordnete vergrößert wurde) war ab Anfang 1948 diese gemeinsame Organisation der beiden Zonen perfekt. Die „Vorform" der Bundesrepublik war entstanden. Lediglich die Bezeichnungen vermieden noch den politischen Anstrich: Die Direktoren der Verwaltungen hießen nicht Minister, der „Oberdirektor" durfte sich nicht „Kanzler" nennen, und die Gesetzgebung des Parlaments unterstand der Genehmigung der amerikanischen und der britischen Militärregierung.

Münchener Ministerpräsidentenkonferenz

Der Zusammenschluß der beiden Zonen zum „Vereinigten Wirtschaftsgebiet" (so der offizielle Name des Gebildes) vertiefte die Kluft zu den beiden anderen Besatzungszonen. Wie weit auseinander man war, zeigte die Münchener Ministerpräsidentenkonferenz, die zum Symbol der deutschen Teilung wurde.

Der bayerische Ministerpräsident Hans Ehard lud am 7. Mai 1947 seine Kollegen aus allen vier Zonen zu Beratungen nach München ein. Als Ergebnis sollten Vorschläge an die Militärregierungen formuliert werden, „um ein weiteres Abgleiten des deutschen Volkes in ein rettungsloses wirtschaftliches und politisches Chaos zu verhindern". Es ging um das ökonomische und soziale Elend (Wohnungsnot, Hunger, Flüchtlingsprobleme), und der Gastgeber erhoffte auch politische Wirkungen im Sinne einer Zusammenarbeit der Länder, der Stärkung künftiger föderalistischer Strukturen. Die Wiederherstellung des deutschen Nationalstaats durch die Vereinigung der vier Besatzungszonen war nicht beabsichtigt, dazu hatten die Ministerpräsidenten weder die Kompetenz noch die politische Macht. Sie waren 1947 eher Befehlsempfänger als Partner der alliierten Militärgouverneure, bei diesen lag die Macht und die Regierungsbefugnis über Deutschland. Die Amerikaner und Briten hatten keine Einwände gegen den Plan der Ministerpräsidentenkonferenz erhoben, der französische Militärgouverneur aber hatte nur unter der Voraussetzung zugestimmt, daß keine politischen Themen sondern lediglich wirtschaftliche Angelegenheiten erörtert würden. Ein so unpolitisches Konferenzprogramm bedeutete aber von vornherein fast zwangsläufig die Ausgrenzung der sowjetischen Besatzungszone, denn deren Vertreter hatten Ende Mai 1947 vorgeschlagen, den Teilnehmerkreis der Konferenz durch Vertreter von Parteien und Gewerkschaften zu erweitern und „in den Mittelpunkt der Tagesordnung die Schaffung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands zu stellen". Überdies wollten sie den Tagungsort nach Berlin verlegt wissen. Dieser von der Sowjetischen Militäradministration inspirierte Wunsch entsprach aber weder den föderalistischen Intentionen des bayerischen Gastgebers noch den Vorstellungen der Franzosen.

Die gesamtdeutsche Begegnung war also im Grunde schon gescheitert, ehe sie begann und ehe – zur Überraschung der Westdeutschen – die fünf Ministerpräsidenten aus der Ostzone am Abend des 5. Juni in München erschienen (Anstelle des erkrankten sächsischen Ministerpräsidenten kam dessen Stellvertreter). Man setzte längst keine Erwartungen mehr in ihr Kommen und mißtraute ihnen, weil man sie für Handlanger der Sowjets hielt.

In stundenlangem Streit um die Tagesordnung kamen sich beide Seiten nicht näher. Das von der westlichen Seite angebotene

Foto: Ullstein Bilderdienst

Plenumssitzung des Außenministerrates während der Konferenz in Paris vom 25. April bis zum 12. Juli 1946 im Palais du Luxembourg.

feierliche Bekenntnis zur deutschen Einheit war der östlichen Delegation zu wenig, sie beharrte auf der sofortigen „Bildung einer deutschen Zentralverwaltung, die selbstverständlich eine Verständigung der demokratischen Parteien und Gewerkschaften zur Schaffung eines deutschen Einheitsstaates mit dezentralisierter Selbstverwaltung beinhalte". Die Vertreter von Brandenburg, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg und Sachsen verließen den Konferenztisch und reisten ab; ihre Kollegen aus den drei Westzonen verfaßten daraufhin ein Pressekommuniqué, in dem sie von einem Theatercoup sprachen und den Länderchefs der Ostzone alle Schuld zuwiesen. Die Ministerpräsidenten der drei Westzonen behandelten am 6. und 7. Juni 1947, wie vorgesehen, in ihrer Konferenz die Themen „Ernährungsnot, Wirtschaftsnot, Flüchtlingsnot".

Rechtfertigungsversuche – auch für die starre Haltung der Westseite – gab es in der Folge reichlich in beiden Lagern, sie bewiesen aber vor allem, daß die Spaltung Deutschlands längst Realität war und daß die Münchener Ministerpräsidentenkonferenz weder das Forum zur Verhinderung noch zur Herbeiführung der deutschen Einheit hätte sein können.

Marshall-Plan

Zum außenpolitischen Konzept Amerikas, das nun eindeutig auf Europa zentriert war, gehörte der im Juni 1947 vom neuen amerikanischen Außenminister George C. Marshall entwickelte Plan eines großzügigen wirtschaftlichen Hilfsprogramms (*European Recovery Program* – vgl. auch S. 38), das auch der Sowjetunion und den Staaten des Ostblocks offeriert

Foto: Ullstein Bilderdienst

Pressefoto der Außenminister der vier Siegermächte bei ihrer Konferenz in Moskau vom 10. März bis zum 24. April 1947 (v. l.) Ernest Bevin (Großbritannien), George C. Marshall (USA), Wjatscheslaw Molotow (UdSSR) und Georges Bidault (Frankreich).

wurde. Moskau lehnte – nicht unerwartet – Anfang Juli 1947 auf der Pariser Marshall-Plan-Konferenz die ERP-Hilfe ab und verbot auch den Ländern seines Einflußgebiets (einschließlich der Tschechoslowakei) die Annahme. Andererseits ordnete sich jetzt Frankreich, das dringend auf die amerikanische Hilfe angewiesen war, in die westliche Phalanx ein und ließ die Bereitschaft zu einer konstruktiveren Deutschlandpolitik erkennen.

Die Hoffnungen, die in Deutschland an das fünfte Treffen der Außenminister in London (25. November bis 15. Dezember 1947) geknüpft wurden, waren unter diesen Umständen von vornherein ziemlich aussichtslos gewesen. Die Konferenz war kaum mehr als ein Schlagabtausch, bei dem Molotow den Amerikanern und Briten vorwarf, sie wollten Deutschland mit Hilfe des Marshall-Plans wirtschaftlich versklaven und politisch spalten; die Außenminister Amerikas und Großbritanniens machten dagegen auf die Vorläufigkeit der Grenzen im Osten Deutschlands, insbesondere auf das Provisorium der „polnischen Verwaltung" der deutschen Ostgebiete, aufmerksam. Am Ende der ergebnislos abgebrochenen Konferenz war man gründlich zerstritten und nur darüber einer Meinung, daß die Fortsetzung der in Potsdam beschlossenen Außenminister-Konferenzen vorläufig zwecklos sei.

Wirtschaftsentwicklung von 1945 bis 1949

Wolfgang Benz

Kaum eine Operation der Alliierten stieß auf so viel Unverständnis und Erbitterung bei den Deutschen wie der Potsdamer Beschluß, die Industriekapazität der deutschen Wirtschaft planmäßig zu verringern. Die Demontage von Industriebetrieben sollte zum einen der ökonomischen Entmilitarisierung durch den Abbau von Schwerindustrie dienen, zum anderen waren die Fabrikationsanlagen Reparationsgüter, die den von Deutschland im Krieg geschädigten Volkswirtschaften zugute kommen sollten. In der französischen und der sowjetischen Zone wurde der Abbau von Industrie- und Verkehrsanlagen exzessiv betrieben, auch Ressourcen wie Bodenschätze und Wälder fielen den Entschädigungsansprüchen zum Opfer. Diese Demontagen gerieten jedoch in einen zunehmenden Widerspruch zu den Anstrengungen auf Produktivitätssteigerung in der amerikanischen und der britischen Zone, die den Deutschen durch den Export von Industriegütern (und Kohle) allmählich wieder die Selbstversorgung ermöglichen sollten.

In langwierigen Verhandlungen bemühte sich der Alliierte Kontrollrat, die Grenzen der künftig erlaubten Industriekapazität zu ziehen und die Quoten festzulegen, die in Zukunft produziert werden durften. Um die Stahlerzeugung wurde besonders gestritten, bis ihr Leistungsumfang auf 39 Prozent der Vorkriegsproduktion festgesetzt wurde. Erzeugnisse der chemischen Industrie waren auf 40 Prozent, Leichtmetalle auf 54 Prozent, Werkzeugmaschinen auf elf Prozent der Vorkriegsproduktion begrenzt.

Das Ergebnis der Verhandlungen im Kontrollrat wurde am 26. März 1946 in Gestalt des Industrieniveau-Plans festgeschrieben. Damit war bestimmt, welchen Umfang die deutsche Nachkriegswirtschaft haben durfte und welches Ausmaß der Kapazitätsabbau zugunsten der Reparationslieferungen haben würde. Im Anschluß wurde eine Liste der zu demontierenden Betriebe veröffentlicht.

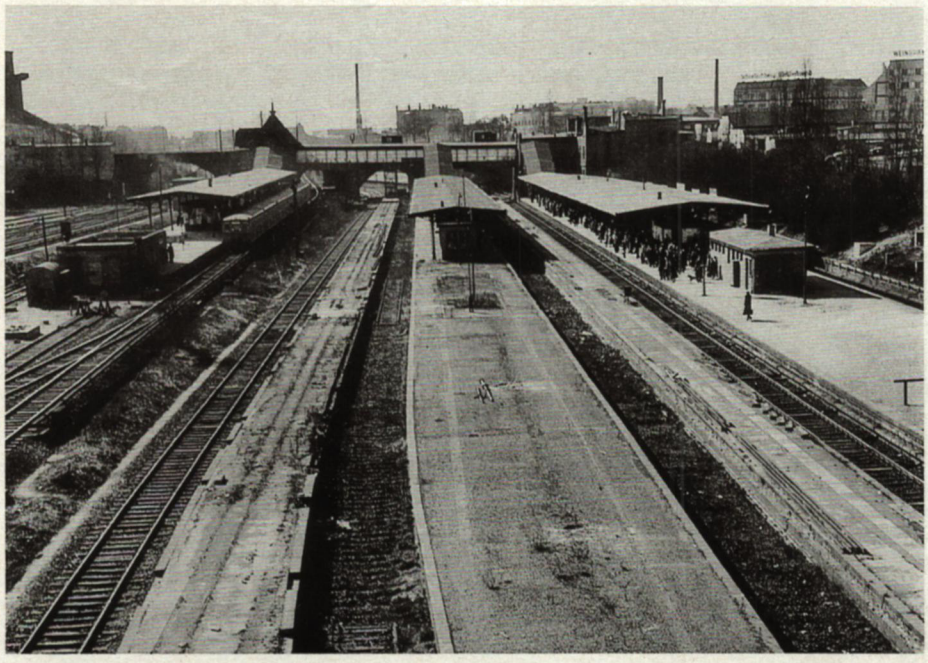


Foto:Ullstein Bilderdienst

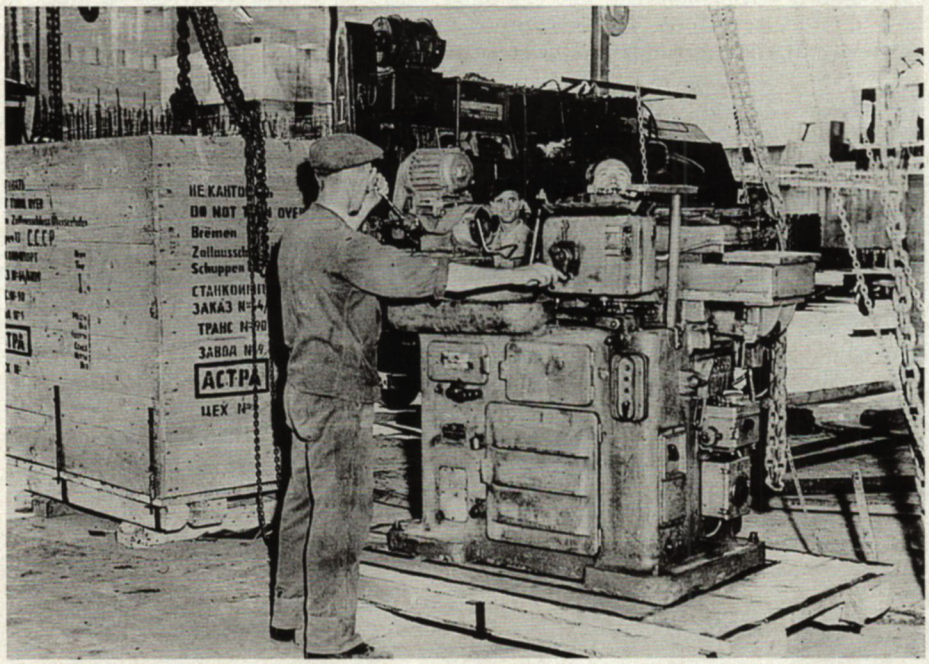


Foto: Ullstein Bilderdienst

Foto: Bilderdienst Süddeutscher Verlag

Als Grundsatz galt die Aufrechterhaltung eines mittleren Lebensstandards in Deutschland, der den durchschnittlichen Lebensstandard in Europa (ausgenommen Großbritannien und Sowjetunion) nicht übersteigen durfte, und nach der Zahlung der Reparationen sollte Deutschland sich selbst erhalten können. Nicht nur wegen des Selbstbedienungsverfahrens, das schon vor der Verabschiedung des Industrieplans in allen Zonen begonnen hatte und namentlich im Osten und Südwesten Deutschlands fortgesetzt wurde, war der Plan freilich bald Makulatur. Außer der Sowjetunion und Polen gab es 18 Staaten mit Reparationsansprüchen an Deutschland, die aus den Westzonen befriedigt wurden. Auf der Pariser Reparationskonferenz (9. November bis 21. Dezember 1945) wurden die Quoten festgelegt, die auf die einzelnen Staaten entfielen und deren Verteilung ab 1946 die Interalliierte Reparationsagentur in Brüssel vornahm.

Demontagen und Reparationen

In der sowjetischen Zone wurden nicht nur, unmittelbar nach Kriegsende beginnend, Fabrikanlagen, Eisenbahngleise, Transporteinrichtungen demontiert und abtransportiert. Es gab auch eine zweite Art der Demontage in Form einer Enteignung und Umwandlung von Betrieben zu „Sowjetischen Aktiengesellschaften" (SAG), die an Ort und Stelle unter sowjetischer Regie weiterproduzierten. Etwa 200 Unternehmen, die 20 Prozent der Industrieproduktion der SBZ erzeugten, wurden 1947 in diese neue Rechtsform überführt, darunter das Bunawerk bei Merseburg und das Leunawerk. Die SAG gingen ab 1953 durch Kauf in den Besitz der DDR über. Die mit über 100 000 Beschäftigten größte SAG, die Wismut AG, die in Sachsen und Thüringen Uran abbaute, blieb mit Sonderstatus bis zum Ende der DDR gemeinsamer Besitz der DDR und der Sowjetunion. Die SAG produzierten nicht ausschließlich für die Besatzungsmacht. 30 Prozent der Erzeugung gingen auf ein Reparationskonto, ein Drittel stand dem Binnenmarkt zur Verfügung, ein Drittel ging in den Export.

Die eigentliche Demontage betraf bis Ende 1946 über 1000 Betriebe, vor allem der eisenschaffenden, chemischen und optischen Industrie, des Maschinenbaus und

Demontagen und Reparationen betrafen die deutsche Wirtschaft in der ersten Nachkriegszeit und empörten die Bevölkerung. Bei der Reichsbahn in Berlin (hier am Bahnhof Gesundbrunnen) wurde der zweite Gleisstrang demontiert, in Schweinfurt wurden Maschinen abtransportiert und in Salzgitter wie in anderen Städten wurde gegen dieses Vorgehen der Besatzungsmächte demonstriert.

der Energieerzeugung. Dazu kamen die Entnahmen aus der laufenden Produktion. Die Höhe der Reparationsleistungen, die die Sowjetunion ihrer Besatzungszone bzw. der DDR bis 1952 entnahm, ist unbekannt. Geschätzt werden bis zu 66 Milliarden Mark. Unstrittig ist, daß die in Jalta geforderte Summe von zehn Milliarden Dollar zugunsten der Sowjetunion durch die sowjetische Besatzungszone mehr als aufgebracht wurde.

Hinzurechnen müßte man auch die Arbeitsleistung, die von deutschen Kriegsgefangenen beim Wiederaufbau in der Sowjetunion und in Frankreich erbracht wurde. Kriegsgefangenenarbeit war in der Nachkriegswirtschaft dieser beiden Länder ein beachtlicher Faktor. Von den über elf Millionen deutschen Soldaten befanden sich etwa 7,7 Millionen im Gewahrsam der Westmächte, insbesondere der USA, etwa 3,2 Millionen in sowjetischer Kriegsgefangenschaft. Während Amerikaner und Briten unmittelbar nach Kriegsende begannen, ihre Gefangenen zu entlassen, behielt die Sowjetunion, weil ihre Arbeitskraft gebraucht wurde, deutsche Kriegsgefangene noch jahrelang in sibirischen Lagern zurück. Ähnlich verhielten sich zunächst die Franzosen, die sogar noch „Kriegsgefangene" machten, als der Krieg zu Ende war. Aus Stuttgart wird zum Beispiel der Fall berichtet, daß ein Konvoi deutscher Soldaten, die von den Amerikanern entlassen werden sollten, im Moment der Entlassung zu französischen Kriegsgefangenen erklärt und in die andere Richtung abtransportiert wurden.

Den Amerikanern lag am Sachverstand deutscher Wissenschaftler und technischer Spezialisten, die sie zwischen 1945 und 1950 in die USA verbrachten. Die amerikanische Raketentechnik profitierte am sichtbarsten davon.

Wäre der Industrieplan vom März 1946 realisiert worden, hätte das die Beseitigung von 1800 Fabriken bedeutet sowie – entsprechend den Quotenfestlegungen für die einzelnen Produktionszweige – die Reduzierung der gesamten Produktionsmöglichkeiten auf den Stand des Krisenjahres 1932. Die spektakulären Demontagen, etwa der „Reichswerke Hermann Göring" in Salzgitter, die bis in die fünfziger Jahre andauerten, wurden auf deutscher Seite mit Erbitterung als mutwillige Vernichtung von Arbeitsplätzen in einer Zeit wirtschaftlicher Not begriffen, gegen die die Arbeiter mit Parolen wie „Vernunft statt Gewalt" und „Wir wollen keine Bettler sein ... laßt uns unsere Arbeitsstätte" demonstrierten.

Im August 1947 wurde ein revidierter Industrieplan für die Bizone veröffentlicht; er lockerte manche Produktionsbehinderungen, aber er zog immer noch nicht die Konsequenzen aus der ökonomischen Lage Deutschlands: Wenn das Land sich nicht durch den Export von Industriegütern ernähren konnte, blieb es auf Hilfe

Umsetzung des Marshall-Plans

[...] Als man untersucht habe, welche Dinge Europa nach dem Zweiten Weltkrieg benötigte, sei klar geworden, „daß die sichtbare Verwüstung wohl weniger gravierend ist als die Tatsache, daß das gesamte Gefüge der europäischen Wirtschaft zerrissen wurde". In seiner Rede an der Harvard-Universität am 5. Juni 1947 leitete der damalige US-Außenminister, Fünf-Sterne-General und spätere Friedensnobelpreisträger, George Marshall, aus dieser Erkenntnis eine Strategie ab, für die heute der Begriff Hilfe zur Selbsthilfe gilt: Bevor die USA ihre Kassen öffneten, so Marshall, müßten sich die Europäer gemeinsam „darüber einigen, welcher Bedarf konkret besteht und welche Initiativen sie selbst ergreifen wollen. Es wäre weder angemessen noch nutzbringend, wenn die USA einseitig ein Programm zum wirtschaftlichen Wiederaufbau entwürfen. Das ist die Sache der Europäer."

Die Hilfe der Amerikaner war jedoch mit klaren politischen Auflagen verbunden. Der Marburger Historiker Gerd Hardach beschreibt das Strukturanpassungsprogramm: Westeuropa sollte seine Staatshaushalte sanieren, feste Wechselkurse einführen, sich ökonomisch zusammenschließen und zugleich zum Weltmarkt öffnen. Das Geld des Marshall-Plans habe „als Anreiz gedient, um die zögernden Regierungen auf den Pfad der Integration zu bringen", und es sollte auch „die Währungsrisiken auffangen, die mit der Liberalisierung des Handels und des Zahlungsverkehrs verbunden waren". Die USA gewährten 16 Staaten des alten Kontinents zwischen 1948 und 1952 knapp 14 Milliarden Dollar. In heutiger Kaufkraft gerechnet entspricht dies etwa 80 Milliarden Dollar. Rund ein Viertel ging davon an Großbritannien, ein Fünftel an Frankreich. Nach Italien war Westdeutschland mit zehn Prozent des Gesamtvolumens viertgrößter Empfänger – sollte aber als einziger das Geld später zurückzahlen. [...]

Die Amerikaner hatten für den Plan anfangs beträchtliche Lasten zu tragen: 1949 kostete sie der Beistand für Europa 2,5 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts. [...] Seinerzeit waren die Abgeordneten des Capitols zunächst wenig erbaut über die Regierungspläne inbesondere für den ehemaligen Kriegsgegner Deutschland. Noch im März 1946 hatten die Alliierten eine andere Strategie verfolgt: Die deutsche Industrieproduktion sollte auf höchstens 75 Prozent des Standes von 1936 beschränkt bleiben, 1800 Betriebe demontiert werden. Zwischen diesem Zeitpunkt und der Rede Marshalls lag der Streit der Westmächte mit der UdSSR über den künftigen Status Deutschlands sowie der Vormarsch der Kommunisten in Ost- und Südeuropa.

Marshalls Stabschef George Kennan hatte in einer Studie den ökonomischen Zusammenbruch des alten Kontinents an die Wand gemalt. Das wäre nicht nur für die Exporte der US-Wirtschaft katastrophal, meinte Kennan, sondern berge auch die Gefahr, daß die Kommunisten die Krise ausnutzten. [...] Durch finanzielle Hilfe sollten „alle freien Völker" bei der Herstellung geordneter politischer Verhältnisse unterstützt werden. Nun, da es darum ging, dem Vordringen des Kommunismus Einhalt zu gebieten, mochte auch der sparsame Kongreß nicht mehr Nein sagen.

Das European Recovery Program trat im April 1948 in Kraft. Auf europäischer Seite lag seine Umsetzung in Händen der neugeschaffenen *Organization for European Economic Cooperation (OEEC);* Vorläuferin der heutigen OECD. Diese koordinierte zugleich die Öffnung der Grenzen auf dem Kontinent und schuf damit die Voraussetzungen für die folgende Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG).

Einen Schlußstrich unter diese erste Phase zogen Europäer und Amerikaner im Jahr 1953. Bis dahin hatten sich die deutschen Verbindlichkeiten aus dem GARIOA- (*Government Aid and Relief in Occupied Areas – Anm. d. Red.)* und dem Marshall-Programm auf rund drei Milliarden Dollar summiert. Auf der Londoner Schuldenkonferenz wurden Deutschland zwei Drittel dieses Betrags erlassen – Vorbild für viele Entwicklungspolitiker zur Lösung der heutigen Dritte-Welt-Schuldenkrise. Das restliche Drittel zahlte die Bundesregierung bis 1966 zurück. Zinsen und Tilgungen der von den Betrieben in Anspruch genommenen Kredite flossen jedoch weiterhin voll in das ERP-Sondervermögen. [...]

Durch den revolvierenden Einsatz des Kapitals [...] kamen seither stolze Summen zustande. Zwischen 1950 und 1996 gingen aus dem von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und der Deutschen Ausgleichsbank verwalteten ERP-Topf 100 Milliarden Mark an Unternehmen in Westdeutschland. Mit weiteren 53 Milliarden wurde seit 1990 die ostdeutsche Wirtschaft gefördert. Gleichzeitig schwoll das Vermögen selbst auf inzwischen 23 Milliarden Mark an. [...]

Verteilten Kreditanstalt und Ausgleichsbank zunächst die Gelder mit der Gießkanne, wobei allein die Größe des Empfängers (maximal 100 Millionen Mark Umsatz) als Kriterium diente, wurde der Verwendungszweck später differenziert. Heute (1996 – *Anm. d. Red.*) laufen zehn verschiedene Fördertöpfe unter dem ERP-Dach – von der Eigenkapital- und Ausbildungsplatzhilfe bis zum Energiesparprogramm. [...]

Roland Bunzenthal, 50 Jahre Marshall-Plan – Mythos und Motor der Marktwirtschaft, in: Frankfurter Rundschau vom 31. Mai 1997.

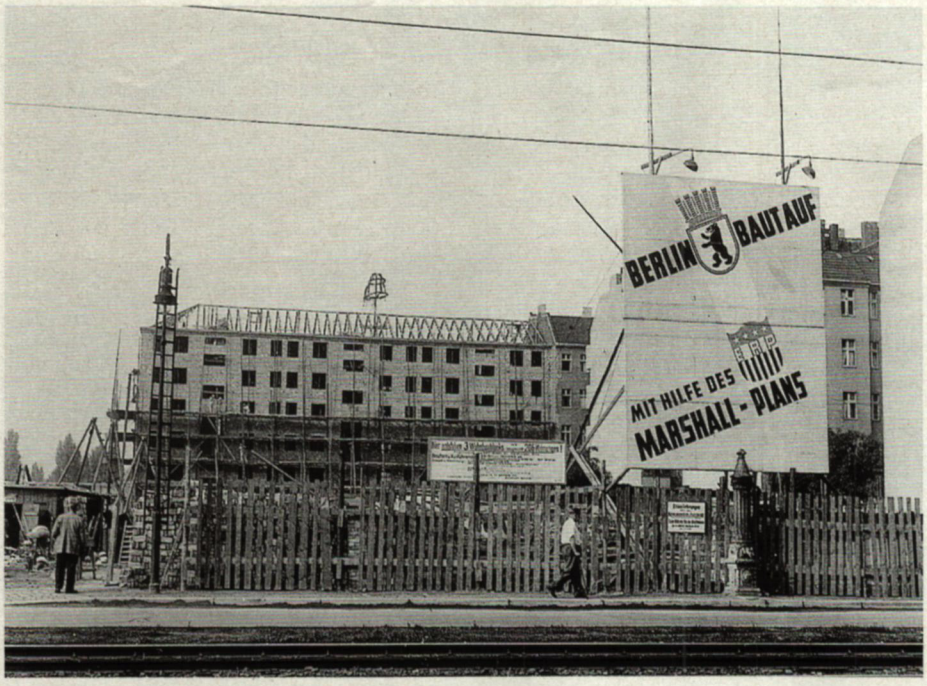


Foto: Landesbildstelle Berlin

Die Marshall-Plan-Kredite ermöglichten die wirtschaftliche Selbsthilfe. Richtfest eines mit ERP-Geldern errichteten Wohnhauses in Berlin-Wedding, Anfang 1950.

von außen angewiesen. Die endgültige Demontageliste vom Oktober 1947 umfaßte 682 Betriebe, von denen 496 in der britischen und 166 in der amerikanischen Zone lagen. Für die französische Zone wurde im November eine Liste mit 236 deutschen Werken bekanntgegeben. Trotz weiterer Erleichterungen in den folgenden Jahren wurden die Demontagen in den Westzonen teilweise bis 1951 fortgesetzt.

Die unmittelbare Folgewirkung der Demontagen lag für die Deutschen eher im Bereich des Psychologischen, in einem Gefühl der Hoffnungslosigkeit. Für die Volkswirtschaft hatte die Vernichtung der Industriekapazitäten dagegen kurzfristig kaum Auswirkungen. Der Mangel an Rohstoffen und das zusammengebrochene Verkehrs- und Transportsystem hätten in den ersten Nachkriegsjahren die Ausnutzung der vorhandenen Kapazitäten gar nicht erlaubt. Außerdem hatten die Alliierten das deutsche Industriepotential bei weitem unterschätzt. Das Ausmaß der Kriegszerstörungen war nämlich geringer, die Kapazitäten waren hingegen in viel höherem Ausmaß während des Krieges erweitert worden, als die alliierten Planer angenommen hatten.

Für die Empfänger waren die demontierten Industrieanlagen oft wertlos: Entweder waren sie unsachgemäß abgebaut und abtransportiert worden, oder die inzwischen veralteten Fabriken arbeiteten unrentabel. In Westdeutschland konnten dagegen schon ab 1949 die demontierten Anlagen durch moderne und rationell arbeitende Werke ersetzt werden – nicht zuletzt mit amerikanischer Hilfe. Eines der Geheimnisse des „Wirtschaftswunders" der fünfziger Jahre lag also in der ökonomisch sinnlosen Demontagepolitik der Alliierten und im durch ihre Hilfe ermöglichten modernisierten Wiederaufbau.

Hilfsprogramme für Europa

Aber noch während deutsche Fabrikanlagen zerlegt und abtransportiert wurden, vollzog sich in Amerika endgültig die Wende zu einer neuen Deutschlandpolitik. In einer berühmt gewordenen Rede propagierte der amerikanische Außenminister George C. Marshall im Juni 1947 vor Studenten der Harvard-Universität ein umfassendes Hilfsprogramm für Europa, das im folgenden Jahr in die Tat umgesetzt wurde.

Weniger Nächstenliebe als Einsicht in ökonomische Notwendigkeiten und in eine langfristige politische und wirtschaftliche Strategie hatten Amerikas Politiker zu der Hilfsaktion des *European Recovery Program* (*ERP*)– wie die offizielle Bezeichnung des Marshall-Plans lautete – bewogen. An die Stelle punktueller Unterstützungsmaßnahmen trat nun die Strategie, durch Kredite die Volkswirtschaften Westeuropas zu eigener Güterproduktion zu befähigen. Gleichzeitig wurden die Empfänger gezwungen, ihre Volkswirtschaften aufeinander abzustimmen. Damit sollten ein für allemal die Kriegsfolgen überwunden werden. Der Marshall-Plan bezweckte auch die Abwehr kommunistischer Einflüsse auf die notleidende Bevölkerung Europas durch wirtschaftliche Immunisierung; Ziel war ebenso die langfristige Sicherung von Absatzmärkten für die amerikanische Wirtschaft. Die amerikanischen Politiker erwiesen sich insofern als gute Kaufleute, als sie zunächst hohe Investitionen und Verluste nicht scheuten, und sie vertrauten auf die Überlegenheit des kapitalistischen Systems.

Mit Hilfe der amerikanischen Devisen konnten Rohstoffe importiert werden. Die Teilnahme am Marshall-Plan war auch – noch vor der Gründung der Bundesrepublik – der erste Schritt zur Integration Westdeutschlands in das westliche Wirtschaftssystem. Zusammen mit den schon früher gewährten Unterstützungen zur Überwindung der unmittelbaren Not flossen bis 1952, dem Ende der ERP-Ära, rund drei Milliarden Dollar nach Westdeutschland. Ohne diese Hilfe hätte das deutsche „Wirtschaftswunder" zum mindesten länger auf sich warten lassen. Selbst unter Berücksichtigung der amerikanischen Eigeninteressen muß man die wirtschaftliche Hilfe des Marshall-Planes sehr hoch einschätzen.

Die Einladung an Deutschland zur Teilnahme am Marshall-Plan, dem European Recovery Program (ERP), bedeutete für die Westzonen die Chance zur wirtschaftlichen Erholung. Daß sich die sowjetische Besatzungszone, ebenso wie die Tschechoslowakei, auf Druck Moskaus nicht beteiligen durfte, hatte schwerwiegende Folgen: Sie wurde aus dem Wirtschaftssystem der Westzonen endgültig ausgegrenzt.

Die Neuordnung der Währung war Voraussetzung der wirtschaftlichen Sanierung. Sie mußte nicht nur die Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen Geldmenge und Volksvermögen erreichen, eine Entscheidung über das Schicksal der deutschen Währung war kaum möglich ohne eine Entscheidung über die künftige Wirtschaftsordnung. Für die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands mußte eine Währungsreform ebenfalls Konse-

Zusammensetzung der ERP*-Einfuhren nach Westdeutschland (in Mio. Dollar)

	Nahrungsmittel, Futtermittel, Saaten	Industrielle Rohstoffe	Maschinen und Fahrzeuge	Frachten
1948/49	213	135	8	32
1949/50	175	212	9	29
1950/51	196	240	13	31
1951/52	76	100	8	26
1952/53	24	38	2	4
Zusammen	684	725	36	122

*Bundesminister für den Marshallplan (Hg.), Wiederaufbau im Zeichen des Marshallplans, Bonn 1953, S. 23. – *European recovery program.*

quenzen haben; denn eine Sanierung, die nicht gleichzeitig und gleichförmig in allen Besatzungszonen durchgeführt wurde, mußte zwangsläufig die Spaltung der verschiedenen Wirtschaftsgebiete vertiefen und möglicherweise zu konkurrierenden Staatsgebilden führen.

Währungsreform

Der Keller der früheren Frankfurter Reichsbankhauptstelle barg im Frühjahr 1948 eines der bestgehüteten Geheimnisse der drei Westzonen. In stählernen Kisten wurde dort das neue Geld bis zum streng geheimen Tag X, an dem die Währungsreform in Kraft treten sollte, versteckt. Gedruckt waren die Geldzeichen in den USA, ab November 1947 wurden sie nach Deutschland transportiert. Vom 11. bis 15. Juni 1948 wurden sie dann – militärisch bewacht und unter größer Geheimhaltung – von Frankfurt am Main aus mit Lastwagen zu den elf Landeszentralbanken der drei Westzonen gebracht.

Die Notwendigkeit und Dringlichkeit einer Währungsreform wurde von den Siegern ganz unterschiedlich beurteilt. Am wenigsten Interesse hatte die Sowjetische Militäradministration, weil sie gleich nach der Besetzung in ihrer Zone durch Stillegen der Bankkonten das Problem der Überliquidität in den Griff bekommen hatte. Jedoch auch die Briten und Franzosen sahen das Währungsproblem nicht als vordringlich an, weil zu Beginn der Besatzungszeit die ökonomische Gesundung Deutschlands keineswegs in ihrem Katalog der Prioritäten stand.

Alleingang der Westmächte

Bis zum Januar 1948 wurde auf Außenminister- und Kontrollratsebene noch über eine vierzonale Währungsreform verhandelt. Als sich die Alliierten schließlich über den Notendruck und andere Details einig waren, scheiterte die Verständigung daran, daß die Sowjetische Besatzungsmacht eine deutsche Zentralbank und eine zentrale Finanzverwaltung für alle vier Zonen forderte. Das wollten die Amerikaner angesichts der unterschiedlichen Entwicklung der Wirtschaftssysteme nicht mehr konzedieren. Die Entscheidung war tatsächlich im Herbst 1947, als die Amerikaner in New York und Washington das neue Geld zu drucken begannen, schon gefallen, und zwar zugunsten einer Währungsreform nur auf dem Territorium, das die drei Westmächte kontrollierten. Definitiv entschlossen sich die Westmächte unter Führung der USA im März 1948, die sowjetische Besatzungszone nicht mehr in gemeinsame Währungsreformpläne einzubeziehen. Dadurch, daß die sowjetischen Vertreter am 20. März 1948 durch ihren demonstrativen Auszug aus dem Alliierten Kontrollrat dieses Instrument der gemeinsamen Verantwortung der Sieger über Deutschland funktionslos machten, ersparten sie den Amerikanern die Peinlichkeit der Erklärung, daß die westliche Seite an einer einvernehmlichen Lösung nicht mehr interessiert war, weil sie in Anbetracht der faktischen Teilung Deutschlands – im Frühjahr 1948 – die Weststaatsgründung mit allen Kräften vorantrieb.

Der amerikanische und der britische Militärgouverneur hatten sich im Oktober 1947 über die Struktur einer Zentralbank für die Bizone geeinigt. Nachdem die französische Militärregierung ebenfalls zugestimmt hatte, konnte am 1. März 1948 die „Bank deutscher Länder" als Zentralbank für die drei Westzonen errichtet werden. Als Vorgängerin der Deutschen Bundesbank wurde sie zwar von den Alliierten gegründet, sie war aber die erste trizonale deutsche Institution und eine wesentliche Voraussetzung zur Durchführung der Währungsreform.

Vorbereitungen

Auf deutscher Seite beschäftigte sich ein Expertengremium in Bad Homburg seit Oktober 1947 mit Plänen zur Geldreform. Diese „Sonderstelle Geld und Kredit" war vom Wirtschaftsrat, dem Parlament der Bizone in Frankfurt, ins Leben gerufen worden. Als Ergebnis wurde im April 1948 der „Homburger Plan" zur Neuordnung des Geldwesens präsentiert.

Aber die Konzepte der Militärregierungen waren längst fertig, sie waren radikaler und vor allem konsequenter in der Liquidierung der Reichsschuld. Die Überlegungen der Westmächte basierten auf dem Cohn-Goldsmith-Dodge-Plan, den drei amerikanische Experten bereits 1946 ausgearbeitet hatten. Die Quintessenz dieses Plans bestand im Abwertungsverhältnis zehn zu eins und in der Koppelung des Geldschnitts mit einem Lastenausgleich, der Gerechtigkeit zwischen Sachwertbesitzern und den durch Krieg, Flucht und Vertreibung Verarmten schaffen sollte. Der Lastenausgleich sollte durch Zwangshypotheken und Kapitalabgaben derjenigen in Gang gesetzt und finanziert werden, die heil, das heißt ohne Verlust von Haus, Hof und anderem Sachbesitz, davongekommen waren.

Zur Unterstützung der amerikanischen, britischen und französischen Sachverständigen wurden ab April 1948 auch deutsche Experten herangezogen. Etwa fünfundzwanzig Personen an der Zahl wurden sie wie Gefangene in einem Omnibus, dessen Scheiben undurchsichtig waren, an einen von der Umwelt völlig abgeschiedenen Ort gebracht. Dort blieben sie bis Anfang Juni in Klausur (bei guter Verpflegung, aber ohne Kontakt zur Außenwelt), leisteten Formulierungshilfe bei Gesetzestexten, Verordnungen und Durchführungsbestimmungen und übersetzten die notwendigen Texte, Fragebogen und Formulare ins Deutsche. Im „Konklave von Rothwesten", wie die Veranstaltung später genannt wurde, als die Beteiligten erfuhren, daß sie in der Nähe Kassels auf einem trübseligen Kasernengelände untergebracht gewesen waren, bestimmte ein junger amerikanischer Leutnant, Edward Tenenbaum, den Gang der Dinge. Nominell war er nur Assistent des Finanzberaters der US-Militärregierung, tatsächlich war er der überragende Kopf, der die amerikanischen Währungspläne zielstrebig und erfolgreich gegen deutsche (und britische oder französische) Widerstände durchsetzte.

Die deutschen Fachleute versuchten mehrfach, auch protestierend, ihre Vorstellungen zur Geltung zu bringen. Die Erfolglosigkeit dieser Bemühungen veranlaßte sie am 8. Juni 1948, dem Tag der Auflösung

Foto: Bilderdienst Süddeutscher Verlag

Umtauschstelle in Hamburg am 20. Juni 1948. Die Deutschen erhielten zunächst pro Kopf 40 neue D-Mark. Weitere 20 D-Mark gab es im August 1948.

Foto: Landesbildstelle Berlin

Bei der improvisierten Währungsreform in der Ostzone wurden die alten Geldscheine – da neue Banknoten nicht vorhanden waren – einfach mit den neuen Nennwerten überklebt.

des Konklaves, zu einer Resolution, in der sie die Verantwortung für die getroffenen Entscheidungen klarstellten.

Angesichts der Tatsache, daß sich die Währungsreform – auch im internationalen Vergleich gesehen – als außerordentlich geglückt erwies und ihr Erfolg zur Legende und als Leistung der Deutschen gefeiert wurde, ist die Resolution der „deutschen Sachverständigenkommission für die Geldreform" im nachhinein nicht ohne Reiz zu lesen. Die deutschen Experten baten nämlich anläßlich der offiziellen Verkündung der Währungsreform durch die Militärregierungen um die Verlautbarung folgender Sätze: „Die drei Besatzungsmächte tragen für die Grundsätze und Methoden der Geldreform in ihren Zonen die alleinige Verantwortung. Deutsche Sachverständige wurden auf Wunsch der Militärregierung und der deutschen politischen Stellen hinzugezogen, doch konnte ihre Arbeit im Ergebnis fast nur in technischer Hinsicht zur Geltung kommen. Alle sachlich wesentlichen Gegenvorschläge der deutschen Sachverständigen mußten ... abgelehnt werden, da die Militärregierungen die Verantwortung für deren Verwirklichung nicht glaubten übernehmen zu können."

Durchführung

Am Abend des 18. Juni 1948 erfuhr die deutsche Öffentlichkeit die Einzelheiten der Reform. Mit dem Verfall der Reichsmark am 20. Juni 1948 waren alle Schulden des Reiches erloschen. Private Verbindlichkeiten und alle Bank- und Sparguthaben wurden im Verhältnis zehn zu eins abgewertet. Als „Kopfquote" waren sechzig Deutsche Mark in bar für jeden Einwohner der drei Westzonen – Neugeborene eingeschlossen – vorgesehen, und zwar im Umtausch gegen sechzig Reichsmark. Vierzig D-Mark wurden sofort, also am 20. Juni 1948, gegen Vorzeigen der Kennkarte und Lebensmittelkarte und Ablieferung von sechzig Reichsmark ausbezahlt. Die restlichen zwanzig D-Mark sollten innerhalb der nächsten vier Wochen ausbezahlt werden, tatsächlich wurden sie aber erst im August freigegeben, um den Markt nicht durch zu starke Kaufkraft zu belasten. Das Kleingeld blieb, auf ein Zehntel seines Nennwerts herabgesetzt, im Umlauf: Alte Einmarkscheine galten wie Zehnpfennigstücke und alte Groschen vertraten die neuen Pfennige. Neues Münzgeld blieb noch lange Mangelware.

Rein rechnerisch ergab sich nach der Umstellung der Bankguthaben und der anmeldepflichtigen Altgeldbestände eine Umtauschrelation von hundert Reichsmark zu sechs D-Mark und fünfzig Pfennigen. Das wußte man freilich erst nach Abschluß aller Prozeduren, da die Bearbeitung der Fragebogen, auf denen alle Vermögenswerte angegeben werden mußten, viel Zeit in Anspruch nahm. Wer mehr als fünftausend Reichsmark anmeldete, brauchte eine Unbedenklichkeitsbescheinigung vom Finanzamt, und dazu wurden Steuererklärungen und Einkommensnachweise durchleuchtet. Manche Schwarzhändler und Schieber zogen es damals vor, ihr altes Geld, dessen Herkunft zu deklarieren peinliche Folgen gehabt hätte, bündelweise zu vernichten. Wer zum Beispiel tausend Reichsmark auf der Bank hatte, erhielt ohne weiteres fünfzig D-Mark, die auf ein Sperrkonto kamen. Die Entscheidung darüber, ob dieses Geld freigegeben würde, blieb zunächst offen. Zur Enttäuschung der Kontoinhaber wurden siebzig Prozent der gesperrten Guthaben schließlich gestrichen, so daß – um auf das Beispiel zurückzukommen – von tausend Reichsmark am Ende nur noch fünfundsechzig D-Mark übrigblieben.

Das Datum des „Tages X" war so lang wie möglich auch vor den deutschen Politikern geheimgehalten worden. Trotzdem wurde, weil alle ahnten, was bevorstand, in den Tagen vor dem 20. Juni in den Läden nichts mehr angeboten. Während die Geschäftsleute ihre Waren horteten, versuchte jeder, für seine wertlosen Reichsmark noch irgend etwas zu erhandeln. Nach dem 20. Juni 1948 änderte sich die Situation schlagartig. Die Lager wurden geöffnet, die Schaufenster waren gefüllt. Die Preise stiegen. Der Schwarze Markt brach zusammen.

Die Währungsreform begünstigte einseitig die Besitzer von Sachwerten und kam einer weitgehenden Enteignung der Geldwertbesitzer gleich, weil das Eigentum an Grund und Boden, an Produktionsmitteln und Waren von der Neuordnung unberührt blieb. Trotz der Beteuerungen aller Parteien, daß ein gerechter Lastenausgleich zu den dringlichsten Aufgaben gehöre, dauerte es aber noch Jahre, bis die ärgsten Härten durch entsprechende Ge-

Foto: Ullstein Bilderdienst

Am 2. März 1948 wählt das Parlament der Bizone, der Wirtschaftsrat, die Direktoren (Minister) der Verwaltungen (Fachressorts). (2. v. l.) Ludwig Erhard (Wirtschaft).

setze gemildert wurden. Zur gleichmäßigen Verteilung von Kriegs- und Kriegsfolgelasten und zur Linderung sozialer Härten trat im September 1952 in der Bundesrepublik Deutschland das Lastenausgleichsgesetz in Kraft, das vor allem durch Abgaben auf Grund- und Immobilienbesitz Aufbaudarlehen für Ausgebombte, Siedlungshilfe für Flüchtlinge, Investitionshilfen zur Existenzgründung ermöglichte (vgl. auch „Informationen zur politischen Bildung" Nr. 256 „Deutschland in den fünfziger Jahren").

In der sowjetischen Zone gab es drei Tage später eine eigene Währungsreform: Sie war improvisiert als Reaktion auf den Westen. Da neue Banknoten in der SBZ nicht zur Verfügung standen, wurden die alten Reichsmark-Scheine mit Coupons überklebt. Im Volksmund hieß das Geld deshalb „Tapetenmark". Die Währungsreform war in der Ostzone, da die dortige Besatzungsmacht schon 1945 Sparguthaben stillgelegt und damit etwa siebzig Milliarden Reichsmark aus dem Verkehr gezogen hatte, weniger dringlich gewesen. Sie machte aber die Spaltung Deutschlands um so deutlicher und endgültig sichtbar. Denn gleichzeitig mit der Währungsreform waren in der Bizone auch die Weichen für eine andere Wirtschaftsordnung gestellt worden.

Start in die Marktwirtschaft

Während in der sowjetischen Zone die Aufgabe der Zentralverwaltungswirtschaft mit staatlich gelenkten Produktionsplänen, Preisen und Löhnen gar nicht zur Debatte stand, bekannte sich die Bizone zur wettbewerbsorientierten Marktwirtschaft. Das erschien 1948 als atemberaubendes Experiment, das von vielen mit Argwohn und Skepsis beobachtet wurde. Verantwortlich für den kühnen Schritt war Ludwig Erhard, der im März 1948 auf Vorschlag der FDP mit den Stimmen der CDU/CSU vom Frankfurter Wirtschaftsrat zum Direktor der Verwaltung für Wirtschaft gewählt worden war, zum „Wirtschaftsminister" der Bizone also. Vom Wirtschaftsrat, dem Bizonen-Parlament, ließ sich Erhard im Juni 1948 die nötigen Vollmachten zum Abbau der Zwangswirtschaft geben, in Gestalt eines „Gesetzes über Leitsätze für die Bewirtschaftung und Preispolitik nach der Geldreform". Es trat 1948 zugleich mit der Währungsreform in Kraft und war eines der eigenartigsten Gesetze, die in der Ära des Bizonen-Parlaments verabschiedet wurden, weil es mehr ein in die Zukunft weisendes Programm als ein in Paragraphen gekleideter Normenkatalog war.

In rascher Folge wurden mit Hilfe des Leitsätzegesetzes ab 20. Juni 1948 die Preis-Rationierungsvorschriften in der Bizone aufgehoben. Nur besonders wichtige Güter blieben noch eine Zeitlang mit fest-

Gesetz über Leitsätze für die Bewirtschaftung und Preispolitik nach der Geldreform, 24. Juni 1948

Aus dem Zusammenbruch der Kriegswirtschaft hat sich ein Zustand ergeben, der die wirtschaftlichen Energien gelähmt, sie in eine dem Gemeinwohl schädliche Richtung gelenkt und zu großen sozialen Ungerechtigkeiten geführt hat.

Die Geldreform soll diese unheilvolle Entwicklung überwinden helfen, indem sie die natürliche Beziehung zwischen Leistung und Gegenleistung wiederherstellt, damit den Bezieher von Arbeitseinkommen zum bevorzugten Käufer macht und so die Voraussetzungen für eine Steigerung der Arbeitsleistung und der Produktion schafft.

Indem die Kaufkraft im wesentlichen auf den Betrag der in der laufenden Erzeugung entstehenden Arbeitseinkommen beschränkt wird, wird die bisher durch die großen Geldhorte aufgeblähte Nachfrage auf ihr berechtigtes Ausmaß zurückgeführt. Zugleich wird das Warenangebot durch Auflösung der gehorteten Bestände vergrößert. Die bisherigen inflationistischen Tendenzen werden unterbunden.

Das aus der Vergangenheit stammende, kaum noch wirksame Zwangssystem kann daher, insbesondere unter Berücksichtigung des anlaufenden Marshall-Plans, aufgelockert, der Markt stärker zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit in Erzeugung und Verteilung eingesetzt werden. Die wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeiten gehen somit Hand in Hand, da eine bessere Versorgung der breiten Massen nicht ohne Anspannung aller produktiven Kräfte, eine vollständige Ausnutzung aller produktiven Kräfte nicht ohne bessere Versorgung der breiten Massen möglich ist. Daraus folgt, daß die Wirtschaftspolitik wirtschaftliche und soziale Gesichtspunkte in gleicher Weise in Betracht zu ziehen hat.

Die Auflockerung des staatlichen Warenverteilungs- und Preisfestsetzungssystems findet ihre Grenze dort, wo es darauf ankommt,

1. den Schutz des wirtschaftlich Schwächeren zu gewährleisten,
2. die Durchführung von Wirtschaftsprogrammen im öffentlichen Interesse sicherzustellen,
3. die Ausnutzung einer Mangellage durch monopolistische Einflüsse zu unterbinden.

Um die damit umrissenen Aufgaben zu erfüllen [...], bedarf die Wirtschaftsverwaltung [...] ausreichender Eingriffsmöglichkeiten, die eine schnell und nachdrücklich wirkende Lenkung der vorher nicht übersehbaren wirtschaftlichen Vorgänge im Rahmen der nachfolgenden Leitsätze und zu deren Verwirklichung gestatten.

Leitsätze

I.

1. Der Freigabe aus der Bewirtschaftung ist vor ihrer Beibehaltung der Vorzug zu geben.
2. Die Hauptnahrungsmittel und die Rohstoffe, die eine wesentliche Grundlage für die gewerbliche und landwirtschaftliche Gütererzeugung bilden, sind zur Erzielung eines planmäßigen Einsatzes dieser Güter weiterhin zu bewirtschaften.
3. Die Freigabe von Getreide und Getreideerzeugnissen, Milch und Milcherzeugnissen, Kartoffeln, Fleisch und Fett, von Kohle, Eisen, Stahl aus der Bewirtschaftung bedarf in jedem Falle der vorherigen Genehmigung durch den Wirtschaftsrat.
4. Textilwaren, die der Bekleidung dienen, Schuhe und Seifen können als für den unmittelbaren menschlichen Bedarf lebensnotwendig einer Verbrauchsregelung unterworfen bleiben.

[...]

6. Die Einschaltung des Behördenapparates bei der Durchführung der Bewirtschaftung ist auf ein Mindestmaß einzuschränken. An die Stelle des Bezugscheinsystems mit individueller Bedürfnisprüfung tritt die allgemeine Bezugskarte (Punktkarte), die je nach der Vorratslage durch allgemeine Aufrufe zum Bezuge der bewirtschafteten Güter berechtigt. [...]

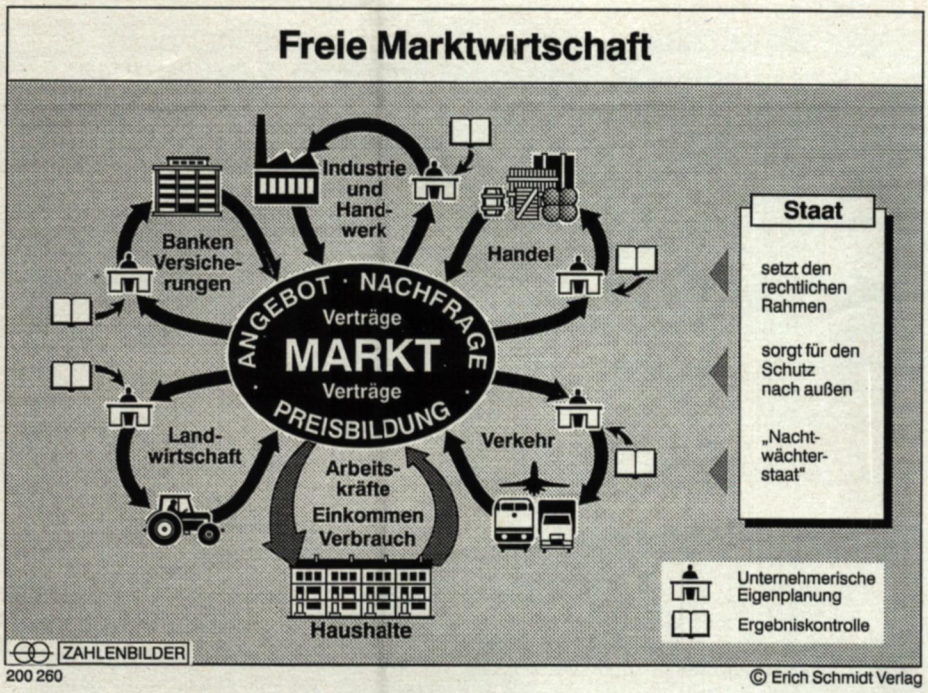
II.

1. Der Freigabe der Preise ist vor der behördlichen Festsetzung der Vorzug zu geben.
2. Die Preise für die Hauptnahrungsmittel und die Rohstoffe, die eine wesentliche Grundlage für die gewerbliche und landwirtschaftliche Gütererzeugung bilden, sowie die Mieten und Verkehrstarife sind behördlich festzusetzen.
3. Die Festsetzung und die Freigabe der Preise für Getreide und Getreideerzeugnisse, Milch und Milcherzeugnisse, Kartoffeln, Fleisch und Fett, für Kohle, Eisen, Stahl, Gas und Elektrizität bedarf der vorherigen Genehmigung durch den Wirtschaftsrat.
4. Wo Preise behördlich gebunden werden, sind sie als Höchstpreise festzusetzen. [...]
5. Alle Preise – auch die freigegebenen – sind behördlich zu überwachen. Wer Höchstpreise überschreitet oder wirtschaftliche Überlegenheit oder ein im Verhältnis zur Nachfrage geringes Angebot mißbraucht oder wer Waren zurückbehält in der Absicht, die Preise zu steigern, ist streng zu bestrafen, [...]

III.

Soweit der Staat den Verkehr mit Waren und Leistungen nicht regelt, ist dem Grundsatz des Leistungswettbewerbs Geltung zu verschaffen. Bilden sich wirtschaftliche Monopole, so sind sie zu beseitigen und bis dahin staatlicher Aufsicht zu unterstellen. [...]

Klaus-Jörg Ruhl (Hg.), Neubeginn und Restauration. München 1982, S. 430 ff.



gesetzten Höchstpreisen bewirtschaftet, darunter Kohle, Stahl, Düngemittel, Treibstoff. Auch für Grundnahrungsmittel und Mieten gab es noch überwachte Festpreise. Die Rationierung von Kartoffeln wurde schon im Oktober 1946 aufgehoben, Zucker blieb dagegen bis April 1950 bewirtschaftet, Benzin blieb bis 1951, Kohle bis 1952 rationiert.

In den ersten Monaten nach der Währungsreform schien es, als würden die Skeptiker recht behalten, die Erhards Kurs für falsch hielten. Solche gab es auch in den Reihen von CDU und CSU. Die Schere zwischen Löhnen und Preisen ging nach der Währungsreform erst einmal weit auf, die Leidtragenden waren die Lohnabhängigen. Die Marktwirtschaft, bei der sich Angebot und Nachfrage durch freie Preise gegenseitig regulieren, war mit dem Kaufkraftstoß zu plötzlich über die Bevölkerung hereingebrochen. Weder Käufer noch Verkäufer zeigten sich der Situation gewachsen. In den ersten Tagen waren die Läden leergekauft worden, dann reagierten die ratlosen Konsumenten erbost gegen die Hektik, mit der die Preise in die Höhe kletterten. Ein großer Teil der Presse verlangte den Abbruch des marktwirtschaftlichen Experiments und die Entfernung des allem Anschein nach unfähigen Politikers Erhard. Im Frankfurter Wirtschaftsrat stellte die Opposition im Sommer und Herbst 1948 zweimal Mißtrauensanträge gegen ihn.

Die Gewerkschaften der britischen und amerikanischen Zone – die viereinhalb Millionen organisierte Arbeiter repräsentierten – riefen schließlich im November 1948 zum Generalstreik „gegen die Anarchie auf den Warenmärkten und gegen das weitere Auseinanderklaffen von Löhnen und Preisen" auf. Etwa neun Millionen Arbeiter folgten der Aufforderung am 12. November 1948 und demonstrierten mit einer 24stündigen Arbeitsniederlegung gegen die Marktwirtschaft. Der Höhepunkt des Protestes war mit dieser Aktion im November 1948 erreicht.

Die Auseinandersetzungen um die Wirtschaftsordnung dauerten aber an, sie standen ein halbes Jahr später im Mittelpunkt des Wahlkampfes für den ersten Deutschen Bundestag. Da war Ludwig Erhard aber schon die „Wahllokomotive" der CDU/CSU, weil sich der Erfolg der Frankfurter Wirtschaftspolitik bereits gezeigt hatte. Das westdeutsche „Wirtschaftswunder" hatte begonnen.

Berlin – von der Viermächtekontrolle zur geteilten Stadt

Wolfgang Benz

Berlin, die Hauptstadt des Deutschen Reiches, war eine der größten Industriestädte Europas gewesen und zählte 1939 4,3 Millionen Einwohner. In den Trümmern, die der Zweite Weltkrieg hinterlassen hatte, lebten 1948 noch 3,2 Millionen. Nach den alliierten Absprachen von 1944 wurde Berlin von den Siegermächten gemeinsam regiert, das heißt, die Stadt war in vier Sektoren geteilt, in denen jeweils ein Stadtkommandant namens der Sowjetunion, Großbritanniens, der USA und Frankreichs die Machtbefugnisse ausübte. Unter deren Hoheit arbeiteten deutsche Bezirksbürgermeister, der gesamtberliner Magistrat und der Bürgermeister mit seinen Stellvertretern.

Nachdem die Rote Armee Ende April 1945 Berlin erobert hatte, waren Anfang Juli vereinbarungsgemäß amerikanische und britische Truppen eingerückt und hatten von ihren Sektoren Besitz ergriffen. Die Franzosen folgten am 12. August. Die Garnisonen der drei Westmächte bestanden insgesamt aus etwa 6500 Soldaten. Im sowjetischen Sektor waren 18 000 Rotarmisten stationiert. An Konflikt und Konfrontation unter den Siegern dachte man nicht, als der Alliierte Kontrollrat, die Regierungsinstanz für ganz Deutschland, in Berlin etabliert wurde, als die alliierte Kommandantur, das Gremium der vier Stadtkommandanten, zusammentrat und als die obersten Instanzen der vier Militärregierungen für Deutschland in Berlin ihre Arbeit aufnahmen. Auch über die Regelung der Zugangsrechte und Zugangswege für die westlichen Alliierten nach Berlin, das ringsum von sowjetischem Besatzungsgebiet umschlossen war, hatte nach der Kapitulation Deutschlands niemand nachgedacht. Die Präsenz der Westmächte war ja fest vereinbart, und Absprachen und Beschlüsse wollten die Sieger des Zweiten Weltkriegs über Deutschland ebenso gemeinsam treffen wie über seine Hauptstadt. Lediglich die Luftverbindungen nach Berlin durch drei „Korridore" von Hamburg, Bückeburg (Hannover) und Frankfurt am Main aus waren im November 1945 durch ein Viermächteabkommen geregelt worden.

Blockade

Seit Anfang 1948 traten auf den Verbindungswegen nach Berlin zu Lande und zu Wasser „technische Störungen" auf, erstmals am 24. Januar, als der Nachtzug von Berlin nach Bielefeld in der sowjetischen Zone aufgehalten wurde. 120 deutsche Passagiere wurden nach Berlin zurückgeschickt, die übrigen, Angehörige der britischen Besatzungsmacht, durften nach elf Stunden Wartezeit weiterfahren. Im Februar wurde ein unter amerikanischer Regie fahrender Eisenbahnzug behindert, weitere Schikanen der sowjetischen Besatzungsbehörden trafen auch die

Binnenschiffahrt. Meist ging es um Formalitäten. Der schwerste Zwischenfall ereignete sich im April, als ein sowjetisches Jagdflugzeug mit einer britischen Transportmaschine kollidierte, die zur Landung auf dem Flugplatz Gatow im britischen Sektor Berlins angesetzt hatte. Vierzehn Briten und der sowjetische Pilot kamen ums Leben.

Am 2. April 1948 befahl General Clay, der amerikanische Militärgouverneur, daß Transporte nach Berlin mit Flugzeugen erfolgen sollten, weil er den Behinderungen der Eisenbahn und des Straßenverkehrs entgehen wollte. Die dreitägige Aktion war, obwohl noch niemand wußte, was sich später daraus entwickeln sollte, ein Probelauf, der unter dem Namen „Kleine Luftbrücke" bekannt wurde.

Am 16. Juni verließ der sowjetische Vertreter unter einem Vorwand die Kommandantur und lähmte damit das interalliierte Gremium als Viermächte-Kontrollorgan für ganz Berlin. Die Inszenierung des sowjetischen Auszugs aus der alliierten Stadtregierung folgte dem Muster, nach dem am 20. März 1948 der sowjetische Militärgouverneur den Alliierten Kontrollrat für Deutschland gesprengt hatte.

Der Hintergrund der Berlinkrise wurde sichtbar, als am Abend des 18. Juni in den Westzonen die für Sonntag, den 20. Juni, bevorstehende Währungsreform angekündigt wurde. Berlin sollte nach sowjetischer Auffassung von der westlichen Währungsreform ausgenommen bleiben. Dies zwang den sowjetischen Militärgouverneur Marschall Sokolowski zum Handeln, denn die Weitergeltung des alten Geldes in Berlin hätte bedeutet, daß die Sowjetzone mit der in den Westzonen wertlos gewordenen Reichsmark überschwemmt worden wäre. Er bezog Gesamtberlin in die ostzonale Währungsreform ein, die als Reaktion auf das westliche Vorgehen am 23. Juni 1948 in Kraft trat. In den drei westlichen Sektoren Berlins sollte also die D-Mark verboten sein.

Eine Sondersitzung der Berliner Stadtverordneten beschäftigte sich am 23. Juni mit dem Problem. Tumulte und Demonstrationen im und um das im Ostsektor liegende Stadthaus störten die Beratungen. Sie waren von der SED angezettelt worden, um das Stadtparlament unter Druck zu setzen. Trotzdem wurde der Beschluß gefaßt, daß in den Westteilen Berlins das westliche Geld gültig sein würde. Die Reaktion der sowjetischen Seite erfolgte unmittelbar. Kurz vor Mitternacht des 23. Juni gingen in West-Berlin die Lichter aus. Die Elektrizitätsversorgung war vom Osten aus eingestellt worden. Sie funktionierte in den folgenden Monaten nur sporadisch, ganz nach der Willkür der sowjetischen Instanzen, in deren Machtbereich die Kraftwerke, die Berlin versorgten, lagen. Am folgenden Tag, um sechs Uhr morgens, kam auch der gesamte Eisenbahnverkehr nach Berlin zum Stillstand, dann wurde die Binnenschiffahrt unterbunden. Berlin war Insel geworden, dem Westen gegenüber vollständig blockiert von der sowjetischen Besatzungsmacht. Als einziger Zugang blieben die drei Luftkorridore.

Luftbrücke

Die Versorgung des Westteils der Stadt konnte ab dem 24. Juni 1948 nur noch durch die Luft erfolgen. Damit begann eine der größten Bravourleistungen in der Geschichte der Luftfahrt, die „Luftbrücke". Treibende Kraft der Aktion war General Clay. Er beschwor nicht nur in den regelmäßigen telephonischen Konferenzen mit Washington die amerikanischen Politiker zu einer festen Haltung in Berlin, er versprach auch dem Oberbürgermeister, Ernst Reuter (SPD), der 1947 gewählt, aber von den Sowjets nicht bestätigt und in der Amtsführung behindert worden war, daß die Westalliierten alles tun würden, um die Berliner mit Nahrungsmitteln und allem anderen Notwendigen zu versorgen. Das eingeschlossene Berlin wurde in den folgenden Monaten zum Symbol der Verteidigung von Freiheit und Demokratie.

Während die Westmächte Protestnoten nach Moskau schickten, die Westberliner in Demonstrationen ihren Willen zum Ausharren bekundeten, perfektionierten die britische Royal Air Force und die amerikanischen Luftstreitkräfte ihre Operationen und flogen nach einem generalstabsmäßig ausgearbeiteten Plan von neun Flugplätzen in Westdeutschland aus ununterbrochen Lebensmittel, Kohle, Maschinen, Ausrüstungen und alle anderen Güter des täglichen Bedarfs nach Berlin. Die Transportmaschinen landeten im Drei-Minuten-Abstand in Berlin, wurden in aller Eile entladen und flogen zurück, um weiteres Material zu holen. Im Propagandakrieg gegen die sowjetische Seite waren die Rekorde der Luftbrücke eindrucksvolle Waffen. Am 15. April 1949 wurden in einer „Osterparade" in 24 Stunden mit 1398 Flügen 12 940 Tonnen Lebensmittel und andere Güter in die belagerte Stadt geflogen.

Trotzdem war die Lage in West-Berlin kläglich. Aus Energiemangel konnte nur wenig produziert werden, und auch die eindrucksvollsten Leistungen der Luftbrücke erbrachten gerade das Bedarfsminimum der 2,1 Millionen Westberliner. Die Kosten der Aktion waren enorm. Die amerikanischen und britischen Steuerzahler bezahlten circa 200 Millionen Dollar dafür. Die Güter wurden größtenteils aus dem Fonds des amerikanischen Hilfsprogramms GARIOA (*Government Aid and Relief in Occupied Areas*) finanziert, genauso wie zum Teil auch das Berliner Haushaltsdefizit (monatlich 53 Millionen D-Mark). Die Hauptlast trug die Bizone bzw. dann die Bundesrepublik, die mit einer Sondersteuer („Notopfer Berlin") ab November 1948 den Widerstand Berlins gegen die sowjetische Blockade unterstützte. Diese Sonderabgabe zur Unterstützung West-Berlins wurde in der Bundesrepublik bis 1958 erhoben.

Teilung

Am 12. Mai 1949 wurde die Blockade nach Verhandlungen der Alliierten und einem Viermächte-Abkommen beendet. Der Jubel der Berliner, mit dem der erste LKW und der erste Eisenbahnzug aus dem Westen empfangen wurden,

Foto: Landesbildstelle Berlin

Die Westalliierten überwanden 1948/49 die Blockade West-Berlins mit der Luftbrücke. Im durchschnittlichen Abstand von drei Minuten landeten Flugzeuge mit den notwendigen Gütern zur Versorgung der Westsektoren der Stadt, hier auf dem Flughafen Tempelhof.

konnte freilich niemanden darüber hinwegtäuschen, daß Berlin nach der Blockade eine geteilte Stadt blieb. Die administrative und politische Teilung hatte sich schrittweise vollzogen. Im Herbst 1948 hatte die Stadtverordnetenversammlung ihren Wirkungsort in den Westteil der Stadt verlegt, weil die SED ihre parlamentarische Unterlegenheit durch Straßenproteste und ständige Störungen der Sitzungen ausglich. Auch der Magistrat spaltete sich als Folge der Willkür sowjetischer Stellen, die leitende Beamte nach Gutdünken wegen „Sabotage" oder „Unfähigkeit" entließen oder verhafteten. Im Dezember 1948 erkannten die sowjetischen Behörden nur noch den verfassungsrechtlich illegalen Ostmagistrat als Stadtregierung an. Die für den 5. Dezember 1948 angesetzten Neuwahlen in Gesamtberlin konnten nur in den drei Westsektoren abgehalten werden. Im Schöneberger Rathaus wurde am 7. Dezember 1948 Ernst Reuter zum Stadtoberhaupt von West-Berlin gewählt. Wenig später nahm die Alliierte Kommandantur als Drei-Mächte-Gremium im Westteil der Stadt ihre Arbeit wieder auf. Die Blockade Berlins und die Teilung der Stadt bildeten den dramatischen Hintergrund der Gründungsakte des Weststaats. Die brutale Abriegelung der ehemaligen Reichshauptstadt durch die sowjetische Besatzungsmacht bestärkte die Politiker der westlichen Besatzungszonen in ihrem Entschluß, das Angebot zur Gründung eines Weststaats – der Bundesrepublik Deutschland – anzunehmen, und half ihnen, die Skrupel gegenüber der damit verbundenen Teilung Deutschlands zu überwinden.

Zwei Staatsgründungen auf deutschem Boden

Wolfgang Benz

Im Dezember 1947, als die fünfte Außenministerkonferenz der vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs abgebrochen wurde, war offenbar, daß die Großmächte sich über die deutsche Frage nicht einigen konnten. Als Ersatz für die große Lösung eines aus den vier Besatzungszonen bestehenden deutschen Nachkriegsstaats, wie er seit der Potsdamer Konferenz vom Sommer 1945 erstrebt und verheißen war, forcierten seit Frühjahr 1948 Amerikaner und Briten die Errichtung eines Staats auf dem Gebiet der drei westlichen Besatzungszonen.

In langwierigen Verhandlungen der Londoner Sechsmächtekonferenz seit dem 23. Februar 1948 wurden die Franzosen und die drei westlichen Nachbarstaaten Belgien, Niederlande und Luxemburg vom anglo-amerikanischen Konzept überzeugt. Washington und London ging es darum, die drei Westzonen in ein europäisch-atlantisches Staatensystem einzubinden. In Paris bestanden dagegen aber erhebliche Bedenken. Um den französischen Sicherheitsinteressen zu genügen, mußten daher Zugeständnisse, etwa in der Frage der internationalen Kontrolle des Ruhrgebiets, gemacht werden. Dafür nahm Paris Abstriche an seinen extremen Föderalisierungskonzepten hin. Die Franzosen hätten einen möglichst lockeren Bund deutscher Kleinstaaten lieber gesehen als eine mit hinlänglicher Zentralgewalt ausgestattete Bundesrepublik. Das lag jedoch nicht im Interesse von London und Washington, die an der ökonomischen Leistungsfähigkeit des neuen Staats interessiert waren.

Weichenstellungen für den Weststaat

Am 7. Juni 1948, zwei Wochen vor der Währungsreform in den drei Westzonen, wurden die „Londoner Empfehlungen" als Kommuniqué der Konferenz veröffentlicht. Sie enthielten die Umrisse des deutschen Weststaats, aber niemand war so recht zufrieden damit. Die Sozialdemokraten meinten, die Empfehlungen seien kaum geeignet, Deutschland bei der politischen und wirtschaftlichen Konsolidierung zu helfen. Noch unzufriedener war zunächst der erste Mann der CDU, Konrad Adenauer, der nicht nur befürchtete, durch die Ruhrkontrolle würden die Deutschen auf Dauer der Verfügung über ihre Wirtschaft und ihren Außenhandel beraubt. Adenauer hielt auch eine Verfassung, die von den alliierten Militärregierungen genehmigt werden müsse, für ein Übel, auf das man wohl mit Verweigerung reagieren müsse. Während der amerikanische und der britische Militärgouverneur auf die Zustimmung des französischen Parlaments zu den Londoner Empfehlungen warteten, versuchten sie, in ihren beiden Besatzungszonen auf die deutschen Politiker, die Ministerpräsidenten und Parteiführer, einzuwirken und die Stimmung für die beabsichtigte Staatsgründung zu verbessern. Wenn der volle Inhalt des Londoner Konzepts erst bekannt sei, würden sich viele Bedenken als gegenstandslos erweisen, hatte Ende Juni 1948 General Robertson, der britische Militärgouverneur, erklärt. Am 1. Juli erfuhren die deutschen Länderchefs im einzelnen, was geplant war und was sie tun sollten.

Frankfurter Dokumente

Die damaligen obersten Repräsentanten der westdeutschen Politik, neun Ministerpräsidenten und die beiden Bürgermeister der Stadtstaaten Hamburg und Bremen, waren für den 1. Juli 1948 nach Frankfurt in das Hauptquartier der Amerikaner, das ehemalige Verwaltungsgebäude der I. G. Farben, bestellt worden. Die drei westlichen Militärgouverneure wollten den Chefs der Länder in den drei Westzonen dort offiziell mitteilen, was über die Gestalt künftiger deutscher Staatlichkeit beschlossen war. Von einer Konferenz zwi-

Foto: Bilderdienst Süddeutscher Verlag

Der Verfassungskonvent der Länder der drei Westzonen war am 10. August 1948 im alten Schloß auf der Insel Herrenchiemsee zusammengetreten, um über Verfassungsprobleme des neu zu gründenden deutschen Weststaates zu beraten. Unsere Aufnahme zeigt den damaligen bayerischen Staatsminister Anton Pfeiffer bei der Eröffnung der Versammlung.

Foto: Bilderdienst Süddeutscher Verlag

Am 8. Mai 1949 stimmte der Parlamentarische Rat mit 53 gegen 12 Stimmen dem Grundgesetz für den neuen westdeutschen Bundesstaat zu. Nach Bekanntgabe des Ergebnisses applaudierten die mit „ja" stimmenden Abgeordneten stehend, die beiden kommunistischen Abgeordneten Max Reimann und Heinz Renner, die gegen das Gesetz gestimmt hatten, blieben sitzen. In der ersten Reihe Prof. Theodor Heuss (r.) und Prof. Carlo Schmid (M.).

schen alliierten und deutschen Vertretern kann man eigentlich nicht sprechen, denn wesentliche Elemente einer Konferenz wie partnerschaftliche Diskussion, Austausch von Argumenten, Suche nach Kompromissen fehlten bei der Zusammenkunft. Es handelte sich um die Entgegennahme alliierter Vorstellungen, die den Charakter von Weisungen hatten, wenn man sich nicht einfach verweigern wollte.

Die deutschen Länderchefs waren, ohne Angabe des Raums und der Stunde einbestellt worden. Einzelheiten hatten sie erst nach dreitägigem Herumtelefonieren erfahren. Die Stimmung war, als man um 11.30 Uhr versammelt war, alles andere als euphorisch. Aber das Ereignis gehörte, wie man später erkannte, zu den entscheidenden Daten der Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Die Frankfurter Konferenz bildete den Wendepunkt vom alliierten Kriegsrecht, nach dem Deutschland regiert wurde, zur deutschen Eigenverantwortung. Die Dokumente, die den deutschen Politikern am 1. Juli 1948 überreicht wurden, enthielten in Form des Gründungsauftrags für einen deutschen Nachkriegsstaat die Chance der Selbständigkeit nach Jahren der Besatzungsherrschaft.

Auf französisches Betreiben geschah die offizielle Übergabe der „Frankfurter Dokumente", wie der Grundriß der westdeutschen Zukunft seither heißt, in zeremonieller Form und frostiger Atmosphäre: Jeder der drei Militärgouverneure verlas in seiner Muttersprache (am Ende der Konferenz erhielten die Deutschen Übersetzungen) eines der drei Dokumente, General Lucius D. Clay das erste, das die verfassungsrechtlichen Bestimmungen enthielt, General Sir Brian Robertson das zweite über die Länderneugliederung, und General Pierre Koenig trug in scharfem Ton das dritte Dokument vor, in dem die Grundzüge eines Besatzungsstatuts fixiert waren.

Das erste der Frankfurter Dokumente ermächtigte die Ministerpräsidenten, bis zum 1. September 1948 eine Versammlung zur Ausarbeitung einer demokratischen Verfassung einzuberufen, „die für die beteiligten Länder eine Regierungsform des föderalistischen Typs schafft, die am besten geeignet ist, die gegenwärtig zerrissene deutsche Einheit schließlich wiederherzustellen, und die Rechte der beteiligten Länder schützt, eine angemessene Zentralinstanz schafft und die Garantien der individuellen Rechte und Freiheiten enthält".

Im zweiten Dokument war die Neugliederung der deutschen Länder empfohlen. Eine Territorialreform innerhalb der westlichen Besatzungszonen war angesichts der von den Alliierten geschaffenen Gebilde, vor allem im nordwestdeutschen Raum, aber auch bei den drei südwestdeutschen Ländern (Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern, Baden), erwägenswert, aber nicht dringend.

Im dritten Dokument waren die Grundzüge eines Besatzungsstatuts skizziert. Darin wurde deutlich, wie eng der deutsche Spielraum für die Verfassung und für die künftige staatliche Existenz bemessen war. Die Militärgouverneure stellten zwar die Gewährung einiger Befugnisse der Gesetzgebung, Verwaltung und der Rechtsprechung in Aussicht; ausdrücklich ausgenommen blieben aber beispielsweise die Außenbeziehungen des zu gründenden deutschen Weststaats und die Überwachung des deutschen Außenhandels.

Die Besatzungsherrschaft würde also mit der Verabschiedung der Verfassung und der Staatsgründung noch nicht enden, sondern lediglich gelockert und juristisch neu definiert werden. Die Militärgouverneure würden, so hatten die deutschen Ministerpräsidenten in Frankfurt vernommen, „die Ausübung ihrer vollen Machtbefugnisse wieder aufnehmen", und zwar nicht nur bei drohendem Notstand für die Sicherheit, sondern auch, „um nötigenfalls die Beachtung der Verfassung und des Besatzungsstatuts zu sichern".

Die Einstellung in den Westzonen zu den beabsichtigten Änderungen war, quer durch die Parteien, eher positiv: Nach vier Jahren Besatzungsherrschaft, in denen die vier Besatzungszonen unter dem Regiment der Militärgouverneure gefährlich weit auseinandergedriftet waren, in denen die deutschen Politiker hatten einsehen müssen, daß sich die Dinge von allein kaum zum Besseren wandeln würden, war die Neigung stark, wieder zu einer staatlichen Existenz zu gelangen. Das Angebot einer parlamentarischen Vertretung und einer Exekutive wenigstens für die drei Westzonen war verlockend, aber die Politiker scheuten das Odium einer feierlichen Neugründung, die zu einem Staat unter Ausschluß der sowjetischen Besatzungszone führen mußte. Der Verlust der nationalen Einheit schien ein zu hoher Preis für den staatlichen Neubeginn.

Deutsche Vorbehalte

Vom 8. bis 10. Juli 1948 berieten die Ministerpräsidenten aller Westzonen-Länder ihre Antwort an die Militärgouverneure. Der Tagungsort – das Hotel Rittersturz bei Koblenz – lag in der französischen Zone. Das war eine Premiere, denn bis zum Sommer 1948 hatte das französische Besatzungsgebiet ein abgesondertes Eigenleben geführt, die dortige Militärregierung sah Verbindungen über die Grenzen ihres Einflußgebiets hinaus ungern, ganz im Gegensatz zu den Amerikanern und Briten, die ihre beiden Zonen ab Januar 1947 immer enger zusammenschlossen und das Territorium der „Bizone" allmählich zu einer Art Modellstaat entwickelten. Die Öffentlichkeit nahm, von den ökonomischen und politischen Nachwirkungen der Währungsreform elektrisiert, wenig Notiz von den Ereignissen, die die Staatsgründung einleiteten; die Schlagzeilen blieben der jungen D-Mark und der Luftbrücke ins blockierte Berlin vorbehalten.

Vor und während der Rittersturz-Konferenz hatten sich auch die Parteispitzen mit den Frankfurter Dokumenten beschäftigt. CDU und CSU äußerten sich, bei aller Skepsis, die intern herrschte, einstimmig positiv zu den alliierten Vorschlägen, wogegen sich die SPD reservierter gab. Bei

Alliierte Auflagen für das Grundgesetz

Das Aide-mémoire, das die Militärgouverneure am 22. November 1948 dem Präsidenten des Parlamentarischen Rats zustellen ließen, enthält in acht Punkten die [...] alliierten Forderungen [...]

Sie (die Militärgouverneure – *Anm. d. Red.*) [...] sind [...] der Ansicht, daß das Grundgesetz [...] vorsehen sollte,

a) ein Zweikammersystem, bei dem die eine Kammer die einzelnen Länder vertreten muß und genügende Befugnisse haben muß, um die Interessen der Länder wahren zu können;

b) daß die Exekutive lediglich die Befugnisse haben muß, die in der Verfassung genau vorgeschrieben sind, und daß die Ausnahmebefugnisse der Exekutive, wenn überhaupt, so beschränkt werden müssen, daß sie unverzüglich einer gesetzlichen oder gerichtlichen Nachprüfung bedürfen;

c) daß die Befugnisse der Bundesregierung auf diejenigen beschränkt sind, die in der Verfassung ausdrücklich aufgezählt sind und auf jeden Fall sich nicht erstrecken auf Erziehungswesen, kulturelle und kirchliche Angelegenheiten, Selbstverwaltung und öffentliches Gesundheitswesen. [...]

d) daß die Befugnisse der Bundesregierung auf dem Gebiet der öffentlichen Finanzen auf die Verfügung über Geldmittel, einschließlich der Erhebung von Einnahmen, für Zwecke, für die sie verantwortlich ist, beschränkt sind; [...]

e) daß die Verfassung für eine unabhängige Gerichtsbarkeit sorgt zur Nachprüfung von Bundesgesetzen, zur Nachprüfung der Ausübung der Befugnisse der Bundesexekutive, zur Entscheidung über Streitigkeiten zwischen Behörden des Bundes und der Länder sowie zwischen Länderbehörden und zur Wahrung der bürgerlichen Rechte und Freiheit des Einzelnen;

f) daß die Befugnisse der Bundesregierung zur Schaffung von eigenen Bundesbehörden für die Ausführung und Verwaltung ihrer Angelegenheiten klar umrissen und auf diejenigen Gebiete beschränkt sein sollten, bei denen die Verwaltung durch Landesbehörden offensichtlich undurchführbar ist;

g) daß jeder Bürger Zutritt zu öffentlichen Ämtern hat, und daß Einstellung und Beförderung ausschließlich von seiner Eignung, die Aufgaben des Amtes zu erfüllen, abhängen, und daß der öffentliche Dienst unpolitischen Charakters ist;

h) daß ein öffentlicher Bediensteter, sollte er in die Bundeslegislative gewählt werden, vor Annahme der Wahl von seinem Amt bei der ihn beschäftigenden Behörde zurücktritt.

Wolfgang Benz, Die Gründung der Bundesrepublik. Von der Bizone zum souve-ränen Staat. München 1994, S. 153 ff.

den Sozialdemokraten standen sich zwei Richtungen gegenüber. Die Bürgermeister von Hamburg und Bremen und der hessische Regierungschef begrüßten die Entwicklung, die übrigen SPD-Ministerpräsidenten zeigten sich ebenso wie der Parteivorsitzende Kurt Schumacher abwartend bis ablehnend. Tatsächlich unterschied sich die Stimmung in beiden Parteien aber wenig, CDU und CSU argumentierten lediglich geschmeidiger, während die Haltung der SPD wegen ihrer betonten Prinzipientreue unnachgiebiger wirkte als sie in Wirklichkeit war.

Führende Verfassungsexperten beider Parteien waren sich einig, daß man das Provisorische der ins Auge gefaßten Staatsgründung betonen müsse und daß das angekündigte Besatzungsstatut als Ausdruck alliierter Verantwortung für die deutschen Angelegenheiten im Vordergrund stehen müsse. Die Antwort der westdeutschen Ministerpräsidenten an die Alliierten bestand deshalb nach dreitägigem Ringen in Ja und Nein zugleich. Die Vollmachten wollten sie zwar annehmen, aber nicht in der Form, wie sich die Alliierten das gedacht hatten. Der Primat der drei Westmächte sollte deutlich zum Ausdruck kommen, um den Vorwurf der Preisgabe der nationalen Einheit durch die westdeutschen Politiker zu verhindern. Aus dem gleichen Grund wünschten die Westdeutschen, daß das Besatzungsstatut zuerst erlassen werden sollte. Die Ministerpräsidenten lehnten auch eine „Nationalversammlung" zur Beratung und Verabschiedung einer Verfassung ab, die durch Volksabstimmung in Kraft gesetzt werden sollte. Statt dessen sollten die Landtage ein Gremium wählen, das ein provisorisches „Grundgesetz" ausarbeiten würde. Das sollte die Entwicklung offen halten. Man wollte zu größerer Selbständigkeit kommen, ohne die Ostzone ausdrücklich preiszugeben.

Die Militärgouverneure hatten mit einer solchen Antwort und mit Gegenvorschlägen nicht gerechnet. General Clay war zornig, sein britischer Kollege Robertson nahm es gelassener und der Vertreter Frankreichs, General Koenig, war sogar ganz zufrieden, daß es mit der westdeutschen Staatsgründung nicht so schnell vorwärtsging. Ihre Motive waren unterschiedlich, die Zurückweisung der deutschen Antwort auf die Frankfurter Dokumente durch die drei Militärgouverneure war jedoch einmütig, und die deutschen Ministerpräsidenten mußten sich jetzt, im vollen Bewußtsein ihres begrenzten Handlungsspielraums, abermals entscheiden. Die Alliierten hatten ihnen bedeutet, daß die „Londoner Empfehlungen", die die Grundlage der Frankfurter Dokumente bildeten, als verpflichtende Handlungsanweisungen zu betrachten waren. Die Deutschen konnten sie annehmen oder ablehnen, aber nicht verändern oder deutschen Wünschen anpassen.

Kompromißsuche

Die Ministerpräsidenten suchten jetzt nach einer Lösung, die so dicht wie möglich bei ihrer Position liegen, aber auch den alliierten Vorgaben nahe genug sein sollte. Scheitern lassen wollten die Ministerpräsidenten die staatsrechtliche Neuregelung aber auf keinen Fall. Das zeigte sich auch daran, daß sie beschlossen, ein Experten-Kollegium, zusammengesetzt aus Vertretern aller elf Länder der Westzone, als Verfassungsausschuß tagen zu lassen. Der bayerische Ministerpräsident bot dazu einen ebenso idyllischen wie abgeschiedenen Platz, nämlich die Herreninsel im Chiemsee, als Verhandlungsort an. Das war die Geburtsstunde des Herrenchiemseer Verfassungskonvents, der im August 1948 den Grundgesetz-Entwurf erarbeitete.

Am 26. Juli sollte den Militärgouverneuren

Foto: Bilderdienst Süddeutscher Verlag

Am 12. September 1949 vereidigt der erste Bundestagspräsident Erich Köhler (CDU, l.) den von der Bundesversammlung gewählten Bundespräsidenten Theodor Heuss (FDP, M.).

die endgültige deutsche Antwort unterbreitet werden. Dazu mußten Kompromisse gefunden werden, mit denen man den Alliierten soweit entgegenkam, wie es notwendig war, ohne den grundsätzlichen Vorbehalt gegen die Gründung eines deutschen Teilstaats aufzugeben. Der Begriff „Grundgesetz" mußte durchgesetzt werden, und weiter erschien es unverzichtbar, dieses Grundgesetz nicht durch Volksentscheid, sondern durch die Landtage ratifizieren zu lassen: Das waren die Positionen, mit denen das Provisoriumskonzept gestützt wurde. Bestandteil dieses Konzepts war die Vorstellung, daß der auf westdeutschem Gebiet zu errichtende „Kernstaat" stellvertretend für die deutsche Nation als Gesamtheit agieren und daß sich eines Tages die sowjetische Besatzungszone anschließen würde. Die Mehrheit der westdeutschen Politiker vertrat überdies die „Magnettheorie", nach der die steigende ökonomische und politische Attraktivität der Westzonen die sowjetische Besatzungszone geradezu magnetisch anziehen werde. Das war eine kühne Konstruktion, die als Weg zur Wiedervereinigung aber vom CDU-Sprecher Konrad Adenauer ebenso wie vom SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher propagiert wurde.

Bei den Abschlußverhandlungen mit den Militärgouverneuren am 26. Juli zeichnete sich zunächst eine Ablehnung der deutschen Wünsche und ein Scheitern der Verhandlungen ab. Dem Hamburger Bürgermeister Max Brauer (SPD), Bayerns Ministerpräsident Hans Ehard (CSU) und Wilhelm Kaisen, dem sozialdemokratischen Bürgermeister von Bremen, gelang es jedoch durch geschicktes Taktieren, ein alle Beteiligten befriedigendes glückliches Ende der Konferenz zu befördern. Im Namen der drei westlichen Besatzungsmächte gab General Koenig schließlich das offizielle Einverständnis zur Errichtung der Bundesrepublik.

Erarbeitung des Grundgesetzes

Etliche Hürden waren zu nehmen und eine beträchtliche Menge an Kleinarbeit war auf verschiedenen administrativen Ebenen zu erledigen, ehe ein gutes Jahr später im September 1949 der erste deutsche Nachkriegsstaat ins Leben trat. Zunächst mußten die elf Länderparlamente ein gleichlautendes Gesetz beschließen, das die Zusammensetzung des „Parlamentarischen Rats", wie die Verfassunggebende Versammlung nun endgültig hieß, regelte: In indirekter Wahl wurde für jeweils 750 000 Einwohner (mindestens jedoch einer pro Land) ein Abgeordneter von den Landtagen delegiert. Das ergab 65 Mandate, zu denen noch fünf Vertreter Berlins ohne Stimmrecht kamen.

Als Tagungsort wurde die Universitätsstadt Bonn gewählt, beworben hatten sich auch Celle, Düsseldorf, Frankfurt, Karlsruhe und Köln. Die Ministerpräsidenten entschieden sich für Bonn, damit auch die Britische Zone in der Gründerzeit der Nachkriegsrepublik mit einem wichtigen Ort vertreten war. Die Entscheidung über die künftige Hauptstadt sollte damit aber keineswegs vorweggenommen werden. Frankfurt galt wegen seiner verkehrsgünstigen Mittellage, als Sitz des Bizonen-Parlaments und der Bizonen-Administration noch lange Zeit als künftige Bundeshauptstadt. In Bonn wurden in aller Eile Quartiere und Büros für die Abgeordneten geschaffen, und der Neubau der Pädagogischen Akademie – das spätere Bundeshaus am Rheinufer – als Tagungsstätte des Parlamentarischen Rats hergerichtet.

Herrenchiemseer Verfassungskonvent

Unterdessen begannen am 10. August auf der Chiemseeinsel die Sachverständigen mit der Beratung eines Verfassungsentwurfs. Der bayerische Minister Anton Pfeiffer führte den Vorsitz, jedes Land hatte einen Experten delegiert, dazu kamen etwa zwanzig weitere Teilnehmer: Rechtsgelehrte, Politiker und Verwaltungsfachleute. Der „Verfassungskonvent" – so hieß das Gremium offiziell – empfand sich als politisch neutral, die großen Parteien CDU/CSU und SPD waren etwa gleichstark vertreten. Dem Verfassungskonvent war die Aufgabe gestellt, „Richtlinien für ein Grundgesetz" zu erarbeiten, also Lösungen für die einzelnen Verfassungsprobleme zu suchen und darzustellen.

Der „Bericht über den Verfassungskonvent", den die Ministerpräsidenten als Ergebnis der Beratungen vom 10. bis 23. August eine Woche später dem Parlamentarischen Rat übergaben, war nicht nur ein imponierendes Kompendium des Verfassungsrechts, gegliedert in eine ausführliche Darstellung der zu lösenden Probleme, den „Entwurf eines Grundgesetzes" mit 149 Artikeln – viele von ihnen in alternativen Versionen formuliert – und schließlich einen Kommentar mit Einzelerläuterungen zu bestimmten Artikeln. Das bescheiden als Tätigkeitsbericht deklarierte Dokument von 95 Druckseiten war für die Debatte der folgenden Monate im Parlamentarischen Rat von kaum zu überschätzender Bedeutung: Die strittigen Probleme von Herrenchiemsee waren wenig später auch die Streitfragen in Bonn. Der Hauptunterschied zwischen Herrenchiemsee und Bonn lag darin, daß hier die Probleme theoretisch erörtert und dargelegt werden konnten, dort aber politische Entscheidungen und Kompromisse gefunden werden mußten.

Parlamentarischer Rat

Die Verfassungsexperten waren sich einig, daß man aus den Konstruktionsfehlern der Weimarer Verfassung, die 1932/33 zum Untergang der ersten Republik erheblich beigetragen hatten, die Nutzanwendung ziehen müsse. Das beherzigten dann auch die Verfassungsmütter und -väter im Parlamentarischen Rat: Die Regierung sollte sich auf das Vertrauen einer arbeitsfähigen Mehrheit des Parlaments stützen, eine arbeitsunfähige Majorität sollte weder eine Regierungsbildung vereiteln noch eine bestehende Regierung stürzen können. Um Präsidialregierungen, wie sie das Ende der Weimarer Zeit bestimmten, zu vereiteln, sollte das Staatsoberhaupt politisch neutral und ohne Macht (also ohne die damaligen Notverordnungsrechte) sein. Von Volksbegehren rieten die Experten dringend ab, Grundgesetzänderungen, „durch die die freiheitliche und demokratische Grundordnung" (diese Formulierung wurde auf der Chiemseeinsel gefunden) beseitigt werden könne, sollten in Zukunft unzulässig sein.

Mit der gebotenen Feierlichkeit trat der Parlamentarische Rat am 1. September 1948 in Bonn zur konstituierenden Sitzung zusammen. Die 65 Abgeordneten – je 27 stellten die Unionsparteien und die SPD, die FDP hatte fünf Sitze, und je zwei Mandate hatten die Deutsche Partei, die Zentrumspartei und die KPD – wählten nach dem Festakt den 72jährigen CDU-Politiker Konrad Adenauer zum Präsidenten. Vorsitzender des Hauptausschusses, in dem die wesentliche Arbeit geleistet wurde, war Carlo Schmid (SPD). Anfang Dezember, nach der ersten Lesung im Hauptausschuß, waren die Konturen des Grundgesetzes sichtbar, aber die Meinungen gingen noch bei vielen Problemen auseinander. Nicht einig, und zwar vielfach quer durch die Fraktionen, war man sich über die Funktion des Staatsoberhauptes, über die zweite Kammer des Parlamentes (Bundesrat oder Senat), über die Verteilung der Steuern zwischen Bund und Ländern, über das Verhältnis von Kirche und Staat und insbesondere über das „Elternrecht" zur Bestimmung der religiösen Erziehung.

Im Februar 1949 war das Grundgesetz im wesentlichen fertig, aber einige Bestimmungen – vor allem die Finanzverwaltung und die Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen zwischen Bund und Ländern – mißfielen immer noch den Alliierten, von deren Genehmigung das Verfassungswerk letztlich abhing. Weisungsgemäß pochten sie auf den Wortlaut der Frankfurter Dokumente, dem der Grundgesetzentwurf nicht ganz entsprach. Die Länder sollten einflußreicher, die Zentralgewalt etwas schwächer sein. Aber die Zeit war jetzt auf seiten der Deutschen, und der Widerstand – vor allem in den Reihen der SPD-Fraktion – gegen die meisten alliierten Änderungswünsche zahlte sich aus. Ende April einigte sich die Abordnung des Parlamentarischen Rats mit den Militärgouverneuren. Anfang Mai wurde das Grundgesetz abschließend im Hauptausschuß beraten und am 8. Mai – am vierten Jahrestag der Kapitulation – vom Plenum verabschiedet.

Die Militärgouverneure genehmigten am 12. Mai das Verfassungswerk, das in den folgenden Tagen den elf Landtagen zur

Foto: Ullstein Bilderdienst

Antrittsbesuch von Bundeskanzler Konrad Adenauer bei den drei Hohen Kommissaren auf dem Petersberg bei Bonn am 21. September 1949. Er wird von André François-Poncet begrüßt.

Ratifizierung vorgelegt wurde. Mit der Ausnahme Bayerns, dessen Parlamentarier sich nach 17stündiger Debatte mit einer Mehrheit von 101 zu 63 gegen das Grundgesetz aussprachen, wurde die Verfassung in allen Ländern genehmigt. Das bayerische Nein hatte keine Konsequenzen, denn es war nicht in antidemokratischer Absicht gesprochen; man hatte in München lediglich föderalistische Vorbehalte artikulieren wollen und gleichzeitig betont, daß man an der Geltung des Grundgesetzes auch im Freistaat nicht zu rütteln gedächte. Am 23. Mai 1949 konnte daher das Grundgesetz verkündet werden, in einer festlichen Schlußsitzung des Parlamentarischen Rates in Anwesenheit der Ministerpräsidenten, von Vertretern der Militärregierungen und anderen Würdenträgern.

Entstehung der Bundesrepublik Deutschland

Das Grundgesetz trat am Tag nach seiner feierlichen Verkündigung in Kraft, am 24. Mai 1949. Mehr als die Verfassung existierte von der Bundesrepublik zu diesem Zeitpunkt noch nicht. Vielerorts wurde jedoch angestrengt gearbeitet, um den vorerst nur als Idee existenten Staat auch mit Verfassungsorganen und allen nötigen Einrichtungen der Verwaltung auszustatten. Einer der letzten Beschlüsse des Parlamentarischen Rats hatte am 10. Mai 1949 mit knapper Mehrheit und nicht unumstritten Bonn zur vorläufigen Hauptstadt der Bundesrepublik erkoren. Der erste Bundestag bekräftigte im November 1949 den Beschluß des Rates.

Die Besatzungsbürokratie wurde umgebaut. An die Stelle der drei Militärgouverneure sollte mit dem Inkrafttreten des Besatzungsstatuts die Alliierte Hohe Kommission treten, die hoch über Bonn auf dem Petersberg residierte und durch ihren Standort auch das Machtgefälle zwischen den Hohen Kommissaren und der Bundesregierung augenfällig dokumentierte. Denn mit der Konstituierung der Bundesrepublik endete das Besatzungsregime ja noch nicht; die Souveränitätsrechte wurden bis zum Mai 1955 noch auf dem Petersberg verwaltet. Es war freilich kein direktes Besatzungsregime mehr, sondern eine zurückhaltend geübte Kontrolle, die sicherstellen sollte, daß die Westdeutschen auf dem von den Alliierten gewünschten Weg blieben.

Bald nach der Verabschiedung des Grundgesetzes setzte der Wahlkampf ein. Die Schlacht um Wählerstimmen wurde mit knappem Ergebnis ausgefochten zwischen der von Kurt Schumacher geführten SPD und der von Adenauer gelenkten Union aus CDU und CSU, die zusammen mit der FDP den Direktor des Wirtschaftsressorts der Bizone und künftigen Bundesminister Ludwig Erhard zum erstenmal als Wahllokomotive einsetzte. Erhard entschied als Verfechter der Sozialen Marktwirtschaft wesentlich das Ergebnis vom 14. August 1949, das Konrad Adenauer die erste Koalitionsabsprache ermöglichte: Der Vorsitzende der FDP, Theodor Heuss, sollte Bundespräsident werden, er selbst wollte sich um das Amt des Kanzlers bewerben.

Von den 402 Mandaten des ersten Bundestags hatten CDU und CSU 139 (31 Prozent der Wählerstimmen) errungen; die SPD gewann wider Erwarten nur 131 (29,2 Prozent), 52 Abgeordnete stellte die FDP und 17 die konservative Deutsche Partei. Ebenfalls 17 Vertreter hatte die Bayernpartei. Auch kleinere Parteien wie die „Wirtschaftliche Aufbauvereinigung" (WAV – zwölf Sitze) und die katholische Zentrumspartei (zehn Sitze) waren im Parlament vertreten; die Kommunisten waren mit 15 Abgeordneten (5,7 Prozent) präsent. Rechtsradikale gab es auch, und zwar als Parteilose sowie in den Reihen der Deutschen Konservativen Partei/Deutsche Rechtspartei (DKP/DRP –fünf Mandate).

Am 7. September konstituierte sich der erste Deutsche Bundestag, am 12. September wählte die Bundesversammlung Theodor Heuss zum Bundespräsidenten. Am 20. September gab der fünf Tage zuvor gewählte Kanzler Konrad Adenauer seine erste Regierungserklärung ab, nachdem die Bundesregierung vereidigt worden war. Das war juristisch gesehen die Geburtsstunde der Bundesrepublik. Am folgenden Tag machte der Kanzler, begleitet von einigen Ministern, den Antrittsbesuch auf dem Petersberg bei den Hohen Kommissaren, die als letzten Konstituierungsakt das Besatzungsstatut in Kraft setzten.

Vom „Deutschen Volkskongreß" zur DDR

Als Reaktion auf die Ende November 1947 bei der Londoner Außenministerkonferenz erkennbare Tendenz der Westmächte, eine westliche Teillösung des Deutschlandproblems zu suchen, wurde in der Ostzone von der SED der „Deutsche Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden" als Sammlungsbewegung initiiert. Die SED wollte damit Druck auf die Londoner Verhandlungen ausüben, die Position des sowjetischen Außenministers in London stärken, sich selbst als treibende Kraft zugunsten der deutschen Einheit profilieren, und der westlichen Seite die Schuld an der Spaltung zuweisen. Bei den anderen Parteien der Ostzone, insbesondere bei der CDU, aber auch bei Teilen der LDP, stieß die SED-Initiative auf Ablehnung. Die CDU-Vorsitzenden Jakob Kaiser und Ernst Lemmer betrachteten die Volkskongreßbewegung als Propagandamanöver und weigerten sich, mit der Teilnahme an der Bewegung ihre politische Eigenständigkeit aufzugeben. Sie wurden deshalb im Dezember 1947 auf Druck der SMAD abgesetzt und durch den gefügigeren Otto Nuschke ersetzt.

Zum Ersten Deutschen Volkskongreß am 6. Dezember lud die SED Vertreter von Parteien und Massenorganisationen, Betriebsräte, Bauernverbände, Künstler und Wissenschaftler aus allen Besatzungszonen nach Berlin. Eine Legitimierung der Delegierten durch Wahl fand nirgendwo statt. Die meisten der 2000 Delegierten kamen aus der SBZ und Berlin, die SED stellte allein 605 Teilnehmer. Die größte Teilnehmergruppe der Westzonen bildeten 244 Vertreter der KPD. Einige wenige andere waren trotz des Verbots durch die Westalliierten nach Berlin gereist. Dem Kongreß war die Rolle eines gesamtdeutschen Vorparlaments zugedacht, er forderte von der Londoner Außenministerkonferenz die Vorbereitung eines Friedensver-

trags und die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung „aus Vertretern aller demokratischen Parteien". Die Außenminister sollten eine Delegation, nämlich die SED-Vorsitzenden Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl sowie den Vorsitzenden der Liberal-Demokratischen Partei, Wilhelm Külz, empfangen und von ihnen entsprechende Vorschläge entgegennehmen.

Der Zweite Deutsche Volkskongreß, der am 17. und 18. März 1948 tagte, und dessen Eröffnung im Zeichen des 100. Jahrestags der Märzrevolution von 1848 stand, protestierte gegen die Diskussion einer Staatsgründung in den Westzonen und beschloß, im Mai/Juni 1948 ein Volksbegehren für die deutsche Einheit in allen vier Zonen durchzuführen, das in den Westzonen aber nicht erlaubt wurde.

Volksrat

Weiterhin bestellte der Volkskongreß einen 400 Mitglieder starken „Deutschen Volksrat". Er vertrat den Anspruch, ganz Deutschland zu repräsentieren (300 Delegierte kamen aus der SBZ, 100 Delegierte aus den Westzonen). Sein wichtigster Ausschuß unter der Leitung Otto Grotewohls arbeitete in den folgenden Monaten einen Verfassungsentwurf aus. Ein Ende 1946 von der SED vorgelegtes Modell einer (gesamtdeutschen) „Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik" diente als Ausgangspunkt. Der Verfassungstext von 1946 gewährleistete außer den Grundrechten das Privateigentum, sah jedoch die Enteignung von Großgrundbesitz vor, ferner die Sozialisierung von Bodenschätzen und bestimmten Betrieben. Der Wortlaut huldigte dem Prinzip des Parlamentarismus, und zwar soweit, daß der Parlamentspräsident zugleich Staatsoberhaupt sein sollte. Der neue Verfassungsentwurf orientierte sich formal stärker am Modell der Weimarer Reichsverfassung, trug aber den von der SED propagierten gesellschaftspolitischen Zielen Rechnung. Der Verfassungsentwurf des Volksrats wurde Ende Oktober 1948 öffentlich zur Diskussion gestellt.

Einheitslistenwahl

Im März 1949, als der Deutsche Volksrat wegen der bevorstehenden Verabschiedung des Bonner Grundgesetzes den „nationalen Notstand" verkündete, sollte ein dritter Volkskongreß einberufen werden, um die Verfassung zu bestätigen. Dieser Dritte Deutsche Volkskongreß sollte durch Wahlen legalisiert sein. Dazu wurden am 15. und 16. Mai 1949 in der SBZ und in Ost-Berlin Wahlen angesetzt, allerdings nach dem Prinzip der Einheitsliste des „Demokratischen Blocks", in dem Parteien und Massenorganisationen zusammengeschlossen waren. 25 Prozent der Listenplätze bekam die SED, jeweils 15 Prozent erhielten CDU und LDP und entsprechend weniger die anderen Parteien und Massenorganisationen. Die Wahl war mit einer Volksabstimmung über die deutsche Einheit verbunden. Wenn die Auszählung der Stimmen korrekt war (woran viele zweifelten), dann stimmten 66,1 Prozent der 13,5 Millionen Wahlberechtigten für die Einheitsliste.

Foto: Deutsches Historisches Museum

Margot Feist, später Ehefrau Erich Honeckers, gratuliert als jüngstes Volkskammermitglied dem am 11. Oktober 1949 zum DDR-Präsidenten gewählten Wilhelm Pieck.

Der auf dem Dritten Volkskongreß (29. und 30. Mai 1949) neu gewählte Zweite Deutsche Volksrat konstituierte sich am 7. Oktober 1949 als Provisorische Volkskammer der DDR und setzte die Verfassung in Kraft.

Regierungsbildung

Die 330 Abgeordneten der Provisorischen Volkskammer waren nach politischem Proporz zusammengerufen worden, nicht aus freier Wahl hervorgegangen. Die SED hatte 96 Sitze, Liberaldemokraten und CDU verfügten je über 46, Nationaldemokraten und Demokratischer Bauernbund über 17 bzw. 15, die restlichen Mandate hatten der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund und Massenorganisationen wie die Freie Deutsche Jugend (FDJ) inne. Einstimmig, wie für Abstimmungsergebnisse im System des „demokratischen Zentralismus" üblich, wurde ein „Gesetz über die Provisorische Regierung der DDR" beschlossen und eine Länderkammer (34 Abgeordnete der 5 Landtage) gebildet. Otto Grotewohl, einer der beiden Vorsitzenden der SED, wurde als Ministerpräsident mit der Bildung einer Regierung beauftragt.

Drei Tage später übergab in Berlin-Karlshorst der Chef der Sowjetischen Militäradministration, General Tschuikow, die von der Militärregierung ausgeübten Funktionen an die Regierung der DDR. Die SMAD wurde aufgelöst und (parallel zur Entwicklung im Westen, wo im Sommer 1949 die Militärgouverneure durch Hohe Kommissare ersetzt worden waren) durch eine Sowjetische Kontrollkommission (SKK) abgelöst. Am 11. Oktober wählten Volks- und Länderkammer gemeinsam (und wiederum einstimmig) Wilhelm Pieck, den anderen Vorsitzenden der SED, zum Präsidenten der DDR.

Am folgenden Tag bestätigte die Volkskammer die Regierung und nahm Grotewohls Regierungserklärung entgegen, in der die Freundschaft zur Sowjetunion als Grundlage der Außenpolitik, die Tradition des Antifaschismus als innere Verpflichtung und die Ankündigung von Anstrengungen, in Industrie und Landwirtschaft das Vorkriegsniveau zu erreichen, als Ziel der Wirtschaftsplanung die wichtigsten Punkte bildeten. Zur Sinnstiftung und Rückbindung mit den Werktätigen besuchten am folgenden Tag die Mitglieder der neuen Regierung volkseigene Großbetriebe, um den Arbeitern die Staatsziele zu erläutern und sie zur Gefolgschaft zu verpflichten. Es war der 13. Oktober 1949, der zum ersten Mal als „Tag der Aktivisten" begangen wurde, als Jahrestag der Rekordleistung des Bergmanns Adolf Hennecke, der nach dem Vorbild des sowjetischen Arbeiters Stachanow von 1935 in einer wohl vorbereiteten Hochleistungsschicht mit einer Normüberbietung von 387 Prozent im Kohlebergbau ein sozialpolitisches Signal für den Arbeiter- und Bauernstaat gesetzt hatte.

Literaturhinweise

Benz, Wolfgang: *Potsdam 1945. Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland*, München 1994.

Benz, Wolfgang: *Die Gründung der Bundesrepublik. Von der Bizone zum souveränen Staat,* München 1989 (erweiterte Neuausgabe 1999).

Das Buch bietet Überblicksdarstellungen, die zeitlich aneinander anschließen und neben Schlüsseldokumenten eine Übersicht zum Forschungsstand, zur Quellenlage und zur Chronologie der Ereignisse enthalten.

Benz, Wolfgang: *Von der Besatzungsherrschaft zur Bundesrepublik. Stationen einer Staatsgründung 1946–1949,* Frankfurt a. M. 1984.

Die breiter angelegte Darstellung zeichnet die Entwicklung nach, die zur Gründung des Weststaats führte.

Broszat, Martin / Weber, Hermann (Hg.): *SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949,* München 1990.

Dokumentation der Organisationen und Einrichtungen der SBZ (Sowjetische Militäradministration und deutsche staatliche Verwaltungen), der politischen Parteien, gesellschaftlichen Massenorganisationen und Religionsgemeinschaften, ergänzt durch 3500 Kurzbiographien.

Buchheim, Christoph: *Die Wiedereingliederung Westdeutschlands in die Weltwirtschaft 1945–1958,* München 1990.

Gegenstand der Analyse sind die westdeutschen Außenhandelsbedingungen unter alliiertem Regime, die Wirkungen der Währungsreform und die Funktion der Auslandshilfe bis zur vollen Integration der Bundesrepublik Deutschland in die Weltwirtschaft der fünfziger Jahre.

Graml, Hermann: *Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941–1948,* Frankfurt a. M. 1985.

Eine fundierte und unentbehrliche Gesamtdarstellung der alliierten Politik von der Kriegskoalition gegen Hitler bis zum Kalten Krieg.

Greiner, Bernd: *Die Morgenthau-Legende. Zur Geschichte eines umstrittenen Plans,* Hamburg 1995.

Quellengesättigte Darstellung der Problematik einer Nachkriegsordnung und deren wirtschaftlicher und politischer Voraussetzungen, die mit Klischees und Legenden aufräumt.

Henke, Klaus-Dietmar: *Die amerikanische Besetzung Deutschlands,* München 1995.

In der dichten und eindringlichen Beschreibung des ersten Besatzungsjahres werden alle wesentlichen Fragestellungen des gesellschaftlichen Umbruchs der Okkupationszeit eindrucksvoll beschrieben und analysiert.

Herbst, Andreas / Stephan, Gerd-Rüdiger / Winkler, Jürgen (Hg.): *Die SED. Geschichte, Organisation, Politik. Ein Handbuch,* Berlin 1997.

Breit angelegter Überblick in Einzelbeiträgen zu allen wichtigen Aspekten der SED, mit Glossar, ausgewählten Dokumenten, Angaben zu Führungsstrukturen, historischen Daten und Kurzbiographien.

Herbst, Ludolf / Bührer, Werner / Sowade, Hanno (Hg.): *Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt,* München 1990.

Der Sammelband bietet Einzelstudien zur ökonomischen und sozialen Westintegration der westlichen Besatzungszonen bzw. der Bundesrepublik unter Berücksichtigung der internationalen Rahmenbedingungen.

Herbst, Ludolf (Hg.): *Westdeutschland 1945–1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration,* München 1986.

Der Tagungsband zieht eine Bilanz der Forschungen zur Besatzungspolitik in den drei Westzonen und zu den Anfängen der Westintegration.

Hübner, Peter: *Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1970,* Berlin 1995.

Der Autor untersucht das politische und soziale Verhalten der Industriearbeiter in der DDR. Es geht unter anderem um Arbeitskonflikte in den Betrieben sowie Konsumtion, Wohnen und alltägliche Arrangements der Arbeiter.

Karlsch, Rainer: *Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945–53,* Berlin 1993.

Der Autor beschreibt informativ und gut verständlich die sowjetische Demontage- und Reparationspolitik. Es werden unter anderem der Uranbergbau der Wismut AG, die Rolle der SAG-Betriebe, die Mitnahme von Wissenschaftlern sowie verdeckte Finanztransaktionen analysiert. Der Band enthält auch einen Dokumenten- und Datenanhang.

Kleßmann, Christoph: *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955,* 5. überarb. Auflage, Bonn 1991.

Vorzügliche Gesamtdarstellung mit Dokumenten und Materialien, die das erste Nachkriegsjahrzehnt als zusammenhängende Entwicklung in Ost und West beschreibt, sehr gut lesbar und wissenschaftlich aktuell.

von Plato, Alexander / Leh, Almut: *„Ein unglaublicher Frühling". Erfahrene Geschichte im Nachkriegsdeutschland 1945–1948,* Bonn 1997.

Alltagsgeschichte der Nachkriegszeit in allen vier Zonen unter starker Verwendung biographiegeschichtlichen Materials, das ein eindringliches Bild individueller historischer Erfahrung vermittelt.

Scherstjanoi, Elke (Hg): *„Provisorium für längstens ein Jahr." Die Gründung der DDR,* Berlin 1993.

Der Sammelband gibt Referate und Diskussionen einer Tagung wieder, die sich 1991 um eine kritische Bilanz der Entstehungsgeschichte der DDR bemühte.

Staritz, Dietrich: *Die Gründung der DDR. Von der sowjetischen Besatzungsherrschaft zum sozialistischen Staat,* München 1995.

Konzentrierte Darstellung der Entwicklung der SBZ zur DDR, mit Dokumenten, einer Übersicht zu Forschungsstand und Quellenlage sowie einer Chronologie.

Steininger Rolf: *Deutsche Geschichte seit 1945. Darstellung und Dokumente in vier Bänden. Band 1: 1945–1947; Band 2: 1948–1955,* Frankfurt a. M. 1996.

Das nützliche Kompendium verbindet knappe Einführungen zu allen wichtigen Problemen mit (stark gekürzten) Dokumententexten.

Vaubel, Ludwig: *Zusammenbruch und Wiederaufbau. Ein Tagebuch aus der Wirtschaft 1945–1949,* München 1985.

Ludwig Vaubel, seit 1934 juristischer Mitarbeiter, später Vorstandsmitglied eines Chemiefaserkonzerns, führte seit dem 8. Mai 1945 ein Tagebuch. Es vermittelt anschaulich die Alltagsprobleme der Nachkriegszeit und bietet ein authentisches Beispiel für die Schwierigkeiten beim Wiederaufbau der Wirtschaft. Einige Passagen der Tagebuchaufzeichnungen beschäftigen sich mit dem sog. „Spinnfaserprozeß", einem Musterverfahren gegen die Aktivitäten des „Grauen Marktes", das 1947 gegen Vaubels Unternehmen angestrengt wurde.

Weber, Hermann (Hg.): *DDR. Dokumente zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik 1945–1985,* München 1997.

Das Buch ist ein Klassiker der DDR-Forschung, das Vor- und Gründungsgeschichte der DDR ausführlich einbezieht.

Informationen
zur politischen Bildung

Herausgeberin: Bundeszentrale für politische Bildung (BpB), Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn.

Redaktion: Elke Diehl, Jürgen Faulenbach (verantwortlich, BpB), Stefan Hammes (Volontär), Christine Hesse.

Manuskript und Mitarbeit: Wolfgang Benz, Berlin; Elke Diehl, Bonn; Jürgen Faulenbach, Bonn; Jens Gieseke, Berlin; Christine Hesse, Bonn; Werner Ripper, Seeheim-Jugenheim.

Gestaltung: Karl J. Schladt, München.

Titelbild: Landesbildstelle Berlin.

Gesamtherstellung, Verlag und Vertrieb: Franzis-Druck GmbH, Karlstraße 35, 80333 München.

Druck: Bruckmann, Nymphenburger Straße 86, 80636 München.

Die Hefte werden kostenlos abgegeben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich.

ISSN 0046-9408. Auflage: 1 150 000.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: Mai 1998.

Text und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden.

Titelbild:

Triumph des Überlebenswillens in einer Zeit des Chaos und des Übergangs: Nach Aufhebung der kräftezehrenden Blockade, die die sowjetische Besatzungsmacht vom 24. Juni 1948 bis zum 12. Mai 1949 über die Versorgungswege West-Berlins verhängt hatte, nehmen die ersten Interzonenbusse ihre Fahrten nach Hannover wieder auf. Am Omnibus-Bahnhof Stuttgarter Platz, Bezirk Charlottenburg geben die West-Berliner ihrer Freude und Erleichterung Ausdruck.

Anforderungen

bitte nur schriftlich an Franzis-Druck GmbH, Postfach 15 07 40, in 80045 München per Postkarte oder Fax 0 89/51 17-292 (Berufsangabe erforderlich). Absenderanschrift bitte in Druckschrift.

Andere Veröffentlichungen der Bundeszentrale für politische Bildung bitte direkt bei der Bundeszentrale bestellen (Anschrift oben).

Für telefonische Auskünfte (keine Bestellungen) steht der INFO-Service unter Tel. 0 89/2 73 01 93 von Montag bis Freitag in der Zeit von 10–13 Uhr zur Verfügung.